

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### von Weizsäcker

Erlauben Sie mir zu Beginn einige Worte der Begrüßung und des Dankes. Danken möchte ich unseren polnischen Gastgebern und Freunden, daß wir uns in Warschau versammeln und hier im Königsschloß tagen dürfen, einem Ort, den niemand vergißt, der ihn besucht hat. Der Dank gilt auch der Körber-Stiftung, daß sie uns zu diesem Ereignis zusammenruft; sie bleibt damit dem Gesprächskreisinitiator, Kurt Körber, treu, der sich stets darum bemüht hat, die Idee eines Gesamteuropas mit den Vorstellungen einer offenen und freien Welt mit offenen Märkten zu verbinden.

Die polnisch-deutschen Beziehungen haben sich in der letzten Zeit zweifellos stabilisiert. Es fehlt nicht an positiven, konstruktiven Erklärungen von beiden Seiten. Fast möchte man sagen, es wäre mitunter besser, nicht zu viele solcher Erklärungen abzugeben, wenn die darin angekündigten Taten auf sich warten lassen. Aber diese Konferenz stellt kein bilaterales deutsch-polnisches Treffen dar, und ich füge hinzu: Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland werden um so konstruktiver sein, je mehr sie in einen gesamteuropäischen Zusammenhang eingebettet sind. Dies spiegelt ja auch unsere Zusammensetzung hier wider.

Damit übergebe ich Karl Kaiser das Wort, dem ich für seine Bereitschaft danken möchte, die Leitung der Diskussion zu übernehmen.

## Kaiser

Die heutige Tagung steht in einem engen Zusammenhang mit dem letzten Bergedorfer Gesprächskreis, der im März dieses Jahres zum Thema: "Die Verfassung Europas" in Oxford stattgefunden hat. Dabei ging es vornehmlich um die Frage der inneren Struktur Europas, speziell der Europäischen Union. Wie steht es etwa um den Gedanken einer Kerngruppe jener Staaten, die schneller und weiter vorangehen wollen? Wie soll mit den Staaten verfahren werden, die in die EU neu aufgenommen werden wollen, insbesondere natürlich die Länder Mittelost- und Südosteuropas? Welche Übergangsmöglichkeiten sind dabei denkbar? Wie steht es überhaupt um die generellen Zielsetzungen dieses Europas? Und wie soll sich das Verhältnis zu den Staaten gestalten, die der Gemeinschaft im engeren Sinne nicht angehören können oder wollen?

Dieses Gespräch hier in Warschau hat einen anderen Schwerpunkt: Wir wollen nach der Gesamtstruktur der europäischen Staaten - und auch Gesellschaftssysteme - fragen. Welche "Architektur" Europas stellen wir uns für die Zukunft vor? - auch wenn der Begriff Architektur ein wenig verpönt sein mag. Mit anderen Worten: Wie sollen sich die verschiedenen Teile Europas zueinander verhalten und sich organisieren? Inwieweit können die unterschiedlichen Intensitäten der Integration miteinander vereinbart werden? Wie verstehen sich Europäische Union, Westeuropäische Union, NATO und OSZE in einem solchen Gesamtzusammenhang? Welche Rolle sollen dabei die großen Staaten spielen, insbesondere die beiden Flügelmächte, die Vereinigten Staaten und Rußland? Alle diese Fragen werden in letzter Zeit kontrovers diskutiert.

Unter uns sind Vertreter sehr unterschiedlicher Meinungen aus den USA, Rußland, aus verschiedenen ost- und westeuropäischen Ländern und auch aus der Türkei. Ich unterstreiche, was Herr von Weizsäcker eben gesagt hat, daß wir nicht nur das zur Sprache bringen, was uns verbindet, sondern auch gerade über die Dinge reden, die kontrovers sind und uns möglicherweise am Fortschritt hindern können, das heißt am Aufbau eines Ordnungsrahmens für ein liberal-demokratisches und friedliches Gesamteuropa.

Ich freue mich, daß wir drei Europäer gewonnen haben, die uns aus höchst unterschiedlicher Perspektive in das Thema einführen werden. Es beginnt Bronislaw Geremek mit der polnischen Sicht der Dinge, gefolgt von Anders Björck aus Stockholm, der sich freundlicherweise bereit erklärt hat, sehr kurzfristig für Carl Bildt einzuspringen, da dieser gestern von der Europäischen Union als Vermittler im Jugoslawienkonflikt in der Nachfolge von Lord Owen ernannt wurde. Den Abschluß bildet Jean François-Poncet, der uns einen französischen Standpunkt zur Entwicklung Gesamteuropas vermitteln wird.

## Geremek

Es ist bezeichnend, daß diese Tagung zu diesem Thema fünfzig Jahre nach dem Krieg im wiederaufgebauten Königsschloß in Warschau stattfinden kann, mit Polen, Deutschen und Vertretern anderer europäischer Länder. Wenn ich darangehe, die Probleme Europas und seiner Grenzen darzustellen, will ich nicht verhehlen, daß ich von bestimmten Interessen geleitet bin, die ich kurz so zusammenfassen will: Polen sollte seinen Platz in der Europäischen Union und in der NATO finden; Polen ist reif dafür und erfüllt alle relevanten Kriterien. Dies sage ich als polnischer Staatsbürger. Als Bürger Europas füge ich hinzu: Es liegt auch im Interesse Europas, seine Organisationen zu erweitern und für Polen einen Platz in allen Strukturen der europäischen Integration zu schaffen, insbesondere in der Europäischen Union und in der NATO. Dies ist die grundlegende politische Botschaft, um die es mir geht.

Wie kann man die Grenzen Europas zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestimmen? Diese Frage stellt sich seit einigen Jahren neu - aber vor dem Hintergrund der ganzen Last der Geschichte. Aus dieser historischen Perspektive beginne ich mit der Feststellung, daß die Grenzen Europas stets unbestimmt waren. Europa ist immer ein offener Kontinent gewesen - und Herr von Weizsäcker hat uns ja eben auch empfohlen, in Kategorien einer offenen Welt zu denken. Darum bemühen wir uns. Wenn ich sage, Europa sei immer ein offener Kontinent gewesen, dann gilt das besonders für die Ostgrenze dieses Kontinents, die stets unbestimmt war. Europa verkörpert aber auch eine offene Zivilisation; denn es hatte und hat immer einen universalen Anspruch vertreten und gewissermaßen Verantwortung für die ganze Welt übernommen. Das gilt selbst heute noch, obwohl die Bedeutung Europas im Vergleich zur übrigen Welt abzunehmen scheint. Es widerspricht dem Wesen Europas, sich durch Grenzen abzuriegeln - sowohl geographisch als auch politisch und zivilisatorisch.

Eine zweite Vorbemerkung betrifft die Entstehung der europäischen Idee. Als sich die Vorstellung von einer europäischen Gemeinschaft entwickelte, waren Grenzen ein zweitrangiges Phänomen. Vielmehr basierte die europäische Integration einerseits auf der Konfrontation mit anderen Völkern und andererseits auf einem Gemeinschaftsgefühl. In der Konfrontation sah man sich traditionell Asien gegenüber, wo es galt, den Raum der Freiheit gegenüber dem Raum der Despotie zu verteidigen. Dieses Stereotyp findet sich schon in der antiken Geschichtsschreibung. In späteren Jahrhunderten bewirkten drei große Ängste das Entstehen eines europäischen Gemeinschaftsgefühls: die Angst vor den Mongolen, der timor tatarorum, im 13. Jahrhundert; die Angst vor den Türken vom 15. bis zum 17. Jahrhundert; und die Angst vor Totalitarismus, vor Nazismus/Faschismus und Kommunismus im 20. Jahrhundert. Was die Angst vor Totalitarismus angeht, fürchtete sich Europa paradoxerweise vor seinen eigenen Geschöpfen. Aber eben diese Angst hat die heutigen Organisationen der Europäischen Gemeinschaft entstehen lassen.

Wenn ich sage, die europäische Idee basiert auch auf einem Gemeinschaftsgefühl, dann meine ich damit das Bewußtsein interner Solidarität. Das betrifft zum Beispiel das christliche Gemeinschaftsgefühl. Seit dem Schisma von 1054 ist die Christenheit in ein östliches und ein westliches Christentum geteilt. Diese Grenze gehört bis heute zu den dauerhaftesten Zivilisationsgrenzen in der Welt.

Eine andere Struktur, die auf der Gemeinschaftsidee basierte, war der Reichsgedanke Karls des Großen, aber auch jener der Ottonen. Der Reichsgedanke Karls des Großen hat die Architektur der Europäischen Gemeinschaft in einer Weise bestimmt, die geradezu paradox anmutet, wenn man bedenkt, wie dauerhaft diese Grenzziehung ist, auf die sich nahezu sämtliche Europa-Ideen berufen. Die Idee des Ottonenreiches dagegen kennen im wesentlichen nur die Historiker; insofern scheint sie vom Gelehrtenstaub bedeckt. Die Ottonen gründeten ihr Reich auf dem Prinzip der Regionalisierung. Eine mittelalterliche Miniatur stellt dies verkürzt in Form der Begegnung von vier großen Regionen dar: Italia, Germania, Gallia und Slavonia. Die vierte Region, die slawische Welt, wozu die Ottonen damals Böhmen, Polen und Ungarn - drei christliche Staaten - rechneten, ist also Bestandteil dieses europäischen Gebäudes. Sehen Sie darin bitte nicht nur die Vorliebe des Historikers zur geschichtlichen Argumentation. Ich meine, gerade heute stehen die Politiker vor der Frage, ob man nicht von Karl dem Großen wieder zu Otto III. übergehen und die slawischen Länder in die Europäische Gemeinschaft aufnehmen soll.

Schließlich will ich noch die euroatlantische Gemeinschaft erwähnen, die von einem bestimmten Grundbestand an gemeinsamen Werten getragen wird, vereinfacht gesagt, von einer Verbindung aus Marktwirtschaft, Privateigentum und sozialer Solidarität einerseits und von Demokratie, Menschenrechten, der Idee des Rechtsstaats und des Prinzips der zivilen Kontrolle über die Armee andererseits. Mein Lehrer Fernand Braudel hat dies auf die kurze Formel gebracht: In der heutigen Welt braucht man zu seinem Glück den Markt, die Demokratie und ein bißchen Brüderlichkeit.

Wie lassen sich von einem solchen Ausgangspunkt aus die geographischen und politischen Grenzen Europas heute definieren? Was die geographischen Grenzen angeht, so will ich nur daraufhinweisen, daß die Ostgrenze Europas immer den Charakter einer Konvention hatte. Als Wassilij Tatischschew im 18. Jahrhundert das Gebirge und den Fluß Ural als Grenze Europas bezeichnete, wollte er klarstellen, daß diese Grenze tatsächlich irgendwo verläuft. Zugleich brach er damit aber mit einem bestimmten Stereotyp im europäischen Denken, demzufolge der Moskauer Staat und seine Erben zu Asien gehörten. Es bedurfte also des Entschlusses eines Geographen und Historikers und der Annahme einer Konvention.

Die politischen Grenzen Europas wurden durch die nacheinander entstandenen Gemeinschaften festgelegt, die aber nicht die Strukturen Europas bestimmten, sondern als westliche Strukturen der Verteidigung und Förderung eines bestimmten Kanons westlicher Werte dienten. Es ist das Schicksal des Nordatlantischen Bündnisses, das Sicherheitsgefühl zu vermitteln, damit neue Formen der Europäischen Gemeinschaft entstehen konnten. Die durch eine mutige Entscheidung Deutschlands und Frankreichs initiierten und weiter gewachsenen Europäischen Gemeinschaften haben außerdem eine politische und militärische Struktur entwickelt, die Westeuropäische Union, und sind jetzt vor den Entscheidungen 1996 als Europäische Union die stärkste europäische Institution. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der Europarat, dem ein bestimmtes politisches Wertesystem zugrunde liegt.

Diese westlichen Institutionen waren mit dem östlichen Imperium konfrontiert. Das als Folge des letzten Krieges um Mitteleuropa erweiterte und durch die Struktur der Sowjetunion und des Warschauer Pakts zusammengehaltene östliche Imperium konnte allerdings der Integration des Westens wenig entgegensetzen. Während die westliche Integration ein freiwilliger Prozeß war, hatten

wir es im Osten mit einer imperialen, aufgezwungenen Struktur zu tun. Zwischen beiden versuchte der Helsinki-Prozeß eine gewisse Verbindungsbrücke zu errichten. Nach 1989 hätten die Kritiker des Helsinki-Prozesses dessen Ergebnisse vielleicht etwas weniger skeptisch beurteilt. Was immer man über die Naivität sagen mag, die die Verhandlungen von Helsinki begleitete, so hatte Henry Kissinger vielleicht doch recht, als er sagte, daß der Helsinki-Prozeß - die Gründung der KS ZE - erst den Freiraum sowohl für Gorbatschow als auch für Walesa geschaffen hat. Insbesondere die Idee des "dritten Korbes" mit der universalen Geltung der Menschenrechte hat der inneren Entwicklung in den östlichen Ländern starke Impulse gegeben.

Seit 1989 ist mit dem Zerfall des kommunistischen Systems und des sowjetischen Imperiums eine völlig neue Situation entstanden, auf die es bislang keine klare europäische Antwort und Strategie gibt. Seit 1989 wird die europäische Politik von bestimmten Ereignissen und Emotionen geleitet. Die Ereignisse sind bekannt. Bei den Emotionen handelte es sich zum einen um Freude: über die gewonnene Freiheit und über die Vereinigung sowohl Deutschlands als auch Europas. Zum anderen aber auch um Angst: die Angst des Westens vor dem Verlust des Wohlstandes und der Sicherheit. In dieser Lage versuchen die postkommunistischen Länder eine eigene Identität zu entwickeln. Vom Westen abgewiesen, ihrerseits den Osten abweisend, wollen sie für sich einen eigenen Platz definieren, ohne dabei an eine eigenständige Region zu denken. So wie die Realität den Traum von einem "dritten Weg" zunichte gemacht hat, gibt es auch keine politische dritte Welt. Mitteleuropa hat ein klares Ziel vor Augen: Die Integration in den Westen.

Wenn dem so ist, wie müßte dann die "europäische Architektur" aussehen, um den Begriff von Karl Kaiser aufzunehmen, auch wenn er diesen Begriff als überholt angesehen hat? Dabei geht es um drei Ebenen: erstens um die Europäische Union, die mit der Westeuropäischen Union über eine militärische Struktur verfügt. Allerdings stellt nach wie vor allein die NATO eine effektive Verteidigungs- und Sicherheitsorganisation dar, die zudem die militärische Präsenz Nordamerikas in Europa sicherstellt. Diese euroatlantische Allianz begründet sich nicht allein aus den Ängsten, die mit dem letzten Krieg zusammenhängen, sondern sie weist auch in die Zukunft und geht über ein militärisches und politisches Bündnis hinaus. Die Idee besonderer Beziehungen zwischen EU und NAFTA zeigt zudem, daß die euroatlantischen Beziehungen auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit einschließen können. Die enge europäische Integration bietet eine Gewähr für die Überwindung ökonomischer und politischer Konflikte und für eine Verbesserung der Zusammenarbeit.

Auf der zweiten Ebene der europäischen Architektur haben wir es mit einer weitverzweigten Organisation zu tun, für die es aber klar definierte Aufnahmekriterien gibt: Das ist der Europarat. Er setzt klare politisch-zivilisatorische Standards, akzeptiert aber unterschiedliche Niveaus der Wirtschaftskraft und der Zusammenarbeit. Im Grunde genommen hat diese eher marginale Struktur der europäischen Integration nach 1989 plötzlich eine von ihren Gründern nicht vorhergesehene Bedeutung gewonnen. Sämtliche Überlegungen europäischer Konföderation lassen sich letztlich auf die Konzeption des Europarats zurückführen.

Die dritte Ebene der europäischen Architektur ist die KSZE oder heute die OSZE, eine Organisation, die nach 1989, als es darum ging, nach dem Zerfall des Kommunismus die Mitgliedschaft auf alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion auszuweiten, in eine Krise geriet. Gegenwärtig spielt diese Organisation eine wichtige Rolle bei der Erhaltung der Stabilität in Europa. Sie bemüht sich um Konfliktbegrenzung und um die Schaffung von Mechanismen zur Konfliktlösung, ohne daß alle ihre Mitgliedsstaaten den gleichen wirtschaftlichen oder politischen Organisationen angehören. Die OSZE hat jedenfalls eine sehr wichtige erzieherische Funktion, indem sie die Erwartungshaltungen formuliert, die letztlich die Basis für den Frieden in Europa abgeben.

Wenn von den Grenzen Europas die Rede ist, darf man dem Hauptproblem nicht ausweichen: Was geschieht mit Rußland? Dieses Land ist nach wie vor eine Großmacht, und jedermann wäre schlecht beraten, dies zu vergessen. Es ist allerdings eine kranke Großmacht, und erst im Laufe der nächsten zehn, fünfzehn Jahre wird sich entscheiden, in welche Richtung Rußland gehen wird. Dieser Zeitraum stellt zugleich eine Chance für den Westen und für Europa dar, eben jenes Szenario zu stützen, das im Interesse Europas und der ganzen Welt liegt, nämlich die Entwicklung Rußlands zur Demokratie. Nun heißt es, dies sei eine völlig unrealistische Annahme; denn Rußland sei niemals demokratisch gewesen. Darauf antworte ich als Historiker: Auch in der Geschichte geschieht immer irgendwann etwas zum ersten Mal. Rußland kann sich für die Demokratie entscheiden, und es gibt durchaus Chancen für eine solche Entwicklung.

Abgesehen von bestimmten schwarzen oder roten Abarten totalitärer Programme, die es in Rußland zweifellos auch gibt, lassen sich vor allem zwei Optionen für die russische Politik ausmachen: Erstens die euroasiatische Option, die der slawophilen Tradition entspringt und die die Andersartigkeit

Rußlands in seinem Verhältnis sowohl zu Europa als auch zu Asien betont. In diesem Zusammenhang heißt es, auch Rußland dürfe sich nicht in die europäischen Strukturen einsperren lassen. Die zweite Option entspricht der Tradition der Westorientierung der "zapadniki" (Westler) in Rußland. Dabei geht es entweder um Demokratie und Modernisierung oder aber um ein Szenario russischer Hegemonie in Europa und nicht in Asien. Die Westorientierung kann also auch in der Überzeugung wurzeln, daß es Rußlands Mission sei, die Herrschaft über Europa zu erringen. In beiden Optionen lassen sich somit verschiedene Szenarios ausmachen.

Das Hauptproblem ist gegenwärtig jedoch, inwieweit sich die imperiale Tendenz wiederbelebt, die die Wiederherstellung des sowjetischen oder russischen Imperiums zum Ziel hat, wofür es gewisse Anzeichen gibt. Tschetschenien ist in dieser Hinsicht nicht nur ein Symptom, sondern bedeutet eine Stärkung der imperialen Tendenz, indem es die Rolle der Armee verstärkt, die in der russischen Tradition nie eine politische Rolle gespielt hat, der aber jetzt durch den Tschetschenienkrieg eine solche Rolle zufallen kann. Das Beispiel von General Lebed ist ein Beleg dafür. Darüber hinaus gibt es Konzeptionen, die eine euroasiatische Gemeinschaft zum Inhalt haben, wie sie Sultan Nasarbajew vorgeschlagen hat, oder die die historische Gemeinschaft Rußlands, der Ukraine, Weißrußlands und Kasachstans beschwören, wie sie die Politik von Präsident Jelzin anvisiert. Diese Gemeinschaft, die seit der Konferenz von Alma-Ata am 10. Februar 1995 auch die Form eines Militärbündnisses hat, wird als eine der Prioritäten der russischen Politik bezeichnet.

Polen, das seit 1989 ganz neue Nachbarn und sieben nahezu neue Grenzen hat, sieht sich auf einmal zwei Grenzen zu Rußland gegenüber: nicht nur der Grenze zum Gebiet Kaliningrad, sondern auch der Grenze zwischen Weißrußland und Polen, wo auf einmal russische Zöllner und Soldaten aufgetaucht sind. Daß die Idee einer Rekonstruktion des alten Rußlands oder auch der imperialen russischen Struktur bisher nicht realisiert wurde, liegt vor allem an der Ukraine, die auch nach den jüngsten Wahlen, in denen die ehemalige kommunistische Partei die Mehrheit gewann, ihren Willen zur Unabhängigkeit nicht aufgegeben hat. Das unterscheidet Weißrußland und die Ukraine grundlegend. Insofern kommt der Ukraine eine Schlüsselbedeutung für die heutige russische Politik zu.

Eine weitere Frage ist, ob Rußland in den Strukturen der europäischen Integration Aufnahme finden kann. So allgemein läßt sich darauf nicht antworten. Jedenfalls halte ich Henry Kissingers Hinweis, man müsse Rußland klar sagen, daß der Bug die Grenze Europas ist, nicht für eine gute Antwort. Ich denke, es gibt verschiedene europäische Zusammenhänge mit sehr verschiedenen Grenzen. Man muß Rußland vor allem deutlich machen, daß Europa seine eigene Politik betreibt, seine eigene Wertewelt besitzt und klare Beitrittskriterien formuliert hat.

Der Europäischen Union und der NATO kann Rußland sicher nicht angehören - ein Land, dessen wirtschaftliches und demographisches Potential alle anderen Länder in Europa übersteigt und dessen politische Intentionen weit über Europa hinausreichen. Um die Aussichten für ein demokratisches Szenario in Rußland zu vergrößern, muß Europa vor allem klar sagen, was es will, womit es einverstanden ist und womit nicht.

Die Unklarheit, mit der sich vornehmlich die Vereinigten Staaten, aber auch die Europäische Union und die NATO zu den dramatischen Ereignissen auf dem Balkan geäußert haben, ist im Grunde genommen eine negative Lehre für Rußland. Auch die Tatsache, daß Europa beim Konflikt um Tschetschenien weder angemessen reagiert noch völkerrechtliche oder prinzipielle Bezugspunkte gefunden hat, sondern ihn behandelt, als gehe es hier um einen Konflikt wie zwischen dem Staat Georgia und dem Staat Alaska, hat eine gefährliche Konsequenz für das politische Verhalten Rußlands. Im Grunde genommen verringern sich dadurch die Chancen für eine Demokratisierung in Rußland.

Schließlich noch einige Bemerkungen, wie ich mir die Richtung der Veränderungen in den nächsten fünf bis zehn Jahren vorstelle. Hier mischen sich die langfristigen Perspektiven von Tradition und historischem Erbe mit kurzfristig notwendigen Entscheidungen, woraus sich eine gewisse Spannung ergibt.

In der europäischen Architektur ist die OSZE mit ihrer sehr niedrigen Beitrittschwelle das offenste Gremium. Diese Organisation reicht von Europa bis nach Mittelasien hinein. Sie wirkt ansteckend in Richtung Demokratie und Stabilität und ist auch in der Lage, Konfliktlösungsmechanismen zu entwickeln. Der Europarat mit seinen Prinzipien und Konventionen definiert Europa vom Atlantik bis zum Ural, weist aber klare Beitrittskriterien auf. Die Forderungen nach freien Wahlen, rechtsstaatliche Kriterien und dem Vorhandensein demokratischer Institutionen können hier mitunter ein Hindernis sein, wie sich im Falle Rußlands und Weißrußlands gezeigt hat, was natürlich wichtige politische Implikationen schafft. Ich denke, Rußland und Weißrußland sollten dem Europarat angehören, sobald sie die Beitrittsbedingungen erfüllt haben.

Ich habe bereits gesagt, daß Polen und die anderen drei Visegrád-Länder meiner Meinung nach der Europäischen Union und der NATO angehören sollten. Ich denke, sie erfüllen die Beitrittskriterien zur Europäischen Union schon heute in höherem Maße, als dies bei Portugal oder Spanien zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme der Fall war. Ich würde sogar so weit gehen und sagen, daß Griechenland nach vielen Jahren der Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Kriterien nicht besser erfüllt als die Länder der Visegrádgruppe, die in jedem Fall jetzt schon reif zum Beitritt sind. Des weiteren dürfte Slowenien die Bedingungen am ehesten erfüllen, besser jedenfalls als Bulgarien und Rumänien, die weiter zurückliegen.

Von den drei baltischen Staaten verfügt Estland über ein hohes Wirtschaftswachstum; die wirtschaftliche Transformation verläuft dort zügig, während Litauen sehr große Probleme hat. Dennoch sollte man die baltischen Staaten bei der Europäischen Union nicht außen vor lassen. Wie steht es mit ihrer Aufnahme in die NATO? Ich meine, diese Frage sollte man ähnlich wie im Falle Schwedens und Finnlands behandeln, also: Europäische Union -ja; NATO -nein.

Im Grunde müßten für alle beitragswilligen Länder die gleichen Rechte und Pflichten gelten, und sie müßten entsprechend der geltenden Verträge die gleichen Bedingungen akzeptieren. Deshalb lehne ich Teilmitgliedschaften ab. Ein solches Denkmodell würde bedeuten, zwar der NATO oder der Europäischen Union anzugehören, aber zu anderen Bedingungen als die bisherigen Mitglieder. Ich will damit nicht die zwischen den Ländern bestehenden Unterschiede leugnen. Kein Programm des europäischen Föderalismus kann diese Unterschiede aufheben. Doch wir müssen daraufhinwirken, daß diese Unterschiede kleiner werden.

Meine Schlußfolgerung ist, daß für den Prozeß der europäischen Integration, der Frieden und Stabilität in Europa gewährleisten soll, zwei Postulate wichtig sind. Erstens kommt es darauf an, auf diesem Kontinent keine krassen Niveauunterschiede zuzulassen, damit es nirgendwo eine Grenze zwischen Zivilisation und Barbarei, zwischen Reichtum und Armut, zwischen Freiheit und Despotie gibt, die dann möglicherweise zu einer militärischen Machtkonzentration an einer solchen Grenze führt. Damit spreche ich mich gegen eine Grenze vom Typ Rio Grande aus, also gegen eine schwer zu überwindende, konflikträchtige Zivilisationsgrenze.

Das zweite Postulat betrifft die Schaffung spezifischer Regulationsschleusen, um gewissermaßen unterschiedliche Wasserstände auszugleichen - wenn Sie mir diese politikferne Metapher gestatten. Wenn es unterschiedliche Wasserstände gibt, braucht man einen Ausgleichsmechanismus, um einen "Niagara-Effekt", also einen Wasserfall zu vermeiden. Das betrifft unterschiedliche Niveaus beim wirtschaftlichen Wohlstand und bei den Sicherheitsstrukturen gleichermaßen, wenn es etwa um die Dislozierung von Nuklearwaffen und die Entwicklung von Militärbasen geht. Hier dürften die Unterschiede nicht zu kraß sein, auch wenn es gewisse wirtschaftliche, politische und militärische Abstufungen geben mag. Ich halte die Frage der Grenzen jedenfalls für ein zweitrangiges Problem in Europa. Worauf es in der europäischen Politik ankommt, sind Klarheit und Stabilität; sie darf nicht kurzatmig, sondern sollte langfristig angelegt sein und muß für ein Europa als Wirtschaftsraum, als Zivilisationsraum und als politische Gemeinschaft an einem bestimmten Wertekanon orientiert sein.

### **Kaiser**

Herr Geremek hat dankenswerterweise sowohl die geschichtlichen Perspektiven unserer Thematik dargelegt als auch sehr klar zu hochkontroversen Fragen Stellung bezogen. Dies wird unsere Diskussion sicher anregen.

### **Björck**

Zunächst möchte ich Ihnen von Carl Bildt Grüße übermitteln, der sich entschuldigen läßt, daß er nicht, wie vorgesehen, ein Referat halten kann. Er ist, wie Herr Kaiser bereits sagte, gestern in Paris zum Nachfolger von Lord Owen als Beauftragter der EU für das frühere Jugoslawien nominiert worden und wird noch an diesem Wochenende nach Genf und Zagreb reisen. Während wir hier über das Europäische Haus sprechen, wird Carl Bildt mit den europäischen Ruinen zu tun haben, die wir in Jugoslawien vor uns sehen. Wir sollten also daran denken, daß es auch heute in Europa Ruinen gibt und auf unserem Kontinent in den vergangenen drei Jahren mehr als 200.000 Menschen getötet worden sind.

Das Thema dieser Tagung lautet "Europa - aber wo liegen seine Grenzen?" Diese Frage kann man von zwei Seiten her angehen. Zum einen kann man sich auf die geographischen Grenzen beziehen. Selbst auf diesem Feld ist umstritten, wo Europa aufhört. Aber sind wir lediglich deshalb Europäer, weil wir innerhalb dieser Grenzen Europas leben? Ich bin da gar nicht so sicher. Unabhängig von den geographischen Grenzen gibt es kulturelle und andere Aspekte Europas, die, so meine ich, genauso

wichtig sind. Vor 1989 war dies gewiß leichter zu bestimmen. Damals gab es ein klar definiertes Westeuropa und eine bestimmte Anzahl kommunistischer Länder, die dem Warschauer Pakt angehörten. Wenn wir im Westen über Europa sprachen, meinten wir damit in der Regel Westeuropa. Dann entdeckte man, zumindest die öffentliche Meinung, 1989 plötzlich, daß es noch ein anderes Europa gab, und wir begannen, Europa neu zu definieren. An eben diesem Punkt befinden wir uns heute.

Herr Geremek hat den Europarat erwähnt. Ich werde dies zur Illustration des Problems nutzen; denn ich war Präsident des Europarats von Frühjahr 1989 bis November 1991. Unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Niedergang des Kommunismus ist eine Reihe von Ländern mit dem Wunsch an den Europarat herangetreten, möglichst schnell Vollmitglieder zu werden. Einige betonten, sie hätten ein Recht darauf, Vollmitglieder zu werden, und waren sehr überrascht, manche sogar äußerst verärgert, als wir ihnen erklärten: Um Mitglied des Europarats und anderer europäischer Institutionen zu werden, bedarf es einiger Voraussetzungen, wie etwa freier und allgemeiner Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte. Wir können hier keine unterschiedlichen Maßstäbe gelten lassen. Entweder man erfüllt diese Auflagen, oder man wird kein Mitglied des Europarats. Da hieß es dann von seiten der betreffenden Länder, sie seien genauso Europäer wie die anderen, weil sie aufgrund ihrer geographischen Lage zweifellos zu Europa gehörten.

Hier zeigt sich eines der Probleme, vor denen wir stehen. Können wir bei der Mitgliedschaft in europäischen Institutionen und bei der europäischen Zusammenarbeit mit zweierlei Maß messen? Kann man Vollmitglied des Europarats, der NATO oder der Europäischen Union werden, ohne die eben genannten Strukturen und Prinzipien aufzuweisen? Meine Antwort lautet: Nein, so einfach geht das nicht! Es muß bestimmte Kriterien geben, die von allen Mitgliedsländern einzuhalten sind, ohne daß absolute Gleichheit von ihnen verlangt wird.

Herr Geremek hat in diesem Zusammenhang Rußland und Weißrußland erwähnt. Um beim Beispiel des Europarats zu bleiben, wo der Einstieg vielleicht leichter zu finden ist: Können wir wirklich behaupten, daß die gleichen demokratischen Institutionen und Prinzipien in Rußland oder Weißrußland gelten wie beispielsweise in den Niederlanden? Und wenn wir hier Unterschiede feststellen, können dann jene Länder dieser Organisation angehören, ohne daß sich deren Strukturen ändern? Wie wird sich das auswirken? Wenn in der Arbeit dieser Organisationen unterschiedliche Maßstäbe benutzt werden, läßt sich dann noch der Kern einer neuen europäischen Stabilität entwickeln? Können wir dieses Kernstück ohne gemeinsame Prinzipien schaffen? Denn die Schaffung von Stabilität in Europa ist für mich genauso wichtig wie der Aufbau demokratischer Institutionen.

Wir haben auf dem Balkan erlebt, was passiert, wenn keine Stabilität herrscht. Dort sind 200 000 Menschen getötet worden, die meisten von ihnen Zivilisten. Das darf sich in anderen Gebieten Europas nicht wiederholen. Der Mangel an Stabilität könnte - wie es zwischen den Weltkriegen, also zwischen 1918 und 1939, der Fall war - sehr leicht zu einer ähnlichen Situation wie 1939 führen. Für viele Menschen ist dies unvorstellbar, und wir sollten auch gar nicht daran denken, daß es so kommen könnte. Aber auch in den zwanziger Jahren war es unvorstellbar, daß bald wieder ein neuer Weltkrieg ausbrechen würde, und es ist trotzdem geschehen.

Im Europarat sprechen wir gegenwärtig darüber, ob wir Länder wie Georgien oder Moldawien als Vollmitglieder aufnehmen sollen. Wo liegen die Grenzen? Sollen wir Länder der Kaukasusregion als Teil Europas akzeptieren? Sollen sie in die europäischen Strukturen integriert werden? Soll Europa nicht nur vom Atlantik bis zum Ural, sondern bis nach Wladiwostok reichen? Diese Diskussion wird geführt, ohne daß man die Auswirkungen sorgfältig bedenkt. Es ist nicht die Frage, ob wir das wollen oder nicht, sondern das Problem besteht darin, wie sich das auf die Funktionsfähigkeit und die Stabilität der Organisationen auswirken wird, und ob wir dann noch verhindern können, die Kontrolle über das Europa zu verlieren, daß wir zur Zeit aufbauen.

Eine weitere Bemerkung in diesem Zusammenhang. Wir haben 1989 eine Menge erreicht, mehr als in den Jahrzehnten zuvor. Der Kommunismus wurde förmlich hinweggefegt, und es ist eine Reihe freier demokratischer Länder entstanden. Was 1989 erreicht wurde, nimmt jetzt jedermann als selbstverständlich und normal hin, und niemand denkt daran, daß wir dies auch wieder verlieren könnten. Wir tun jedenfalls nichts, um das Erreichte zu sichern und weiterzuentwickeln.

Eine meiner Folgerungen lautet, daß Europa nicht nur ein geographisches Gebiet mit klar definierten Grenzen ist. Was in erster Linie zählt, ist nicht die Geographie, zumal die Grenzen nicht klar definiert sind. Zweifellos sind die alten Warschauer-Pakt-Staaten geographisch gesehen europäische Länder. Das gilt auch in kultureller und demokratischer Hinsicht. Aber wie steht es dabei um Südosteuropa - wo liegen dort die Grenzen? Wie weit soll die geographische Ausdehnung der europäischen Institutionen überhaupt reichen? Wo hört Europa auf?

Ein weiterer Punkt: Dürfen NATO, Europarat, Europäische Union Europa auf unterschiedliche Weise definieren? Kann es also ein NATO-Europa, ein Europa des Europarats und eines der Europäischen Union geben? Können wir in Zukunft, nach dem Jahr 2000 etwa, mit einer Reihe von Europas arbeiten, die geographisch nicht identisch sind? Welche Konsequenzen wird es haben, mit verschiedenen Europas zu arbeiten, die nicht deckungsgleich sind?

Wir haben uns darüber nicht ausreichend Gedanken gemacht, weil die Diskussion über das Europäische Haus - die nicht nur wegen Gorbatschows Begeisterung für diesen Begriff so engagiert geführt wurde - sich nach 1989, als der Jugoslawienkonflikt begann, mehr oder weniger verlor. Über das Europäische Haus in dem Sinne, wie der Begriff in den Jahren 1989/90 diskutiert wurde, wird derzeit wenig geredet. Welches sind die Vor- und Nachteile, wenn wir Europa so erweitern, wie dies zur Zeit in einigen europäischen Institutionen geschieht? Sollten wir nicht besser einhalten, ein wenig mehr nachdenken und uns etwas eingehender über die europäische Architektur Gedanken machen, bevor wir, wie manche das jetzt wollen, mit der Erweiterung beginnen? Wir brauchen eine klare Vorstellung von Europa und müssen auch festlegen, welche Konsequenzen die verschiedenen Modelle Europas für seine Bürger, für die Stabilität in diesem Raum und ebenso für die benachbarten Regionen haben werden.

1989 verlief die Entwicklung sehr schnell. Möglicherweise hätte sich der Konflikt in Jugoslawien vermeiden lassen, wenn wir etwas vorsichtiger gewesen wären. Wir hätten sicherlich nicht ganz verhindern können, was dort geschieht. Aber wenn die westlichen Staatsmänner ihre Geschichtslektion besser gelernt hätten, als dies bei den meisten der Fall war, wären wir mit diesem Konflikt ganz anders umgegangen. Es gab damals keine klare Strategie, wie man vorgehen sollte. Meine Überzeugung ist, daß regionale Konflikte innerhalb Europas vorrangig von den Europäern selbst gelöst werden müssen. Die europäischen Institutionen sollten ihr Augenmerk stärker darauf richten, Maßnahmen zu entwickeln, die uns Europäer in die Lage versetzen, regionale Konflikte selbst zu lösen und unter Kontrolle zu halten. Das heißt nicht, daß ich gegen eine amerikanische Präsenz in Europa bin, im Gegenteil, ich bin sehr dafür, weil das für eine langfristige Stabilität in diesem Teil der Welt absolut notwendig ist.

Als Verteidigungsminister war ich mehrfach in den Konfliktgebieten in Bosnien. Ich wurde von Offizieren aus Lateinamerika, dem Fernen Osten und auch aus Afrika über die Lage informiert, und ich habe mich gefragt: Warum sind diese Leute hier? Ist es nicht eine Schande, daß das mächtige Europa diesen Konflikt nicht allein zu handhaben vermag, daß Menschen aus sehr fernen Teilen der Welt hier sind, um dem zivilisierten Europa zu helfen? Wenn es denn "zivilisiert" ist, was wir wohl alle nicht in Frage stellen, obgleich es in Jugoslawien heutzutage nicht sehr zivilisiert zugeht. Sicher, einige dieser Leute waren lediglich Militär-Touristen. Sie waren aus politischen Gründen da, nicht aus militärischen. Ich habe während meiner verschiedenen Aufenthalte dort mit den Soldaten gesprochen und ihre Erfahrungen gehört. Der ganze Balkankrieg ist ein Beispiel dafür, wie man mit so einem Konflikt nicht umgehen darf. Die Geschichte wird in 20 bis 25 Jahren ein hartes Urteil fällen über die Art und Weise, wie die Europäer sich im Jugoslawienkonflikt verhalten haben.

Über die Gründe kann man diskutieren. Einer der Gründe war, daß alle davon ausgingen, derartiges könne einfach nicht passieren, weil man glaubte, Jugoslawien sei eines der fortschrittlichsten, friedlichsten und zivilisiertesten demokratischen Gebiete des kommunistischen Teils von Europa. Ich erinnere mich an eine Diskussion mit einem ehemaligen Leiter der Europäischen Kommission - der Name tut nichts zur Sache;- , der damals noch in einer anderen Funktion tätig war. Als der Europarat Gorbatschows Rußland, Polen und anderen Ländern einen Beitritt in Aussicht stellte, meinte er, das sei nicht ganz ungefährlich, insbesondere im Falle Rußlands. Besser sei es, diesen Prozeß zu verlangsamen. Es gebe jedoch eine Hoffnung, und zwar Jugoslawien! Dort werde man eine schnelle und sichere demokratische und friedliche Entwicklung erleben, weil in Jugoslawien bereits sehr viel erreicht worden sei. Dies zeigt, wie schwierig es ist, Vorhersagen zu treffen. Ich sage damit nicht, daß ich die Zukunft besser vorhergesagt hätte; dazu war wohl niemand in der Lage. Aber es ist ein typisches Beispiel dafür, wie mitunter Dinge geschehen, die wir uns überhaupt nicht vorstellen können.

Was könnten wir sonst tun, um das von Gorbatschow so genannte Europäische Haus aufzubauen? Es ist natürlich für einen EU-Neuling wie Schweden nicht leicht, dazu eine eindeutige Meinung zu haben; denn wir sind gerade erst fünf Monate dabei, auf dem Gebiet der europäischen Integration also noch reine Amateure. Lassen Sie mich als Schwede gleichwohl dazu Stellung nehmen: Wir befürworten eine Erweiterung der Europäischen Union, die in absehbarer Zukunft nicht alle, aber doch einige der früheren Warschauer-Pakt-Staaten einschließen wird. Das findet bei uns starke Unterstützung. Gleiches gilt für engere Beziehungen und letztlich für die Mitgliedschaft der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Natürlich wissen wir aus den Geschichtsbüchern, daß diese Länder nur

in den zwanzig Jahren der Zwischenkriegszeit unabhängig waren. Für die Stabilität der Länder aus diesem Teil Europas ist es indes absolut notwendig, ihnen ein für allemal zu einer Anerkennung im Rahmen der europäischen Institutionen zu verhelfen, um ihre vor zwei Jahren errungene Unabhängigkeit zu sichern. Anderenfalls wird es dort große Schwierigkeiten geben. Herr Geremek hat das Gebiet um Kaliningrad erwähnt; und es gibt sicherlich noch mehr Gebiete, die ein gewisses Konfliktpotential enthalten. Daher ist es notwendig, jene Länder enger mit Europa zu verbinden.

Schweden ist nie Mitglied der NATO gewesen; wir sind seit langem ein neutraler Staat. Wir haben die "Partnerschaft für den Frieden" (PFP) unterzeichnet und sind der Westeuropäischen Union als Beobachter beigetreten. Ich kann hier natürlich nicht für die jetzige schwedische Regierung sprechen, aber es gibt in Schweden Verständnis für eine wachsende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und auch im militärischen Bereich. Der Grund dafür ist, daß Schweden sich geographisch sehr nah an einer Reihe potentieller Konfliktzonen befindet. Man sollte nicht vergessen, daß Leute wie Schirinowski und andere gesagt haben, die drei baltischen Staaten gehörten zu Rußland und sollten Rußland wieder angeschlossen werden. Andere Konfliktzonen wie das Gebiet um Kaliningrad habe ich bereits erwähnt.

Die Erweiterung der europäischen Integration sollte schrittweise erfolgen. Aber bevor wir zu viele Schritte auf einmal nehmen, sollten wir unbedingt festlegen, wo das Ende dieser Integration ist. Wo liegen also die Grenzen Europas?

Das größte Problem wird die Einbeziehung Rußlands in die europäische Zusammenarbeit sein. Denn ohne funktionierende Beziehungen zu Rußland werden wir niemals die Stabilität erreichen, die Europa braucht. Wie uns das nach beiden Seiten hin gelingen kann, sowohl was Moskau als auch die anderen Teile Europas angeht, das ist die Schlüsselfrage für die Zukunft Europas. Das eigentliche Problem besteht darin, daß Rußland nicht nur in geographischer Hinsicht, sondern auch bevölkerungsmäßig ungeheuer groß ist.

Welche Auswirkungen wird es haben, wenn wir ein Land mit 150 bis 160 Millionen Einwohnern in europäische Strukturen einbinden, die im wesentlichen für einige kleine und mittelgroße Länder gedacht sind? Bleiben sie funktionsfähig, wenn wir Rußland integrieren und ihm die volle Mitgliedschaft einräumen, ohne die Institutionen und Mechanismen zu ändern? Ich bezweifle, daß dies ohne größeren Aufwand möglich ist, und hoffe, daß die im nächsten Jahr stattfindende Regierungskonferenz sich darüber eingehend Gedanken macht. Was wird geschehen - selbst wenn die Frage zur Zeit nicht akut ist;- , wenn ein Land von der Größe Rußlands die Kriterien für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union erfüllt, was, wie ich hoffe, in der Zukunft der Fall sein wird?

Ich spreche nicht über die vor uns liegenden Jahre, sondern von der weiter entfernten Zukunft. Müssen wir dann wieder von vorn beginnen, oder wird es einen Mechanismus in den europäischen Institutionen geben, durch den Rußland, mit wenigen Änderungen, zu einem Vollmitglied werden könnte? Ich gehöre zu denjenigen, die im Europarat die Auffassung vertreten haben, daß Rußland nicht eher die Mitgliedschaft erwerben kann, bevor nicht der Konflikt in Tschetschenien beendet ist. Der Zeitplan, nach welchem Rußland bis Ende April dieses Jahres Vollmitglied werden sollte, ist natürlich jetzt hinfällig. Ich denke, das wird weder in diesem noch im nächsten Jahr der Fall sein. Zuvor muß nicht nur der Konflikt in Tschetschenien beendet sein, wir müssen auch die Konsequenzen der Intervention in Tschetschenien in einem größeren Zusammenhang beurteilen können.

Meine Überlegungen gehen dahin, daß wir etwas mehr über die Architektur des Europäischen Hauses nachdenken sollten und es uns damit nicht so schwer machen dürfen wie 1989/90. Lassen Sie uns nicht ein Europa scharfen, in dem mit zweierlei Maß gemessen wird, wie das in der Zwischenkriegszeit der Fall war; das würde nicht funktionieren. Wir helfen beispielsweise Rußland nicht, indem wir sagen, es erfülle alle Kriterien des Europarats (die ja sehr klar in Hunderten von Konventionen definiert sind), ohne daraufhinzuweisen, daß es zunächst den Konflikt in Tschetschenien beenden muß. Damit würden wir auch anderen Ländern bedeuten, daß es keinerlei Auswirkungen hat, wenn grundlegende europäische Rechtsgrundsätze gebrochen werden. Auf diese Weise würden wir weder den Dissidenten noch den demokratischen Kräften helfen. Die europäischen Institutionen sollten zugunsten demokratischer Institutionen und zugunsten der Menschenrechte eingesetzt werden und nicht für Interpretationen offen sein, die es erlauben, solche Regelverletzungen zu entschuldigen.

Eine andere Folgerung ist in diesem Zusammenhang, daß Europa zu groß werden könnte. Wenn die Erweiterung so weit geht, daß auch der Kaukasus einbezogen wird, könnte der nächste Schritt sein, Nordafrika zu integrieren. In mancher Hinsicht macht mir die Entwicklung in Nordafrika mehr Sorgen als der Balkan. Auf lange Sicht werden wir, wenn auch mit großen Opfern, die Probleme auf dem Balkan und in Osteuropa lösen. Die Probleme um das Mittelmeer, vor allem an seinen südlichen

Küsten sind jedoch möglicherweise schwieriger als diejenigen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Ich habe versucht, einige Probleme zu analysieren, die in Zukunft auf uns zukommen können. Wäre Carl Bildt an meiner Stelle, hätte er Ihnen sicher die gleichen Antworten und Lösungsvorschläge gegeben.

### **François-Poncet**

Ich muß zunächst gestehen, daß mich das Thema ein wenig verwirrt hat. Ich halte die Formulierung "Europa - aber wo liegen seine Grenzen?" zumindest für zweideutig. Handelt es sich um das Europa im geographischen, kulturellen und historischen Sinne, oder geht es um die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer künftigen Erweiterung? Das erste ist mehr eine historische oder philosophische Frage, das zweite eine realistische und aktuelle Problematik.

Auch das Wort Grenze gibt Anlaß zur Verwirrung. In der Zeit der uneingeschränkten und nicht in Frage gestellten nationalen Souveränität, also im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, war der Begriff klar. Die rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen, administrativen und militärischen Grenzen fielen zusammen, und es gab nur nationale Grenzen. Dies ist nicht länger der Fall. Nationale Souveränität als Begriff ist nur noch schwer zu fassen, und es läßt sich kaum noch sagen, wo eine Grenze verläuft und was sie tatsächlich bedeutet.

Wo liegen beispielsweise die Sicherheitsgrenzen Europas? Ich würde sagen, sie stimmen mit den Grenzen der NATO überein; zumindest gilt das für jene Länder, die Mitglieder der NATO sind. Wo liegen die kommerziellen Grenzen Europas? Hier sind es wohl die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft, was wiederum für jene Länder zutrifft, die Mitglieder sind. Wo verlaufen die außenpolitischen Grenzen? Entlang der alten nationalen Grenzen; denn es gibt bisher keine europäische Diplomatie. Wo sind die rechtlichen Grenzen? Hier müssen wir zwei Arten unterscheiden: Wo es europäische Direktiven gibt, sind es die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft. In anderer Hinsicht sind es noch die nationalen Grenzen. Was die Verwaltungsgrenzen angeht, so gelten für die Reisen von Privatleuten die Außengrenzen jener Länder, die dem Schengener Abkommen beigetreten sind. Aber für Reisende aus anderen Ländern gelten noch die nationalen Grenzen. Wenn man hingegen die Grenzen des Finanzbereichs nimmt, stellt man fest, daß sie völlig verschwunden sind. Wir leben in einem einzigen finanziellen Weltorf.

Aus diesem Grunde war ich anfangs etwas verwirrt, und in einem solchen Falle versuche ich, zwei oder drei Fragen gesondert zu betrachten, um eine Antwort zu finden. Dabei will ich mich nicht auf Europa in seiner allgemeinen historischen Bedeutung konzentrieren, sondern auf die Gemeinschaft und die praktischen Probleme, die es zu lösen gilt. Ich werde deshalb nicht vom Europarat oder über die KSZE sprechen.

Erste Frage: Gibt es unumstrittene geographische, kulturelle, religiöse oder historische Faktoren aus der Vergangenheit, die klar - ich würde sogar sagen, zwingend - festlegen, wo die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft liegen sollten?

Zweitens: Hat man einmal beschlossen, wo diese Grenzen verlaufen sollen, muß man die Frage beantworten, auf weiche äußeren Grenzen die Europäische Union hinarbeiten soll.

Drittens: Steht die Einheit der Gemeinschaft auf dem Spiel, wenn beispielsweise im Bereich der Währung innerhalb der allgemeinen Grenzen der Union wieder interne Abgrenzungen aufgebaut werden?

Zur ersten Frage: Können wir klare Hinweise aus der Vergangenheit Europas in bezug auf die Grenzen ableiten? Nach meiner Auffassung gibt es keine klaren geographischen oder historischen Hinweise darauf, wo die Grenzen der Gemeinschaft verlaufen sollten. Europas geographische Grenzen sind nach Norden und Süden eindeutig - zur Nordsee und dem Atlantik sowie zum Mittelmeer. Nach Osten sind sie faktisch nicht vorhanden. Europa ist nur eine kleine Halbinsel Asiens, und der Ural bildet keine natürliche Grenze. De Gaulles Europa "vom Atlantik bis zum Ural" entsprach nicht einmal dem Europa seiner eigenen Jugend. Es mag nach einem vernünftigen Konzept klingen, aber es ist eher ein politischer Wunsch als eine historische und geographische Realität.

Kultur und Religion, nicht die Geographie, machen Europas Identität aus. Wir alle wissen, daß Europa sich auf sein griechisch-römisches und christliches Erbe gründet. Indes teilt der amerikanische Kontinent, Nord und Süd, seit Anbeginn das gleiche Erbe, das damit zu einer intellektuellen, moralischen und politischen Substanz dessen geworden ist, was wir den "Westen" nennen. Er gibt also keine eindeutige Festlegung der heutigen europäischen Grenzen.

Was die Geschichte angeht, so kann man nicht genug auf die dramatischen Veränderungen hinweisen, die die europäischen Grenzen von Süd nach Nord und von West nach Ost schwanken ließen. Das Römische Reich war im Kern mediterran. Das Mittelmeer war sein mare nostrum, und die südlichen Küsten des Mittelmeers hatten mindestens ebensoviel Gewicht wie der nördliche kontinentale Teil des Reiches innerhalb der Grenzen des limes. Der Untergang des Römischen Reichs hat daran nichts grundlegend geändert. Was die Situation radikal verändert hat, war der arabische und islamische Vorstoß durch Ägypten und Nordafrika bis nach Spanien während des 8. Jahrhunderts.

Das Heilige Römische Reich Karls des Großen beanspruchte, Nachfolger Roms zu sein, und Karl der Große wurde im Jahre 800 durch den Papst in Rom zum Kaiser gekrönt. Sein politisches Zentrum jedoch lag in Aachen, und sein Reich wandte in Wahrheit dem Mittelmeer den Rücken zu. Es umfaßte weder Griechenland noch große Teile des Balkans, die unter byzantinisch-orthodoxer Herrschaft standen. Es umfaßte auch nicht das Gebiet der heutigen Tschechischen Republik, Polens und Rußlands.

Nach der Zeit Karls des Großen dehnte sich Europa nach Norden und Osten aus. Katholische und orthodoxe Missionare, Kriege und Fürstenheiraten spielten eine entscheidende Rolle bei dieser Entwicklung, die zu einer Einbeziehung Schwedens, Polens und Rußlands unter Peter dem Großen in das europäische Konzert der Nationen führte und erst nach dem Ersten Weltkrieg auch den ganzen Balkan mit umfaßte.

Dieser sehr grobe Überblick zeigt, daß es keine zwingenden historischen, geographischen oder kulturellen Gründe gibt, mit deren Hilfe man die Grenzen der heutigen Europäischen Union oder der Europäischen Gemeinschaft eindeutig bestimmen könnte. Hier geht es um politische Entscheidungen, die auf der Grundlage der Realitäten von heute und morgen, nicht der von gestern getroffen werden müssen.

Um welche Realitäten geht es dabei? Mein Eindruck ist, daß jetzt ein weitgehender Konsens darüber besteht oder zumindest im Entstehen ist, wie weit die Grenzen der Europäischen Union reichen, welche Nationen beitreten und welche nicht beitreten sollten. Wenn ich von Konsens spreche, meine ich natürlich nicht Einstimmigkeit.

Alle stimmen heutzutage darin überein, daß die Gemeinschaft der zur Zeit 15 Mitgliedsländer nur das dramatische Ereignis widerspiegelt, das auf die Konferenz von Jalta folgte: die Teilung Europas und Deutschlands und die Errichtung des Eisernen Vorhangs in der Mitte Europas. Ohne diesen Eisernen Vorhang hätte die Gemeinschaft fraglos von Anfang an ein völlig anderes geographisches Gesicht gehabt. Dies bedeutet, daß die Erweiterung der Gemeinschaft die logische Konsequenz des Zerfalls des sowjetischen Imperiums darstellt. Aber Erweiterung mit wem und bis wohin, geographisch und politisch gesehen?

Ich meine, es ist jetzt allgemein akzeptiert, daß alle europäischen Staaten Mitglieder der Union werden können, wenn sie die politischen, demokratischen und wirtschaftlichen Kriterien erfüllen. Das beginnt mit den Visegrád-Ländern, also mit Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, der Slowakei, dem Rest des Balkans, Zypern und Malta - im Fall Jugoslawiens wird es davon abhängen, wie und wann in diesem kriegsgebeutelten Land Frieden einkehrt. Insgesamt sprechen wir also von 29 oder 30 Staaten.

Meine Liste schließt weder Rußland, noch die Ukraine und auch nicht die Türkei ein. Dies ist der Punkt, an dem die Diskussion in der Tat beginnt. Mein Eindruck ist, daß diese Länder die erforderlichen Kriterien heute nicht erfüllen und sie auch morgen nicht erfüllen werden. Und der Zeitpunkt ist da, ihnen das klar zu sagen. Ich sehe, wie gesagt, daß darüber ein unausgesprochener Konsens besteht.

Warum nicht Rußland? Erster Grund: Rußland einzubeziehen, würde bedeuten, die Grenzen der Union bis nach Wladiwostok auszudehnen. Ob man die Gemeinschaft dann noch eine Europäische Union nennen kann, ist sehr die Frage.

Ein zweiter Grund: Rußland einzubeziehen, würde bedeuten, daß man sich die Probleme, die Rußland mit den anderen GUS-Ländern hat, ebenfalls aufladen würde. Es war bereits von Tschetschenien die Rede; aber es gibt heute noch andere Probleme, und es wird sie in Zukunft geben.

Dritter Grund: Die Größe, die Bevölkerung und die Ressourcen Rußlands würden die Union aus dem Gleichgewicht bringen.

Vierter Grund: Mein Eindruck ist, daß Rußland zwar der NATO beitreten möchte, aber nicht daran denkt, sich der Europäischen Gemeinschaft anzuschließen.

Warum nicht die Ukraine? Die Antwort ist einfach: Dies würde Rußland als einen aggressiven und provokativen Schritt betrachten. Es würde jegliche Sicherheitsabkommen erheblich erschweren, die wir zwischen der Gemeinschaft und Rußland anstreben müssen. Es wird schwierig sein, solche Sicherheitsarrangements aufzubauen, wenn die Gemeinschaft sich in eine Richtung bewegt, die Rußland als unannehmbar und aggressiv ansieht.

Warum nicht die Türkei? Das ist ein sehr umstrittener Punkt wegen der Rolle, die die Türkei auf dem Gebiet der Sicherheit spielt und weil es eine Art Vermittler zwischen Europa und der arabischen sowie der islamischen Welt darstellt. Doch die Antwort lautet: nein weil die Türkei eine islamische Nation mit 60 Millionen Einwohnern ist, weil sie geographisch nicht wirklich zu Europa gehört - mit Ausnahme eines kleinen Teils ihres Territoriums. Hinzu kommt: Wenn die Türkei einbezogen würde, entstünden Probleme mit anderen Ländern, etwa mit Marokko, das sich vor vielen Jahren offiziell um die Mitgliedschaft beworben hat und das in vieler Hinsicht näher an Europa liegt (viel näher an Frankreich), als dies bei der Türkei der Fall ist. Doch es könnten und sollten sehr enge Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und der Türkei bestehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet gehört die Türkei, wie Sie wissen, zur Freihandelszone, die die Gemeinschaft begründet hat. Auf dem Gebiet der Sicherheit ist sie Mitglied der NATO. Dabei sollte es auch in Zukunft bleiben. Aber der Europäischen Gemeinschaft als Vollmitglied anzugehören, ist etwas anderes.

Wenn man die Grenzen Europas einmal festgelegt hat, wie sollten dann diese Grenzen nach außen beschaffen sein? Die äußeren Grenzen spiegeln notwendigerweise die innere Verfassung der Gemeinschaft wider. Dies ist der Punkt, bei dem sehr große Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bestehen.

Aus der Sicht derjenigen, die die Gemeinschaft nur als Freihandelszone favorisieren, lautet die Antwort, daß die äußeren Grenzen so durchlässig wie möglich sein sollten. Da die Gemeinschaft aufgrund der Römischen Verträge eine Zollunion ist, bedarf es eines gemeinsamen Außenzolls; aber diejenigen, die für eine Freihandelszone sind, wollen diesen Zoll so niedrig wie möglich. Sie wollen die Union gegenüber der Außenwelt möglichst offen und meinen, es bedürfe lediglich eines sehr niedrigen Zolltarifs, und das sei alles.

Diejenigen hingegen, die wünschen, daß die Union eine Gemeinschaft sein soll - was für mein Land gilt;- sind der Meinung, daß ein gemeinsamer Markt gemeinsame Politikbereiche braucht: Sozial-, Wettbewerbs-, Industriepolitik und so weiter. Die Grenzen der Union sollten sich nicht nur kommerziell bestimmen, sondern sie sollten ein Gebiet umgrenzen, innerhalb dessen eine Reihe von Politiken gemeinsam durchgeführt werden.

Um welche Politikbereiche geht es dabei? Jeder wird zustimmen, daß es eine Wettbewerbspolitik geben muß. Andere Bereiche dagegen sind umstritten, nicht nur zwischen England und der übrigen Gemeinschaft, sondern auch zwischen Frankreich und Deutschland. Soll es beispielsweise eine Industriepolitik geben? Wie weit soll die Sozialpolitik gehen? Persönlich würde ich darauf antworten: Europa braucht so viele gemeinsame Politikbereiche wie nötig sind, um mit der Politik der anderen großen Wirtschaftsräume, mit denen es im Wettbewerb steht, mithalten zu können.

Ich nenne ein Beispiel. Wenn die amerikanische Regierung, wie sie das über ihr Militärbudget oder anderweitig tut, Forschung und Entwicklung in einigen industriellen Bereichen subventioniert, wäre die Gemeinschaft unklug, diese Dinge entweder in nationalen Händen oder in der Schwebe zu lassen. Dies bedeutet, in dem Maße, wie sich die Gemeinschaft entwickelt und der Wettbewerb in der Welt ansteigt, entsprechend muß auch der "politische Inhalt" seiner Grenzen zunehmen.

Meine Ausführungen beziehen sich zumindest auf dieser historischen Stufe der Gemeinschaft hauptsächlich auf den ökonomischen Bereich. Doch es werden auch andere Fragen aufgeworfen. Frankreich beispielsweise würde das Konzept der Grenze gern auf die Gebiete Kultur und Medien anwenden, und zwar in einem protektionistischen Sinne, wie Sie wissen. Andere sind da völlig entgegengesetzter Auffassung. Sie halten eine solche Politik nicht für klug und schon gar nicht für durchführbar auf einem Gebiet, auf dem die Medien dabei sind, zunehmend weltweit zu agieren.

Ich erwähnte bereits, daß die Gemeinschaft gegenwärtig keine diplomatischen Grenzen hat. Dafür gibt es ein einfaches Kriterium: Eine europäische Außenpolitik wird es erst geben und nur dann, wenn die Gemeinschaft Mehrheitsentscheidungen einführt. Wir werden sehen, ob die Regierungskonferenz 1996 dies erreicht oder nicht.

Bei Herrn François-Poncet hat sich gezeigt: Wenn die Mehrdeutigkeit eines Themas auf die Klarheit des französischen Geistes stößt, kann das fruchtbare Folgen haben. Insbesondere halte ich den Zusammenhang fest, den Sie zwischen der Natur der Grenze und der inneren Qualität der Gruppe aufgezeigt haben. Denn natürlich haben Charakter und Wesen einer Einheit viel mit seiner Außengestaltung zu tun.

Ich schlage vor, daß wir uns zunächst mit jenem zentralen Thema beschäftigen, das bei allen drei Referenten angeklungen ist, nämlich der Entwicklung in Rußland, die für die Zukunft der europäischen Architektur von entscheidender Bedeutung sein wird. Dazu gebe ich Herrn Muraschow als erstem das Wort.

### **Muraschow**

Wenn wir hier über die Grenzen Europas sprechen, dann meinen wir damit etwas anderes - wie die drei Referenten bereits betont haben - als jene Grenzen, in denen sich Europa früher befand. Heute geht es primär um die Sicherheitsproblematik und die wirtschaftliche Integration der europäischen Länder. Deshalb dürfen wir jene Länder nicht vernachlässigen, deren innenpolitische Situation die Sicherheit Europas gefährden kann. Von daher kann man über europäische Probleme nicht diskutieren, ohne zu verstehen, was in Rußland vorgeht, wie die Perspektiven aussehen und wie sich die Situation dort wahrscheinlich entwickeln wird. Dazu möchte ich einige Anmerkungen machen.

Zunächst halte ich fest, daß wir seit 1991 vier Reformjahre erlebt haben. Abgesehen von den baltischen Ländern ist Rußland in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreicher als alle anderen GUS-Länder. Allen offiziellen Statistiken zum Trotz boomt die russische Wirtschaft derzeit. Insofern ist Rußlands Hauptproblem weniger ökonomischer als vielmehr staatlicher Natur; denn die russische Wirtschaft findet überwiegend im Untergrund statt, ist also eine Art Schattenwirtschaft, die steuerlich nicht erfaßt wird. Weniger als 10 Prozent des Bruttosozialprodukts fließen in das staatliche Budget.

Um einige Beispiele zu geben: Die Anzahl der Autos in Moskau hat sich in den letzten drei Jahren verdreifacht; Millionen von Privathäusern schießen in ganz Rußland wie Pilze aus dem Boden; im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Auslandstelefongespräche von Moskau aus versechshundertfacht. Dies zeigt die Dynamik der russischen Wirtschaft. Die Volkswirtschaften der anderen GUS-Länder sind in einer sehr viel schlechteren Verfassung, und der jetzt stattfindende Integrationsprozeß zwischen den GUS-Ländern spiegelt nicht einfach den überwundenen Imperialismus auf russischer Seite wider, sondern ist vielmehr Ausdruck der ökonomischen Stärke Rußlands im Vergleich zu den anderen Ländern.

Der durchschnittliche Lohn in der Ukraine, in Weißrußland und anderen GUS-Ländern ist um das Fünf- oder Sechsfache geringer als in Rußland. Ukrainer, Weißrussen, Moldawier arbeiten zwei, drei Monate in Rußland und verdienen dabei soviel, daß sie damit für den Rest des Jahres in ihren Ländern leben können. Georgien erlebt derzeit die größte Auswanderung seiner Geschichte. Von fünf Millionen Einwohnern sind eine halbe Million Georgier nach Rußland emigriert und arbeiten dort. Es ist schwierig, die russische Situation mit der anderer Länder zu vergleichen, aber das Bild ist positiv und eröffnet Rußland in diesem Jahr die Aussicht auf finanzielle Stabilisierung. Es ist zu erwarten, daß sowohl von russischer wie auch von ausländischer Seite in die russische Wirtschaft investiert werden wird.

Ein weiterer Punkt betrifft den Krieg in Tschetschenien, den die westlichen Länder nicht so aufmerksam verfolgen, wie die demokratischen Kräfte in Rußland es gerne sehen würden. Dieser Krieg ist nicht aus irgendwelchen zwingenden Gründen ausgebrochen, sondern war die Folge eher unbedeutender Ereignisse. Ursprünglich bestand die Sowjetunion nicht aus 15, sondern aus 16 Republiken. Man sollte nicht vergessen, daß selbst seit Stalins Tod 1953 die Zahl der auf dem Gebiet der Sowjetunion getöteten Menschen nicht so hoch war wie jetzt als Folge dieses Krieges, der von den Russen begonnen wurde und bisher schätzungsweise 50 000 Menschenleben gefordert hat; die meisten von ihnen sind Frauen und Kinder, Zivilisten, die mit dem Militär nichts zu tun haben. In der Mehrzahl sind es Russen, die während der Bombardierung Grosnys starben. Und dieser Krieg ist immer noch nicht beendet - vielleicht hört er erst auf, wenn alle 1,5 Millionen Tschetschenen tot sind. Aber das ist undenkbar. Offen gesagt gibt es wohl nur eine Möglichkeit für die Russen, aus diesem Krieg herauszukommen: indem sie die Unabhängigkeit der tschetschenischen Republik anerkennen. Dem widerspricht indes die politische Realität, zumal damit das Ansehen Rußlands auf dem Spiel stünde. Aber einen anderen Ausweg, der Stabilität versprechen würde, sehe ich in diesem Krieg nicht.

Aus diesem Grunde bewerte ich auch die Tatsache, daß Rußland nicht als Mitglied des Europarats anerkannt wurde, als sehr positiv. Wir waren ja auch dagegen, daß die führenden europäischen Politiker am Victory Day, dem 8. Mai, nach Moskau kamen. Dies war nicht für das russische Volk von

Bedeutung, sondern nur für Herrn Jelzin. Die demokratischen Kräfte haben es jedenfalls größtenteils bedauert, daß Jelzin zu einem Zeitpunkt Unterstützung von außen fand, als er einen Krieg führte. Wir hatten davon abgeraten, nach Moskau zu fahren. Gründe für eine Absage hätte man allemal finden können.

Im Grunde hat Rußland gegenwärtig zwei Regierungen gleichzeitig. Die eine Regierung besteht aus dem Verteidigungsministerium, dem früheren KGB und denjenigen Ministerien, die über Sicherheitskräfte verfügen, wie etwa das Innen- und das Außenministerium. Die andere Regierung bemüht sich um die Wirtschaftsreform. Von der erstgenannten Regierung hat sich kein Ministerium der neuen demokratischen Bewegung angeschlossen, die von Premierminister Tschernomyrdin angeführt wird. Beide Regierungen verfolgen ihre eigenen unterschiedlichen Interessen, und es gibt eine Art Machtkampf zwischen ihnen. Zum Glück hat sich der Krieg in Tschetschenien auf die Wirtschaft nicht so negativ ausgewirkt, wie erwartet wurde. Rußland ist eben ein großes Land, und die zum Unterhalt der Armee benötigten Mittel sind im Krieg nicht sehr viel größer als in Friedenszeiten.

Wir sollten nicht vergessen, daß in Rußland im Dezember dieses Jahres Parlamentswahlen anstehen. Außerdem werden im nächsten Jahr Präsidentschaftswahlen stattfinden, denen nicht nur für Rußland, sondern für die ganze Welt eine besondere Bedeutung zukommt. Ohne mich dazu äußern zu wollen, wer dabei die besseren Chancen besitzt, will ich doch soviel sagen: Sollten die Vertreter der nationalistischen, patriotischen und kommunistischen Opposition gewählt werden - wir nennen sie die rot-braune Opposition;- , hätte dies sehr ernste Konsequenzen für die Nachbarländer. Deshalb sollte man politisch alles vermeiden, was diesen Kräften helfen könnte, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen.

So wie ausländische Investitionen hinausgeschoben werden, bis klar ist, ob die Präsidentschaftswahlen in Rußland ein mehr oder minder stabiles politisches Klima für weitere vier Jahre schaffen, könnten auch die politischen Entscheidungen hinausgezögert werden. Ich denke dabei vor allem an die NATO-Erweiterung. Sie werden keinen Demokraten in Rußland finden, der dagegen ist; denn wir sehen in der NATO den besten Garanten, um die Demokratie und die Werte der freien Marktwirtschaft überall auf der Welt zu verteidigen. Die NATO ist wahrscheinlich die einzige europäische Institution, die seit vielen Jahren effektiv funktioniert und deren Notwendigkeit erwiesen ist.

Wir sind ein wenig neidisch auf die anderen europäischen Länder und würden selbst gern Mitglied der NATO sein. Mit der gegenwärtigen Regierung ist das natürlich unmöglich; aber es gibt auf beiden Seiten Vorurteile. In Brüssel wurde mir gesagt, niemand erwarte ernsthaft, daß Rußland sich eines Tages um eine Mitgliedschaft in der NATO bewerben werde. Warum eigentlich nicht? Ich frage mich, ob unser Land nicht doch in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren, nach einer Reihe von Wechseln im Präsidentenamt und sofern sich der demokratische Prozeß in Rußland fortsetzt, Mitglied der NATO werden will. In Rußland gibt es die gleichen stereotypen Anschauungen. Russische Polit-Experten sagen, es sei nutzlos, sich um eine Mitgliedschaft zu bewerben, weil die NATO-Generale Rußland niemals akzeptieren würden. Ich denke, die Zeit ist reif, einen Prozeß in Gang zu bringen, der diese Vorurteile auf beiden Seiten revidiert.

In Rußland sehen wir es als bedrohlich an, daß die Präsidentschaftswahl entweder verschoben oder manipuliert werden könnte. Schon bei den 1993er Wahlen und bei den Wahlen davor hat es massiven Wahlbetrug gegeben, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Niemand wurde dafür bestraft. Die Präsidentschaftswahl 1996 wird insofern in die Geschichte Rußlands eingehen, als erstmals ein Präsident zu wählen ist, der über Nuklearwaffen verfügen kann. 1991, als Jelzin zum Präsidenten Rußlands gewählt wurde, lag die Staatsführung bei Gorbatschow, der die Kernwaffen kontrollierte. Die Wahl war eine Art Hilfskonstruktion und gab der Führungsfigur nicht die volle Macht in die Hand. 1996 wird nun ein Präsident mit voller Machtbefugnis gewählt, und der Wahlkampf wird sehr, sehr heftig werden.

Ich stimme zu, daß man in Europa das Sicherheitsproblem von der Frage der militärischen Zusammenarbeit trennen sollte, einer Frage, die man ohne Rußland nicht ernsthaft diskutieren kann, weil ein instabiles und undemokratisches Rußland die größte Bedrohung für Europa darstellen würde. Wenn es sich jedoch auf einer demokratischen Grundlage entwickelt, muß Rußland in dem Bereich Teil Europas sein.

Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage in Rußland und anderer Faktoren, die für die Europäische Gemeinschaft unannehmbar sind, ist es zu früh, darüber zu diskutieren, ob Rußland Mitglied der EG sein kann. Von daher ist es auch reine Zeitverschwendung, sich Gedanken zu machen, wie es in dieser Hinsicht um die Ukraine, um Moldawien oder um andere europäische GUS-Länder bestellt ist. Ich würde hier Rußland eher mit den Vereinigten Staaten vergleichen, die als Mitglied der NATO den

Sicherheitsstrukturen in Europa angehören, ohne Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu sein. Die Vereinigten Staaten wie Rußland haben auch eine pazifische Küste, und die Ausweitung Europas bis zum Pazifik würde sehr große Probleme aufwerfen. In einem System gegenseitiger Sicherheit ist das sicher denkbar, und dies sollte entwickelt werden. Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland läßt sich jedenfalls recht vielversprechend an, und die Aussichten sind nicht schlecht, daß noch während der jetzigen Präsidentschaft ein Übereinkommen erreicht wird.

### Hassner

Ich bin von Herrn Muraschows couragiertem Beitrag sehr angetan. Ich würde ihm gern später dazu einige Fragen stellen.

Die generelle Frage nach den Grenzen Europas kommt an dem Paradox nicht vorbei, daß Europa natürlich Grenzen braucht; es kann schließlich nicht die Welt sein. In seinem 1954 erschienenen weithin bekannten Buch mit dem Titel "L'Europe sans Rivages" (Europa ohne Grenzen) betont der französische Ökonom François Perroux, Europa sei ein Geisteszustand und damit letztlich universal. Wenn Europa jedoch Realität werden soll, muß es Grenzen haben, und diese können nur umstritten und veränderbar sein. Die Frage ist, ob diese Widersprüche und Unterschiede innerhalb oder zwischen verschiedenen europäischen Organisationen ausgetragen werden sollen.

Insbesondere hier in Warschau bin ich immer etwas durcheinander. Denn obwohl ich normalerweise mit Nachdruck dafür eintrete, daß die Visegrád-Länder sowohl der Europäischen Union als auch der NATO angehören sollten, bin ich nicht der Meinung - um einen Ausspruch meines Nachbarn Garton Ash aufzugreifen;- das Problem Zentraleuropas sei das zentrale Problem Europas. Zweifellos werden diese Länder früher oder später hinzukommen, und sie machen auch Fortschritte in dieser Hinsicht. Das Problem für sie wie auch für uns sind die Auswirkungen von dem, was östlich und südlich ihrer Grenzen geschieht sowie die Rückwirkungen unserer Beziehungen zu Zentraleuropa auf diese noch unruhigeren Nachbarregionen. Aus diesem Grunde bin ich froh, daß unsere Referenten das Thema angesprochen, sich aber nicht ausschließlich auf Zentraleuropa konzentriert haben. Mit diesen Ländern werden wir schon irgendwie zu Rande kommen, aber wir müssen uns ihnen schneller öffnen.

Aus Gründen, die bereits genannt wurden, bin ich nicht der Auffassung, daß Rußland in die Europäische Union oder sogar in die NATO einbezogen werden kann. Darauf werden wir sicher noch zurückkommen. Doch trotz der Übereinstimmung, auf die Herr François Poncet zu Recht verwiesen hat, tapen wir noch sehr im dunkeln, was den Balkan und die nicht-russischen europäischen Staaten der früheren Sowjetunion angeht. Niemand kennt die Zukunft dieser beiden Regionen und kann voraussehen, welche Konflikte es dort geben wird und was Europa und der Westen dagegen tun können oder sollen. Jedenfalls ist es gegenwärtig Konsens, daß die GUS-Länder, mit Ausnahme der baltischen Staaten, erhebliche Probleme im Falle einer offiziellen Mitgliedschaft bereiten würden.

Ich denke dabei insbesondere an die Ukraine. Natürlich sehe ich ein, daß die Ukraine derzeit nicht dabeisein kann. Aber aus welchen Gründen sollte man einem Land auf lange Sicht die Mitgliedschaft verwehren, das mitteleuropäisch geprägt ist, dem nichts Asiatisches anhaftet und das mit 52 Millionen Einwohnern eine respektable Größe besitzt? Gewiß würde Rußland eine Aufnahme der Ukraine heute als Provokation auffassen, aber das gilt genauso für die baltischen Staaten, bei denen wir alle übereinstimmen, daß sie beitreten müssen. Wenn man das Problem Rußland umfassend sieht - ich weiß nicht, wie Herr Muraschow darüber denkt;- stimme ich Zbigniew Brzezinski zu, daß Rußland so lange keine Demokratie sein kann, wie es ein Imperium ist; und ein Imperium ist es nur mit der Ukraine, nicht ohne sie.

Deshalb ist es von grundlegendem Interesse für Europa - und zwar sowohl für Mittel- wie für Westeuropa;- daß die Unabhängigkeit der Ukraine erhalten bleibt. Möglicherweise und das scheint die Politik von Herrn Kutschma zu sein - stellt sich die Ukraine eine besondere Situation vor, indem sie - anders als Weißrußland - weder zu Rußland in die GUS zurückkehrt noch in die Europäische Gemeinschaft und die NATO eintritt, sondern gute Beziehungen mit beiden pflegt. Dies wäre in der Tat für beide Seiten eine gute Lösung. Aber wir wissen auch, wie brüchig eine solche Lösung ist. Die Ukraine wäre dann eine Art Pufferstaat zwischen der Gemeinschaft und der GUS. Darüber sollten wir mehr nachdenken. Die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, ohne daß Rußland ihr angehört, wäre sicher eine Provokation. Aber vielleicht könnte man im Falle der Ukraine ähnlich verfahren, wie Herr Geremek es für die baltischen Staaten vorgeschlagen hat, daß diese zwar Mitglieder der Europäischen Union, aber fürs erste nicht der NATO werden könnten. Auf jeden Fall stellt die Ukraine ein Problem dar, so wie das auch für Moldawien und andere europäische Staaten der früheren Sowjetunion gilt.

Ich möchte jetzt noch auf den Balkan und die Türkei zu sprechen kommen. Auch hier kann man die Probleme deutlich erkennen. Man kann sagen, die Türkei ist sowohl europäisch als auch asiatisch. Die Größe des Landes ist ebenfalls ein Problem. Niemand will die Millionen Gastarbeiter haben. Doch man sollte sich einmal die Probleme eines Europas vor Augen führen, das alle Balkanländer einschließt, sogar Albanien und eines Tages auch Serbien, aber die Türkei außen vor läßt. Wenn man argumentiert, es handele sich da um einen islamischen Staat, so steht fest, daß die Türkei sich selbst als einen säkularen Staat versteht. Es wäre außerordentlich problematisch, wenn Europa sich in der Weise definieren sollte, daß keine Moslems unter uns geduldet werden. Das betrifft auch unsere Beziehung zu Bosnien. Es ist ein sehr vertracktes Problem; denn es besteht die Gefahr, daß die Türkei - bei allem guten Willen - in die Gegenrichtung abgedrängt wird. Deshalb möchte ich daran erinnern, daß über das Schicksal Europas auch außerhalb seiner unmittelbaren Grenzen entschieden werden kann.

Schließlich ein Wort zur Frage von zweierlei Maß. Auch hier zögere ich. Denn einerseits stimme ich Herrn Björck zu, daß es nicht verschiedene Maßlatten geben darf. Es wäre ein schlechter Scherz, Rußland zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo es einen Krieg gegen Tschetschenien führt, in die Gemeinschaft aufzunehmen. Wenn man jedoch die Auffassung vertritt, Rußland könnte beitreten, sofern es sämtliche Kriterien erfüllt, dann wissen wir alle, daß dies in sehr weiter Zukunft liegt. Selbst aus dem, was wir eben von Herrn Muraschow gehört haben, geht hervor, daß die demokratische Bewegung nicht dabei ist, die Macht in Rußland zu übernehmen. Nun gibt es eine Diskussion, mit der Herr Björck viel vertrauter ist als ich und in der es darum geht, ob es so etwas wie eine erzieherische Wirkung hat, wenn man Mitglied ist; ob wir also warten sollten, bis diese Länder sich den Beitritt verdient haben, oder ob wir von uns aus Schritte unternehmen müssen.

Ich schließe mit der Feststellung, daß Europa sehr verschiedenartig sein wird. Es gibt unterschiedliche Abstufungen von Demokratie, verschiedene Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung, und es wird keine völlige Einheit zwischen den kulturellen, geopolitischen und ökonomischen Grenzen zustande kommen, wie dies im 19. Jahrhundert für die Nationalstaaten galt. Bedeutet das jedoch, daß diese Mannigfaltigkeit in den europäischen Institutionen innerhalb der Gemeinschaft zum Ausdruck kommen muß, oder sollten wir sagen: Die OECD steht allen offen; der Europarat ist nur für wirklich demokratische Staaten gedacht, und die Europäische Union ist nur jenen zugänglich, die sich voll integrieren können? Die eigentliche Frage ist, ob man unterschiedliche Grade von Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen zulassen oder ob man streng voneinander getrennte Organisationen vorziehen sollte, um der Verschiedenartigkeit des Kontinents Europa Rechnung zu tragen.

### **van Eekelen**

Wenn man über Europa spricht, fühle ich mich an die alte Metapher erinnert, daß Europa wie eine Giraffe sei: ein Tier, das leicht zu erkennen, aber schwer zu definieren ist. Das scheint auch unser Problem hier zu sein.

In einem Punkt bin ich anderer Auffassung als Pierre Hassner- so sehr ich ihm auch sonst zustimme: Von der Konzeption her mag die Erweiterung der Europäischen Union nach Mitteleuropa nicht das zentrale Problem sein, aber für die Regierungskonferenz 1996 ist dies, glaube ich, die entscheidende Frage. Zum einen deshalb, weil Deutschland Schwierigkeiten mit einer Europäischen Union hat, deren Ostgrenze zugleich die Ostgrenze Deutschlands ist; denn dann wären auf der einen Seite dieser Grenze Wohlstand und Sicherheit vorhanden, während auf der anderen Seite potentiell Instabilität droht. Zum anderen stellen sich mit der Erweiterung zahlreiche Fragen, die bereits erwähnt wurden. Der Entscheidungsprozeß muß verbessert werden, und verschiedene Politikbereiche bedürfen der Reform. So werden die Agrarpolitik und der Strukturfonds überprüft werden müssen; denn andernfalls wird die Gemeinschaft nicht mehr finanzierbar sein.

Ich sehe jedoch einige Dinge etwas positiver, als dies hier anklang. Zunächst: Wir haben einiges erreicht seit 1989. Das gilt vor allem für die Europäische Union. Es wurden Europaabkommen mit praktisch allen Ländern abgeschlossen, die in irgendeiner Form zu Europa gehören. Mit den baltischen Ländern stehen sie unmittelbar bevor; mit Slowenien sind sie vorbereitet worden. Die zukünftige Größe Europas ist - zwar nicht endgültig, aber auf mittlere Sicht - recht deutlich geworden. Sie schließt die baltischen Länder genauso ein wie die Visegrád-Staaten, Slowenien und auch Bulgarien und Rumänien. Mit Malta und Zypern liegen wir dann etwa bei 30 Ländern.

Das hat bereits in der Westeuropäischen Union Ausdruck gefunden, indem jene neun Länder Mitteleuropas assoziierte Partner geworden sind und alle 14 Tage an normalen Sitzungen des WEU-Rates teilnehmen. Es gibt da also keine besondere Organisation, die eigens für sie gebildet wurde. Ich denke, das ist es, was wirklich zählt. Wir haben damit eine Art europäische Logik geschaffen, die

besagt, daß Vollmitglieder der Europäischen Union auch Mitglied der WEU werden können, während assoziierte Mitglieder der EU den entsprechenden Status bei der WEU erlangen. Diese Logik spricht für sich selbst und läßt auch keinen Einwand von seiten Rußlands zu.

Das zweite ist: Wir können für alle Länder eine Menge tun, aber nicht notwendigerweise das gleiche. Zu häufig meinen wir, alles müsse auf jedes Partnerland Anwendung finden. Gewiß, wenn man einer Organisation angehört, hat man damit eine neue Grenzlinie gezogen. All dies Gerede, keine neuen Grenzen zu ziehen, erscheint mir ziemlich unsinnig. Denn wenn man zu etwas gehört, gibt es natürlich Unterschiede zu jenen, die nicht dazugehören. Wir müssen jedoch zumindest die Bedeutung der Grenzen abschwächen. Aus diesem Grunde haben die Europäische Union und die WEU unterschiedliche Vereinbarungen getroffen, um die durch Grenzen geschaffene Trennung abzumildern.

Drittens: Sicherheit ist eher eine Frage, inwieweit man an diversen Aktivitäten teilnimmt und integriert ist. Deshalb halte ich diese Art von Sicherheit für wichtiger als Sicherheitsgarantien. In diesem Punkt stimme ich mit Herrn Björck nicht überein; denn Sicherheit schließt Fortschritte in Richtung pluralistische Demokratie ein. Dies ist ein Stabilitätsfaktor und nicht ein Element der Trennung. Entsprechend fördern auch Fortschritte in der Marktwirtschaft die Stabilität. Deshalb ist die Europäische Union besser als jede andere Organisation geeignet, Stabilität zu schaffen.

Das eigentliche Problem einer selektiven Erweiterung sehe ich in dem Signal, das die NATO geben würde, wenn sie einige Länder als Mitglieder akzeptiert und andere ausschließt. Welche Konsequenzen hätte das für jene Länder, die draußen bleiben, selbst wenn das nur vorläufig wäre? Dieser Gedanke ist vielleicht noch wichtiger als der Integrationseffekt, den man erzielen würde, wenn einige Staaten aufgenommen würden.

Schließlich warne ich, auf bestimmte Beitrittskriterien zu setzen; das mag schön und gut sein, aber letztlich ist jede Erweiterung die Frage einer politischen Entscheidung. Wir müssen im Westen sehr behutsam sein, weil wir Erwartungen wecken, wenn wir allzusehr auf Kriterien setzen.

Wenn wir in der Europäischen Union Fortschritte machen und die NATO aufrechterhalten wollen - was die Einbeziehung der Vereinigten Staaten bedeutet;-, dann gibt es eine logische Verknüpfung zwischen dem Fortschritt der europäischen Integration und der NATO. Ich füge allerdings gleich hinzu, daß ich eine Reform der NATO für ganz wesentlich halte. Dabei geht es um ein Zweifailersystem, in welchem die Europäer mehr Verantwortung übernehmen und zugleich mehr und mehr gemeinsame Positionen einbringen. Der gegenwärtige Zustand, in dem beide parallel handeln, ist kontraproduktiv und entspricht nicht unseren Interessen.

## Reiter

Im Deutschen hat das Wort "Grenze" zwei Bedeutungen: Die eine meint eine Trennungslinie; die andere weist auf Schranken hin, wenn jemand "an seine Grenzen stößt". In diesem Sinne frage ich: Welche Schranken setzen die Grenzen Europas? Das wird ganz besonders beim Konflikt im ehemaligen Jugoslawien deutlich, der in dieser Hinsicht ein lehrreiches Beispiel abgibt.

Die Schwäche Europas, von der ständig die Rede ist, liegt nicht zuletzt darin, daß kein europäisches Land auf dem Balkan beziehungsweise im ehemaligen Jugoslawien sogenannte vitale, das heißt nationale Interessen hat, die es ihm gebieten würden, sich politisch und, wenn nötig, auch militärisch zu engagieren. Hier trifft das Wort Bismarcks zu, der Konflikt sei nicht die Knochen auch nur eines einzigen pommerschen Musketiers wert.

Wenn es heißt, das sei eine europäische Tragödie, dann frage ich: Für wen ist dies eine Tragödie? Das erinnert mich an Alfred Jarry: "In Polen, das heißt Nirgendwo"- mit anderen Worten, diese Tragödie Europas ist eigentlich niemandes Tragödie. Wessen denn? - Eine deutsche, französische, englische Tragödie? Theoretisch ja, aber eben doch nicht so tragisch, daß sich die einzelnen Staaten verpflichtet fühlten, eine bestimmte Grenze zu überschreiten und damit ein Risiko einzugehen. Von allem anderen abgesehen, wird hier ein Eindruck vermittelt, der für ganz Europa, auch für uns in Mitteleuropa, fatale Konsequenzen hat. Denn durch das, was dort geschieht, werden die Grenzen der europäischen Politik überdeutlich. Hier zeigt sich zugleich, daß die Kunst des Kompromisses, die in der Europäischen Union vorherrscht, sich nicht zur Lösung externer Probleme eignet. Etwas zynisch könnte man sagen: Es ist immer noch viel angenehmer, an der "Willensschwäche" der EU teilzuhaben, als von ihr betroffen zu sein.

Die einzige relevante Grenze im Sinne von "border", von Trennung, sehen die meisten Menschen in Europa heute zwischen der Europäischen Union und den anderen europäischen Ländern, die bisher nicht zur Union gehören. Alle anderen Grenzen werden als zweitrangig empfunden. Fest steht, daß

die Europäische Union gerade die Länder umfaßt, die vor dem Bruch des Jahres 1989 bereits zum Westen gehörten, einschließlich der vormals neutralen EFTA-Staaten. Der ganze Rest ist der frühere Osten.

Eine Anekdote am Rande: Als ich kürzlich in Leipzig war, sprach man dort mit großem Nachdruck von Polen als dem Osten und diskutierte die Frage, was denn der Westen für den Osten tun könne. Ich habe meine Gesprächspartner daran erinnert, daß sie noch vor sechs Jahren ebenfalls zum Osten gehörten und es vielleicht nicht ganz angebracht sei, sich mir gegenüber heute als Westen zu präsentieren. Letztlich hat sich die Grenze des Westens nur um dreihundert Kilometer verschoben, und damit endet anscheinend auch der Wandel.

Ich sehe jedenfalls in der Überwindung dieser neuen alten Grenze, die nur durch die Einbeziehung der früheren DDR in den Westen korrigiert wurde, die vordringlichste Aufgabe. Ich halte das für wichtiger als die Festlegung einzelner Schritte. Es geht nicht darum, alle Fragen zu beantworten, die sich für die einzelnen Länder stellen, sondern zu verhindern, daß alle diese Länder sozusagen "solidarisch" außen vor bleiben. Es mag unter den Bewerbern "schwierigere Fälle" geben, das heißt Länder, die mehr Zeit für den Beitritt brauchen. Worauf es ankommt, ist, den ersten Schritt zu tun, der deutlich macht, daß es Europa darum geht, diese Ost-West-Grenze zu überwinden. Alle weiteren Schritte werden dann leichter fallen. Dies dürfte im Interesse aller dieser Länder liegen. Meine Intention ist nicht, die Grenze ein Stückchen weiter nach Osten zu verrücken, um anschließend als Vertreter des Westens auftreten zu können.

### **Lepenies**

Im Anschluß an das bemerkenswert klare Referat von Herrn François-Poncet möchte ich darauf hinweisen, daß es gefährlich ist, eine Rhetorik der Qualifizierung zu benutzen, wenn es um die Aufnahme neuer Mitglieder in die europäischen Institutionen geht. Damit belastet man die Verhandlungen mit Ländern wie Rußland und der Türkei mit einer Hypothek, die man vermeiden sollte.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an zwei Reden des vormaligen ungarischen Ministerpräsidenten Antal, eine gehalten in Bonn und eine zweite kurz vor seinem Tode in Budapest. Beide Male habe ich die Schlüsselworte, die er verwendete, gezählt. So tauchte in seiner Bonner Rede das Wort "Mitteleuropa" achtmal, das Wort "Europa" zehnmal und das Wort "Atlantik" zwölfmal auf. Diese Rhetorik verstand sich gewissermaßen aus der Situation des "underdog" und eines Bittstellers heraus. Die Budapester Rede dagegen zeigte eine ganz andere Akzentsetzung: "Mitteleuropa" sechsmal, "Europa" achtmal - und "Islam" siebenmal.

Was in dieser Rhetorik bei Herrn Antal deutlich wurde, war, daß sich Ungarn nicht länger als Bittsteller empfand, sondern als ein Land und eine Kultur, die selbst manches zu bieten hatte.

Entsprechend sollten wir auch gegenüber Ländern wie Rußland - da mag es im Augenblick schwer fallen - und der Türkei eine positive Rhetorik entwickeln. Ich halte es für falsch, diesen Ländern lediglich zu sagen, sie könnten sich sowieso nicht für eine Aufnahme in die europäischen Institutionen qualifizieren; richtig wäre zu überlegen, wie wir von diesen Ländern lernen können. Im Fall der Türkei trifft dies ganz sicher für die Islamproblematik zu, die auch Westeuropa in Zukunft zunehmend beschäftigen wird.

### **Smolar**

Pierre Hassner zitierte Tim Garton Ashs Feststellung, das Problem Zentraleuropa sei nicht das zentrale Problem Europas. Herr van Eekelen hat schon gesagt, warum dies für die Regierungskonferenz 1996 so nicht stimmt. Ich nenne einen weiteren Grund: Das Problem Zentraleuropas betrifft offenkundig auch die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu Rußland in zentraler Weise. Es ist sicher kein Zufall, daß Herr Kaiser die Diskussion mit Rußland begonnen hat und daß Herr Muraschow die Veränderungen ansprach, die sich dort vollziehen. Das Problem Rußland wirft zweifellos die Frage nach der Identität Europas auf, seiner Sicherheit und der Philosophie des Wandels in Europa.

Was die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO angeht, sind hier zwei verschiedene Philosophien deutlich geworden. Herr François-Poncet bekannte sich pragmatisch zu klaren Grenzziehungen und ließ im Grunde nur ein kulturelles Kriterium gelten, wonach der Islam die Grenze des künftigen Europas bildet. Denn wenn die Türkei aufgenommen wird, warum dann nicht auch Marokko?

Der zweite Standpunkt ist stärker historisch orientiert und berücksichtigt das spezifische Problem Rußlands. Bronislaw Geremek hat die Konzeption eines offenen Europas vorgeschlagen, das nicht von vornherein in abgesteckten Grenzen eingeschlossen ist. Statt dessen will er bestimmte Kriterien zum Maßstab machen, so daß es den Ländern, die zum sich integrierenden Europa gehören wollen, selbst überlassen bleibt, sich entsprechend zu entscheiden. Solche Überlegungen scheinen in der NATO vorzuherrschen und in der "Partnerschaft für den Frieden" zum Ausdruck zu kommen. Auch daran ist viel Kritik geübt worden.

Was die Politik gegenüber Mitteleuropa mit Rücksicht auf Rußland angeht, so gibt es hier zwei grundsätzliche Standpunkte: Einen pessimistischen, wie er von Henry Kissinger vertreten wird, der meint, aufgrund historischer Bedingtheiten werde Rußland unweigerlich zu bestimmten imperialen und autoritären Verhaltensweisen zurückkehren, und eine eher optimistische Einschätzung, die einen demokratischen Wandel in Rußland für möglich hält und dafür plädiert, diesen Prozeß nicht zu stören. Ich meine, man kann an ein demokratisches Rußland glauben, muß aber gleichzeitig auf pessimistische Varianten vorbereitet sein.

Im Westen trifft man mitunter eine Einstellung an, die glauben machen möchte, das Schicksal Rußlands werde wesentlich durch das beeinflußt, was der Westen tut oder läßt.

Damit überschätzt man sicher die westlichen Möglichkeiten, die ich für relativ begrenzt halte. Ein Blick in die Geschichte könnte uns darüber belehren, in welchem geringem Maße wir auf historische Prozesse tatsächlich Einfluß nehmen können, insbesondere, wenn es sich um so große und mächtige Länder mit einer so komplexen Geschichte und unvorhersehbaren Dynamik handelt. Schon die Geschichte des Osmanischen Reiches oder von Österreich-Ungarn sollte uns da zur Zurückhaltung mahnen. Das tragische Schicksal Ex-Jugoslawiens ist mehrfach erwähnt worden, zweifellos eine späte Folge und bittere Nachlese des Zerfalls des Osmanischen Reiches. Dafür zahlen wir noch Jahrzehnte später einen hohen Preis. Und das Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei - das zum Glück gewaltfrei geschah - ist in gewissem Sinne ein Nachklang des Zerfalls von Österreich-Ungarn.

Der Transformationsprozeß in der ehemaligen Sowjetunion und in Rußland wird sicher über Jahrzehnte dauern und eine enorme Unsicherheit mit sich bringen - für das Land selbst, für seine Nachbarn und letztlich für die ganze Welt. Die Annahme, wir könnten diesen Prozeß wesentlich beeinflussen, ist psychologisch und kulturell verständlich, erscheint mir aber völlig unbegründet. Ich betone das deshalb, weil sich eine derartige Politik gegenüber Rußland und auf das Verhältnis zu Mitteleuropa auswirkt. Ich glaube nicht, daß Entscheidungen über die Aufnahme der Länder Mitteleuropas in die NATO oder in die Europäische Union einen wesentlichen Einfluß auf Rußland haben werden und destabilisierend wirken könnten. Das ist vielleicht einer von hundert Faktoren, die den Verlauf der Geschichte dieses großen Landes in diese oder jene Richtung lenken können.

Hierzu eine Anmerkung: Der Präsident der Ukraine, Kutschma, hat sich kürzlich zweimal, unter anderem während des Clinton-Besuchs, zustimmend zu einer NATO-Erweiterung geäußert. Das ist insofern wichtig, weil die Ukraine wegen ihrer Größe, ihres Potentials und ihrer Lage eines der zentralen Probleme für die europäische Sicherheit ist. Hier vertritt nun die Ukraine von Kutschma - die versucht ihre Souveränität zu festigen - einen ganz anderen Standpunkt als Weißrußland, dessen Präsident jede NATO-Erweiterung mißbilligt. Ich meine, die Erweiterung der NATO und der Europäischen Union würde nicht destabilisierend wirken, sondern würde die angrenzenden Länder vielmehr stabilisieren. Darauf sollten wir immer wieder mit Nachdruck hinweisen.

### **Kühnhardt**

Zuweilen habe ich in der gegenwärtigen europäischen Diskussion das Gefühl, wir alle warteten auf einen neuen "Godot". Godot bedeutet in diesem Falle das Jahr 1996, also die Hoffnung auf eine erfolgreiche Fortentwicklung des Maastricht-Prozesses, sowie die Auswirkungen der amerikanischen und russischen Präsidentschaftswahlen. Anschließend werde sich die Welt neu ordnen und wie von selbst neue Strukturen schaffen.

Versetzen Sie sich einmal in die Köpfe von jungen Europäern, sagen wir, im Alter zwischen 15 und 30, die in diesem Jahr all die Reden zum 8. Mai 1945 gehört haben mit den vielfältigen Hinweisen auf die Geschichte, die auch noch ihre Zukunft prägt. Genau genommen setzt deren eigentliche Prägung 1989 ein. Das war gewissermaßen ihre "Stunde Null", von der der polnische Außenminister Bartoszewski kürzlich vor dem Deutschen Bundestag gesprochen hat. Wenn diese jungen Menschen am 9. November 2039, 50 Jahre nach dem Fall der Mauer, zurückblicken, werden auch sie sich fragen müssen, welche neuen Visionen und Ziele in diesem Europa verwirklicht worden sind.

In den formativen Jahren, unmittelbar nach 1945, war eine Aufbruchstimmung mit großen Visionen spürbar, wohingegen Europa heute von einer geradezu ängstlichen Stimmung erfaßt scheint. War es vor 1989 die Angst vor einer aggressiven, starken Sowjetunion, so ist es heute die Angst vor einem schwachen Rußland. War es vordem die Furcht vor den dominanten USA, so fürchtet man sich heute vor einer Weltmacht, die nach neuen Zielen sucht und sich möglicherweise von Europa abwendet. Am gefährlichsten scheint mir die Angst vor uns selbst zu sein, auch in der Europäischen Union.

Die Frage nach den Grenzen Europas bedeutet für mich zu allererst: Wo liegt die Grenze des organisierten europäischen Willens in der EU? Europas Grenze sehe ich dort, wo Europas Wille aufhört, die eigenen Interessen und Ziele zu formulieren und entsprechende Kriterien zu setzen. So muß die Europäische Union sich entscheiden, ob sie eine rein zivile Macht, eine Wirtschaftsorganisation bleiben will, oder ob sie politische und strategische Ziele hat, mit anderen Worten eine Ordnungsmacht und ein Weltfaktor sein will um nicht von einer Weltmacht Europa zu reden. Oder will sie dies alles nicht? Die Grenze Europas liegt auch dort - das sollten wir nach den Erfahrungen des Balkankrieges nüchtern sehen;- , wo Amerikas Interesse an Europa endet. Braucht es wirklich noch zweier weitere Jahre des barbarischen Mordens auf dem Balkan, bevor bei den europäischen Partnern endlich die Einsicht wächst, daß es der Solidarität und eines Konsensus über gemeinsame Interessen bedarf, um eine gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik auf den Weg zu bringen?

Was Rußland angeht, ist es sicher richtig, daß Europas Grenze nicht einfach dort endet, wo Rußlands Grenze beginnt. Vielmehr kommt es darauf an, mit Rußland, das eine Weltmacht bleibt, eine strategische Partnerschaft einzugehen. Das wird aber nicht gelingen, wenn sich die mitteleuropäischen Länder - wie schon in den vergangenen sechs Jahren seit dem Fall der Mauer weiterhin in einem machtpolitischen Vakuum befinden. Sie sind der Osten des Westens und streben nach einer Westbindung. Dabei gilt für Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, aber auch für Estland, Lettland und Litauen sowie für Slowenien, daß sie die wichtigsten Kriterien für eine Mitgliedschaft in den erprobten westlichen Integrationsgemeinschaften bereits erfüllen. Es liegt auch im westlichen Interesse, die eigene Stabilitätszone zu erweitern. Das richtet sich nicht gegen Rußland, sondern sollte, wie Wolf Lepenies sagte, als ein Angebot und eine Perspektive verstanden werden für all jene demokratischen und reformerischen Kräfte in jenen Ländern, die die Kriterien noch nicht erfüllen, daß es auch für sie eine Perspektive geben kann. Aber wie soll denn für Rumänien oder Moldawien eine europäische Perspektive bestehen, wenn wir uns schon so schwer tun, Polen in die Europäische Union und in die NATO aufzunehmen?

Kurz, das eigentliche Problem der Grenze Europas liegt nicht in der Geographie dieser eurasiatischen Halbinsel, sondern in dem politischen Willen des organisierten Europas, der EU und der NATO, Zeitpläne für die Länder aufzustellen, die eine Mitgliedschaft anstreben. Zum einen verpflichten wir uns damit - und nur damit - selber; zum anderen zeigen wir den jungen Menschen in den Reformstaaten Europas eine Perspektive für ihre eigene Entwicklung auf.

Und zu "1996", zur bevorstehenden Regierungskonferenz, möchte ich nur sagen: Es wäre gut, wenn es gelänge, die häßliche Annahme zu widerlegen, daß Europa nur unter äußerem Druck bereit ist, tatsächlich Veränderungen seiner bestehenden Strukturen vorzunehmen. Auch der Westen muß Anpassungsleistungen erbringen, um den Reformstaaten den Beitritt zu ermöglichen.

### **Mazowiecki**

Es wird sicherlich recht schwer werden, Herr Kaiser, die Diskussion zu systematisieren; denn es zeigt sich immer wieder, daß die Spannweite der Themen und Probleme erheblich ist, wenn man sich mit Europa befaßt. Auch ich komme nicht darum herum, eine Reihe von Fragen mit unterschiedlicher Bedeutung anzusprechen.

Was das alte Europa, die überkommene europäische Kultur in besonderer Weise auszeichnet, sind ihre Widersprüche und der Versuch, sie zu lösen. Gelingt es, mit diesen Widersprüchen und Problemen fertig zu werden, dann lebt dieses Europa; anderenfalls ist es stark bedroht. Nun gibt es in der Tat viele Widersprüche, die sich schwer lösen lassen. Einen Widerspruch will ich erwähnen, von dem noch nicht die Rede war. Was wir derzeit erleben, ist ein Prozeß, in dem es einerseits darum geht, Europa in gewisser Weise politisch zu konstituieren. Zugleich aber treten die führenden europäischen Mächte als Einzelakteure auf, die eine Rolle in der Weltpolitik spielen. Dadurch entsteht die Situation, daß neben Vertretern der Länder auch ein Repräsentant der Europäischen Union sitzt, der im Namen Europas sprechen soll.

Um auf die Probleme Mitteleuropas zurückzukommen, sagt mir der Hinweis von Bronislaw Geremek auf das Ottonische Reich sehr zu; denn diese Perspektive eines Europas der Regionen halte ich für

interessant. Ich möchte dabei zwischen Anschluß und Zusammenschluß unterscheiden. Geht es uns in Europa nach 1989 um die Vision eines Zusammenschlusses oder lediglich darum, Ostmitteleuropa an Westeuropa anzuschließen? Im Falle Ostdeutschlands hat zweifellos ein Anschluß an Westdeutschland stattgefunden, weil da ein geteiltes Land vereinigt wurde. Bei Ostmitteleuropa dagegen geht es zwar in institutioneller Hinsicht auch um einen Anschluß an Westeuropa. Zugleich steht die Europäische Union mit der Frage der Erweiterung aber auch vor einer ganz neuen Perspektive, die eher einen Zusammenschluß notwendig macht.

Das ist zum Beispiel im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996 von großer Bedeutung, da an ihr nur die Mitglieder der Europäischen Union vollberechtigt teilnehmen. Werden dabei dann auch die Stimmen potentieller künftiger Mitglieder berücksichtigt, und zwar nicht nur formal, sondern inhaltlich? Definiert sich die Europäische Union gewissermaßen neu? Dabei wird dann in der Tat der institutionelle Prozeß eine grundlegende Rolle spielen, wie Herr François-Poncet sagte, weil in dieser Hinsicht wichtige Veränderungen unerlässlich sind.

Die Zukunft Rußlands ist natürlich eine Schlüsselfrage. Häufig werden wir mit der These konfrontiert, der auch viele Politikerwesteuropas zuneigen ich habe darüber mit Helmut Schmidt diskutiert;-, daß der Beitritt der Länder Mitteleuropas zur Europäischen Union und zur NATO die demokratische Entwicklung in Rußland gefährden würde. In diesem Punkt bin ich ganz anderer Ansicht und denke im Gegenteil, daß es der Demokratie in Rußland förderlich wäre, wenn die Länder Ostmitteleuropas der NATO beitreten. Wir erwarten nicht, daß Rußland für diesen Prozeß seinen Segen gibt, aber es sollte zumindest Verständnis dafür aufbringen und sich damit abfinden. Das setzt aber voraus, daß parallel dazu der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands unterstützt wird, um Rußland ein Gefühl der Sicherheit zu geben, damit die NATO-Frage nicht ausschließlich unsere Diskussion mit Rußland beherrscht. Das heißt, die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Rußlands muß von uns sehr ernst genommen werden, damit Rußland sich sicher fühlt.

Dann ein Wort zum Balkan beziehungsweise zu Ex-Jugoslawien. Vor einer Woche bin ich von einem zweiwöchigen Aufenthalt in Bosnien-Herzegowina und Kroatien zurückgekehrt, wo ich mit Problemen befaßt war, die nach dem Anschluß Westslawoniens entstanden sind. Offensichtlich bedurfte es erst des erneuten Schocks der Geiselnahme von UN-Soldaten, um die Weltöffentlichkeit wieder für dieses Thema zu interessieren. Die 71 Toten in Tuzla, einer offenen Stadt, haben dabei eine wesentlich geringere Rolle gespielt. Dabei kann sich so etwas jederzeit auch anderswo wiederholen. Im Grunde ist die europäische Öffentlichkeit allmählich abgestumpft gegen derartige Ereignisse, und es herrscht allgemeine Ratlosigkeit. Ich will hier auch gar nicht moralisieren, sondern nur daraufhinweisen, daß zahlreiche politische Fehler geschehen sind und man nicht rechtzeitig erkannt hat, welches explosive Gemisch aus Nationalismus und Niedergang des Kommunismus sich da zusammenbraute, indem bestimmte kommunistische Gruppierungen es verstanden haben, durch das Schüren nationalistischer Konflikte ihre Macht zu behaupten. Natürlich haben diese Konflikte ihre geschichtlichen Wurzeln, die aber rücksichtslos instrumentalisiert wurden. Hier kommt nun erschwerend hinzu, daß Europa bisher nicht zu einer gemeinsamen Politik gefunden hat, sondern sich die Gegensätze zwischen den europäischen Ländern nachteilig auswirken.

Mit dem Einstieg in die aktuelle Balkanpolitik wurden Rußland von den Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern enorme Möglichkeiten eröffnet, in das politische Spiel einzugreifen. Ich habe von Anfang an davor gewarnt und daraufhingewiesen, daß es ein Fehler ist zu unterstützen, daß Rußland - auch das künftige, demokratische - genau wie die frühere Sowjetunion zu einer Großmacht wird, die das Recht für sich beansprucht, "Njet!" zu sagen. Ich fürchte, die Einbeziehung Rußlands in den Jugoslawienkonflikt wird diesen Anspruch nur fördern.

Noch eine Bemerkung zum Islam in diesem Zusammenhang. In Bosnien hat es keinen islamischen Fundamentalismus gegeben, allenfalls ganz geringfügig. Ein solcher Fundamentalismus wird jedoch entstehen, wenn Bosnien geopfert wird. Wenn Europa diesem Staat im Herzen Europas und seinem Volk, das zwar dem Islam, nicht jedoch der fundamentalistischen Richtung anhängt, nicht zur Hilfe kommt, werden wir erleben, daß die Gefahr, die vom islamischen Fundamentalismus ausgeht, erheblich anwachsen wird.

Ein letzter Punkt. Ich befaße mich, wie Sie wissen, eingehend mit dem Problem der Menschenrechte in Ex-Jugoslawien. Die Menschen in Westeuropa sind sich möglicherweise nicht darüber im klaren, welche Bedeutung die Betonung der Menschenrechte für den Sturz des Kommunismus in den Ländern Mittel- und Osteuropas hatte, weil dadurch die kommunistische Ideologie grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Was immer man dem früheren amerikanischen Präsidenten Carter vorwerfen mag, fest steht, daß er dem Kommunismus den ideologischen Wind aus den Segeln genommen hat, indem er die Menschenrechtsproblematik derart forcierte. Ich erinnere mich an Carters damaligen

Aufenthalt in Warschau, als die zensierte kommunistische polnische Presse gezwungen war, seine Rede über die Menschenrechte vollständig zu veröffentlichen, und mein Sohn mich fragte, ob wir in die amerikanische Einflußsphäre geraten seien. Denn es war damals etwas Außergewöhnliches, daß die gesamte Rede veröffentlicht wurde. Ich meine also, dies war einer der wichtigsten Hebel zum Sturz des Totalitarismus - so wie später die harte Haltung von Reagan.

Demgegenüber schaffen es die Europäer heute nicht, mitten in Europa die elementarsten Menschenrechte durchzusetzen, weil sie nicht bereit sind, ein Risiko einzugehen, und nicht begreifen, daß die Lage auf dem Balkan heute ganz anders aussähe, wenn sie sich 1992 für die Einhaltung der Menschenrechte aktiv eingesetzt hätten. In dieser Frage ist Europa noch weit entfernt von einer konsequenten gemeinsamen Politik. Dies mag alles recht pessimistisch klingen, aber ich hoffe, daß Carl Bildt nicht in die Fußstapfen seines Vorgängers treten wird.

### **François-Poncet**

Wir haben ausführlich darüber gesprochen, wer Teil der Europäischen Gemeinschaft sein sollte und wer nicht. Dies ist sicher eine interessante Überlegung, und in jedem Einzelfall gibt es ausgezeichnete Argumente für beide Seiten. Aber die eigentlich grundlegende Frage ist: Welches Europa wollen wir? Wollen wir, daß Europa ein Akteur auf der internationalen Bühne ist, oder reicht es aus, wenn es nur einen Platz auf der Landkarte einnimmt?

Es gibt natürlich erhebliche Meinungsverschiedenheiten zum Beispiel zwischen Großbritannien und Frankreich. Wenn wir ein Europa als Machtfaktor wollen, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß dies um so schwerer wird, je größer und heterogener die Gemeinschaft wird. Dieser einfachen Logik entkommt man nicht. Sicher hat jedermann das Recht, sich ein immer größer werdendes Europa vorzustellen, das eben nicht in der Lage ist, international zu agieren. Aber dann muß er das sagen.

Größe und Verschiedenartigkeit auf der einen und Effizienz auf der anderen Seite lassen sich dann vereinbaren, wenn man ein eng geknüpftes föderales System anstrebt. In der Regel lehnen jedoch diejenigen, die für eine Erweiterung der Gemeinschaft eintreten, die föderale Struktur ab. Es ist klar, was in dem Fall geschieht. Wenn ein erweitertes Europa unfähig ist, Entscheidungen zu treffen und umzusetzen, wird die Folge sein, daß sich ein kleiner Kern von Ländern nicht mit dieser eingeschränkten Rolle zufrieden gibt und die Dinge selbst in die Hand nimmt. Wir können endlos darüber reden, ob die Ukraine beitreten sollte oder nicht, oder ob Tadschikistan dazugehören soll. Die letztlich entscheidende Frage lautet: Wollen wir, daß die Gemeinschaft ein handlungsfähiger internationaler Akteur ist? Kann eine sehr große und verschiedenartige Gemeinschaft ein solcher Partner auf der Weltbühne sein? Wenn nicht, wird sich in Europa ein "harter Kern" herausbilden, ob man es will oder nicht.

Meine zweite Bemerkung betrifft unsere mentale Einstellung zum Problem der Erweiterung. Wenn ein Land nicht Mitglied der EU ist, bedeutet dies dann, daß es ausgeschlossen ist und wir ihm mit anderen Worten die Tür vor der Nase zugeschlagen haben? Würde das bedeuten, daß die Gemeinschaft eine Art privilegiertes Gebiet umgrenzt, das sich der übrigen Welt gegenüber verschließt? So sollte man die Dinge indes nicht sehen.

Herr Le Penies wies zu Recht darauf hin, daß wir eine positive Rhetorik brauchen. Dem kann ich nur voll zustimmen. Vielleicht war meine eigene Rhetorik vorhin zu negativ, aber ich bin bereit, sie positiv umzuformulieren. Beispielsweise spielt die Türkei eine lebenswichtige Rolle für die europäische Sicherheitsstrategie, und wir entdecken etwas wieder, was wir durch die Sowjetunion lange Zeit vergessen hatten, daß nämlich der türkische Einfluß und die türkische Sprache bis weit nach Zentralasien hineinreichen. Die Türkei ist ein äußerst wichtiger Mitspieler auf der Weltbühne, und Europa sollte enge Beziehungen zur Türkei unterhalten. Aber muß die Türkei deshalb Mitglied der Gemeinschaft werden? Meine Antwort lautet: nein, das ist nicht der Fall. So wie Rußland nicht Mitglied werden kann; und dennoch sollten wir enge wirtschaftliche, politische und Sicherheitsbeziehungen zu Moskau unterhalten.

Wir alle, aber vor allem Frankreich, haben zu Beginn der Gemeinschaft, zur Zeit der Römischen Verträge, einen historischen Fehler begangen. Unmittelbar nach Unterzeichnung der Verträge haben die Briten bei uns angeklopft, die zuvor abgelehnt hatten, als sie gefragt worden waren. Was war ihr Begehren? Sie wollten nicht etwa der Gemeinschaft beitreten, sondern fragten an, ob die Gemeinschaft bereit sei, zusammen mit einer Anzahl anderer Länder, einschließlich Großbritanniens, eine Freihandelszone einzurichten. Wenn Frankreich damals zugestimmt hätte, würde Europa dann eine ganz andere Struktur aufweisen? Wir hätten in dem Fall eine feste politische Gemeinschaft auf der einen und eine lockerere Wirtschaftszone auf der anderen Seite, was England gewollt hat.

Aber die Franzosen, das heißt General de Gaulle, sagten "nein". Dies war ein strategischer Fehler. Hätte er ja gesagt, hätte sich Europa nicht linear erweitert mit der schmerzlichen Konsequenz: Wer nicht "drinnen" ist, ist "draußen". Europa hätte sich als eine konföderative Struktur entwickelt, die verschiedene Gruppen von Nationen umfassen würde mit eigenen politischen, kulturellen, historischen Bindungen, die zusammen ein großes konföderatives Europa bilden würden. Die Entwicklung ist anders verlaufen mit dem Ergebnis: Wenn ein Land nicht Mitglied der Gemeinschaft ist, sieht es sich moralisch und politisch ausgeschlossen.

Doch was vergangen ist, ist vergangen, und heute stimmen alle darin überein, daß die Gemeinschaft womöglich dreißig Mitglieder haben wird. Das beschert uns ein außerordentlich schwieriges institutionelles Problem und fordert von uns, enge Beziehungen zu Nicht-Mitgliedern aufzubauen.

Abschließend eine Bemerkung zu Rußland und zur Ukraine. Pierre Hassner hat Brzezinski zitiert, was mich allerdings wenig überzeugt, obschon ich Brzezinski bewundere. Wenn man jedoch behauptet, Rußland und die Ukraine unter einem Dach bedeutet, daß Rußland ein Imperium ist und somit keine Demokratie sein könne, dann halte ich das für eine reichlich dogmatische Feststellung. Warum in aller Welt könnte Rußland nicht eine föderative Struktur aufweisen, und wieso wäre das notwendigerweise undemokratisch? Wie wir alle wissen, gibt es eine starke russische Minderheit in der Ukraine, um die es sich in der einen oder anderen Art kümmern muß.

Das führt mich zurück zu unseren Beziehungen zu Rußland. Ich bin der Auffassung, daß ein starkes und nicht ein zerfallendes Rußland im Interesse Europas ist. Wir brauchen im Westen ein enges Bündnis mit den Vereinigten Staaten, aber wir brauchen auch nach Osten enge Beziehungen zu Rußland. Ein schwaches und zerfallendes Rußland wird uns nicht sehr viel nutzen.

Die Beziehungen Rußlands zu Asien und China und auch zu den islamischen Staaten an seinen südlichen Grenzen werden von überragender Bedeutung sein. Nur ein relativ starkes Rußland kann die Probleme lösen und den Druck aushalten, der in diesen Beziehungen besteht. Ich will damit keineswegs sagen, daß wir das, was in Tschetschenien geschieht, in irgendeiner Weise billigen sollten. Doch wir kommen um eine geopolitische Sicht der Dinge nicht herum. Ich bin davon überzeugt, daß Rußland letztlich den Beitritt Mitteleuropas zur NATO akzeptieren wird, vorausgesetzt, wir machen deutlich, daß wir keinerlei Absicht haben, Rußland zu provozieren und zu bedrohen. Von daher kann die Ukraine unmöglich der Gemeinschaft beitreten; das würde unsere Beziehungen zu Rußland ungemein schwierig gestalten. Mit den baltischen Ländern wird es schon schwer genug werden. Aber mit der Ukraine würden wir die Schwelle der unverblühten Provokation überschreiten.

## **Björck**

Wir sind uns sicher alle darüber im klaren, daß es in einer internationalen Organisation immer eine gewisse Spannweite unter den Mitgliedern gibt, was die Einhaltung demokratischer Prinzipien angeht. Wenn wir aber darüber hinausgehen - und dafür gibt es in manchen europäischen Organisationen Anzeichen;- , dann werden wir Probleme bekommen und die Effizienz der Organisationen herabsetzen. Auch in der Europäischen Union haben wir Fehler gemacht; denn nicht alle Länder erfüllen die vorgesehenen Standards. Auf die Dauer ändert sich dadurch der Wert der Organisation; sie verliert an Attraktivität, und das Interesse, Mitglied dieser Organisation zu werden, nimmt ab.

Erzieherische Maßnahmen bewirken nicht mehr allzuviel, sobald man Vollmitglied einer Organisation geworden ist. Man kann nur dann Druck auf Länder ausüben und sie zu vernünftigerem Verhalten veranlassen, wenn man darauf verweisen kann, daß sie kein Vollmitglied werden können oder daß sie warten müssen, bis sie den Standard erreicht haben. Wenn ein Land erst einmal in der Organisation ist, kann man es nur sehr schwer wieder ausschließen.

Die Argumentation, warum Rußland und die Türkei nicht Mitglieder werden können, findet nicht meine Zustimmung. In dem Falle müßten wir spezifische Lösungen für beide Länder finden. Sie sind in vieler Hinsicht von strategischem Interesse für Europa, nicht nur auf militärischem Gebiet. Ich meine natürlich nicht, daß sie sofort beitreten können; aber wir sollten abwarten, wie die Entwicklung verläuft. Bei der Türkei beispielsweise wird sehr viel von der innenpolitischen Entwicklung im Land abhängen, aber auch von anderen Dingen, die nicht die Türkei allein betreffen.

Um noch ein wenig mehr zu provozieren, Herr Kaiser: Die ganze Diskussion hier geht letztlich von folgendem aus: Es gibt eine Anzahl westeuropäischer Länder, die voll demokratisch sind und sich auch weiterhin demokratisch entwickeln. Inwieweit sollte dieser harte Kern europäischer Demokratien anderen Ländern erlauben, diesem Club beizutreten? Diese Einstellung ist zumindest sehr umstritten, wenn wir die Geschichtsbücher richtig gelesen haben. Was geschah beispielsweise nach 1945? Damals gab es mindestens zwei Länder, die eine Reihe von Jahren Diktaturen waren. Zwölf Jahre

später war das eine Vollmitglied der Europäischen Union. Beide Länder - das eine in Europa, das andere in Asien hatten sich während des Krieges nicht eben anständig verhalten. 15,20 Jahre später waren sie die großen Wirtschaftsmächte der Welt. Es hatte dramatische Veränderungen gegeben, die man im Frühjahr 1945 nicht voraussehen konnte. Wenn wir die Geschichtsbücher wirklich lesen würden, könnten wir uns eine Menge unangenehmer Dinge ersparen.

Können wir so sicher sein, daß in Westeuropa weiterhin Frieden und Stabilität herrschen werden und daß man die Menschenrechte weiterhin achtet? Ich bin mir da nicht so sicher, wenn wir in dieser Hinsicht nicht sehr, sehr vorsichtig sind. Europa ist nicht mehr eine soll ich sagen: homogene? - Gesellschaft. Mein Land, Schweden, war immer äußerst homogen. 99 Prozent der Bevölkerung waren zum Beispiel evangelisch-lutherisch, 99 Prozent waren ethnisch Schweden. Es gab sogar eine Partei und einen Ministerpräsidenten, die 26 Jahre an der Macht waren, und wir hatten einen König. Heute sind wir eine multikulturelle Gesellschaft, die in Europa an zweiter Stelle nach Luxemburg steht. Schweden hat die höchste Einwanderungsquote. Dies ist außerordentlich schnell vor sich gegangen. Ganz Europa ist mehr oder weniger zu einem Schmelztiegel geworden, in welchem sich viele neue Dinge vermischen, und wenn wir hier nicht sorgsam vorgehen, wird dies die Bedeutung Westeuropas verändern. Dieser Aspekt ist bislang hier nicht diskutiert worden.

Zum Schluß ein ganz extremes Szenario: Vielleicht sitzen in vierzig oder fünfzig Jahren in Moskau in einem wahrhaft demokratischen Rußland mit einer wunderbaren Ökonomie Leute, die sich Sorgen über die armen Westeuropäer machen und sich fragen: Sollen wir sie wirklich die Rolle spielen lassen, die sie wollen?

### **Geremek**

Die Frage nach den Grenzen Europas, die wir uns hier gestellt haben, zieht in gewisser Weise die politische Struktur, an die wir uns gewöhnt haben, in Zweifel. Nicht ganz zu Unrecht wird befürchtet, daß die während des kalten Krieges entstandenen Institutionen nach dessen Beendigung sich lediglich an die neue Situation anpassen, sich aber nicht wirklich ändern werden. Dieser Hinweis von Herrn Mazowiecki ist insofern sehr wichtig, als der Beitritt neuer Länder bedeuten kann, daß sich die NATO nach wie vor als gegen Rußland gerichtet empfindet - ähnlich die Europäische Union - und sich an der bisherigen Einstellung nichts wesentlich geändert hat.

Im Unterschied zu Herrn François-Poncet fühle ich mich mit der Fragestellung recht wohl. Denn ich bin der Ansicht, daß Europa heute auf neue Art gedacht werden muß. Wenn wir die junge Generation, Menschen zwischen dem fünfzehnten und dreißigsten Lebensjahr, für Europa interessieren wollen, dann müssen wir ihr etwas mehr anbieten als die Idee eines europäischen Staates anstelle der Nationalstaaten. Das Problem ist nur, wie die Ziele und Konsequenzen - wie Anders Björck dargelegt hat - der einzelnen europäischen Organisationen zu definieren sind.

Pierre Hassner hat eine Schlüsselfrage gestellt: Soll es unterschiedliche Standards innerhalb der europäischen Organisationen oder in den verschiedenen europäischen Institutionen geben? Ich meine, darauf läßt sich keine pauschale Antwort geben. Ebenso wie Anders Björck lehne ich das Prinzip zweifacher Standards ab und trete für dieselben Rechte und dieselben Pflichten für alle Mitglieder ein. Aber die europäischen Organisationen verfolgen durchaus unterschiedliche Ziele und haben sehr verschiedene Funktionsweisen.

Die OSZE ist zweifellos am offensten; der Europarat setzt bereits bestimmte Standards für das demokratische System ihrer Mitglieder; das ist schon eine gewisse Eintrittskarte. Bei der Europäischen Union und NATO sind die Billets sicher am teuersten und der Beitritt am schwierigsten, wobei aber bestimmte Niveauunterschiede akzeptiert werden - was etwas anderes ist als zweifache Standards. Wenn Polen Mitglied der Europäischen Union wird, dann wird es in den nächsten fünfzehn Jahren die ökonomischen Eckdaten von Luxemburg nicht erreichen. Schwächt das die Europäische Union? Ich denke, dann nicht, wenn man Binnenregulationsmechanismen einführt, damit die Unterschiede im Wohlstandsniveau nicht zu Eruptionen führen. Es muß eines der Ziele der Europäischen Union sein, in der Mitte Europas einen Weimarer-Republik-Effekt zu vermeiden.

Damit schließe ich mich dem an, was Herr Björck eben gesagt hat. Es sollte klare Kriterien geben und keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Die Hoffnungen, die die Menschen 1989 empfanden, haben sich nicht erfüllt. Aber das Schwinden dieser Hoffnungen könnte für die Zukunft Europas gefährlich sein.

Meine zweite Bemerkung betrifft Rußland: Ich meine, der Westen sollte aufhören, vor Rußland Angst zu haben. Entweder hatte der Westen Angst vor der Stärke Rußlands und der Gefahr einer russischen Expansion, oder er hat Angst vor russischen Frustrationen. In beiden Fällen nach meiner

Überzeugung zu Unrecht. Rußland befindet sich heute in einer Übergangsphase. Und selbst wenn der Optimismus von Herrn Muraschow für die Gegenwart nicht voll berechtigt sein mag, für die Zukunft kann er durchaus begründet sein. Rußland hat die Chance, die Wirtschaft und den Staat zu modernisieren. Damit würde sich dann auch der Charakter der militärischen Organisationen in Europa wie der NATO oder der Westeuropäischen Union grundsätzlich ändern. Sie brauchen keine Angst vor Rußland zu haben und könnten ihre antirussische Einstellung aufgeben.

Wie steht es um die Zukunft der Ukraine? Ist diese nur in einer Föderation mit Rußland zu denken? Ich meine, das entscheidet die Ukraine selbst. Von denen, die hier am Tisch sitzen, gehöre ich einer Generation an, die sich daran erinnert, daß die baltischen Staaten unabhängig waren, doch niemand kann sich an eine unabhängige Ukraine erinnern. Die Ukraine ist heute unabhängig; sie ist ein großes Land, eines der größten Länder in Europa. Und sie ist ein Staat, der den Willen zu einer unabhängigen politischen Existenz bekundet. Das ist als neue Tatsache anzuerkennen; wer dies nicht tut, schafft für ganz Europa eine bedrohliche Situation. Niemand will ja die Ukraine zur Unabhängigkeit überreden: Sie ist unabhängig, und deshalb ist das Verhältnis Rußlands zur Ukraine ein Test dafür, welche Absichten Rußland hegt. Wenn in Rußland die neoimperiale Tendenz die Oberhand gewinnt, wird es die Ukraine nicht anerkennen. Das ist schlecht für Europa, schlecht für die Welt und schlecht für Rußland.

Auch bei den baltischen Staaten kommt es darauf an, eindeutig festzustellen, daß sie souverän und unabhängig sind. Dies fehlt bisher von Seiten der EU und der NATO. Wenn aber solche klaren Hinweise fehlen, entstehen Versuchungen, eine Einflußsphäre zu schaffen, in der diese drei Staaten anderen Interessen untergeordnet werden. Deshalb hat schon die Festlegung einer Strategie für die Erweiterung der europäischen Integration einschließlich eines Zeitplans für ihre Realisierung unmittelbare politische Konsequenzen. Denn sonst werden aggressive Begehrlichkeiten geweckt, die einen Strich durch die Rechnung machen.

Schließlich eine dritte Bemerkung: Große Bedeutung messe ich der Tatsache bei, daß Europa nicht nur eine Freihandelszone und ein Gemeinsamer Markt sein will, sondern auch ein politisches Europa anstrebt. Ich denke dabei auch an den Zerfall der EFTA in diesem Jahr. Im Jahre 1989 wollte Willy Brandt mich davon überzeugen, daß es für Polen erheblich besser sei, sich sofort der EFTA anzuschließen, statt an die Europäische Gemeinschaft zu denken. Er hatte dafür auch gewichtige Argumente. Doch wie wir heute sehen, hat die EFTA inzwischen ihre Existenz aufgegeben. Deshalb ist die Europäische Union für Mitteleuropa momentan ohne Alternative. Solange diese Frage ungelöst ist, bleibt Mitteleuropa ein zentrales europäisches Problem.

Auf der letzten Konferenz in Essen wurde für die europäische Integration ein Zusammenhang zwischen Mitteleuropa und der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union hergestellt. Ich sehe darin keine Gefährdung für die Interessen Mitteleuropas. Im Grunde wurden damit für die europäische Stabilität zwei große Probleme definiert: Das eine ist Mitteleuropa, und das andere ist die Gefahr des Fundamentalismus. Wenn die Öffnung Europas und der Europäischen Union in Richtung Mittelmeer diskutiert wird, sind wir mit einer Problematik konfrontiert, die diesem Europa nicht von außen, sondern von innen zuwächst. Ich fürchte, in Europa wird es in Zukunft keine klaren Grenzziehungen zwischen den Religionen geben. Der Islam ist und bleibt in Europa präsent. In Deutschland leben Millionen von Türken, und in Frankreich gibt es die Nordafrikaner aus dem Maghreb. Dies ist jetzt zu einem innereuropäischen Problem geworden. Somit liegt es im Interesse Europas, daß die Präsenz des Islam nicht fundamentalistisch und nicht aggressiv ist. Rußland behauptet mitunter, es sei gegenwärtig ein gewisser Garant für die Sicherheit Europas gegen den fundamentalistischen Islam. Das ist so falsch ja nicht. Zugleich aber sollte Europa eine Öffnung zum Maghreb, insbesondere zu dem von Herrn François Poncet genannten Marokko vollziehen. Es kommt darauf an, die Zusammenarbeit mit einem Islam zu fördern, der keine fundamentalistische Bedrohung darstellt.

Die Einheit Europas ist also keine Frage, neue trennende Grenzen zu ziehen, sondern Grenzen mit sanften Übergängen in verschiedene Richtungen zu schaffen.

### **Schloten**

In dieser Diskussion wird deutlich, daß der Grenzbegriff nicht in erster Linie im Sinne von Abschließung, Trennung oder gar Festung zu verstehen ist, sondern eher im Sinne des Brückenschlagens. Das gilt im Grunde für sämtliche europäischen Institutionen, insbesondere natürlich für die OSZE, die ohnehin über Europa hinausgeht, sowie für den Europarat. Ich will mich vornehmlich zur Osterweiterung von Europäischer Union und NATO äußern.

Ursprünglich war es eine politische Idee der Gemeinschaftsbildung auf europäischer Ebene, die Churchill mit seiner Züricher Rede 1946 und später Schuman, Monnet, de Gasperi und Adenauer

verwirklichen wollten, bevor daraus primär eine Wirtschaftsgemeinschaft wurde - von der Montanunion über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hin zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und nunmehr zur Europäischen Union (EU). Jetzt ist in der Tat die entscheidende Frage, die Herr Francois-Poncet gestellt hat: Soll die Europäische Union zu einer aktiv handelnden politischen Gemeinschaft werden oder nur eine große Freihandelszone sein? Sollte letzteres der Fall sein, wäre die Aufnahme der Türkei, aber auch Rußlands letztlich kein Problem. Wenn daraus aber eine politische handlungsfähige Gemeinschaft werden soll, dann bedarf es klarer Kriterien, an denen die Mitgliedschaft zu messen ist.

Mit dem Maastrichter Vertrag, der zwar ein verwirrendes Bündel von Bestimmungen darstellt, haben wir aber zweifellos den Weg zur politischen Handlungsgemeinschaft beschritten, der über die bisherige Wirtschaftsgemeinschaft deutlich hinausführt, auch wenn die Wirtschafts- und Währungsunion als operativer Kern des Vertrages wiederum das Wirtschaftliche zum Inhalt hat.

Was bedeutet der Trend zur politischen Union für die Vertiefungs- und Erweiterungsdiskussion? Die Regierungskonferenz 1996 soll versuchen, beides miteinander zu verknüpfen. Für die Bundesrepublik Deutschland steht außer Frage, daß die Osterweiterung kommen muß, und zwar bald. Es geht nur noch um das Wie und Wann, nicht um das Ob. Der erste Schritt dazu wird unmittelbar nach der Regierungskonferenz erfolgen und zunächst Polen, die Tschechische Republik und Ungarn erfassen. Eventuell auch die Slowakei, aber das ist nicht ganz so unproblematisch, sowohl im Hinblick auf die demokratische Entwicklung als auch in puncto Minderheiten. Dann folgen Slowenien, Malta und Zypern, alle drei kleinere Staaten, die für die innere Organisation der EU keine großen Probleme mit sich bringen, wenn zuvor einige institutionelle Reformen durchgeführt werden, also die Begrenzung der Zahl der Kommissare in Brüssel, desgleichen der Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Auch da wird es nach den bisherigen Erfahrungen Übergangslösungen und Fristen geben; aber diese Ziele werden avisiert und mit politischem Willen auch durchgesetzt, obwohl ich die Schwierigkeiten nicht verkenne, die politischen Interessen von jetzt 15 - später mehr - Mitgliedern zu bündeln.

Dann zur NATO-Erweiterung, die strategisch parallel zur EU-Erweiterung verlaufen sollte, was aber nicht zeitliche Parallelität heißen muß. Wenn dieser oder jener mitteleuropäische Staat eher in die NATO kommt als in die EU - oder umgekehrt;- , ist dagegen von unserer Seite sicher nichts einzuwenden. Aber zu Beginn des nächsten Jahrhunderts sollten die vorerwähnten Staaten beiden Organisationen angehören, in welcher Reihenfolge auch immer.

Ich nenne des weiteren die baltischen Staaten, die - zumindest Estland und Lettland - mit großen Minderheitenproblemen belastet sind. Sicher wird sich Finnland zum Fürsprecher von Estland machen aufgrund der engen Verbindungen, die zwischen diesen beiden Ländern heute bestehen. Ob alle drei baltischen Staaten gleichzeitig in die EU und die NATO aufgenommen werden, mag dahingestellt sein. Das gleiche gilt für Bulgarien und Rumänien, Staaten, die sehr problembelastet sind. Nicht zu vergessen Kroatien. Ich kann beispielsweise nicht verstehen, wieso Ende dieses Monats Albanien und Moldawien zur Aufnahme in den Europarat anstehen, Kroatien aber nicht.

Was die Türkei, Rußland und die Ukraine angeht, stimme ich Herrn François-Poncet voll zu. Hier würde ich jedoch auf eine enge Kooperation großen Wert legen, die von Anfang an hohe Transparenz aufweisen muß.

## Ilves

Bei den Grenzen Europas sprechen wir hier zu Recht nur über NATO und EU. Aber wenn man über Strukturen redet, neigt man leicht dazu, sie zu statisch zu sehen. Dabei ändern sich die Dinge viel schneller, als in solchen Begriffen deutlich wird. Eine Konferenz im Jahre 1985 über die künftige Architektur Europas wäre sicher nicht in der Lage gewesen, sehr viel von dem vorherzusagen, was seitdem geschehen ist. Und wenn es jetzt darum geht, uns zu fragen, wo die Europäische Union oder die NATO in fünf oder zehn Jahren stehen werden, wäre ich gleichermaßen vorsichtig. Dazu einige Anmerkungen aus estnischer Sicht.

Bei der NATO geht es um Sicherheit, und Sicherheit kann sich sehr schnell ändern. Es ist völlig unklar, was in naher Zukunft geschehen wird, und darüber sind wir, offen gesagt, sehr besorgt in Estland.

Zum einen wird sich die NATO-Diskussion in Amerika nach dem November 1996 rasch verändern, wenn 25 Millionen Amerikaner osteuropäischer Herkunft so oder so gewählt haben. Wer auch immer an die Macht kommt, der amerikanische Druck auf die NATO, der rein innenpolitische Motive hat, wird nachlassen. Dann gibt es eine Diskussion um die Kriterien für einen NATO-Beitritt. Es hieß hier, um

Kriterien sollte es besser nicht gehen. Nun, davor fürchten wir uns nicht, auch wenn viele Leute die baltischen Staaten immer noch so sehen, als seien sie im Jahre 1991 stehengeblieben. Was die demokratische oder zivile Kontrolle des Militärs angeht - ein wichtiges Kriterium für den NATO-Beitritt; - , ist es darum in allen drei baltischen Staaten deutlich besser bestellt als in den Visegrád-Staaten. Es ist jedoch anzunehmen, daß letztlich die geopolitische Realität mehr zählen wird als objektive Kriterien.

Was uns zu schaffen macht, ist das, was ich den "Dean-Acheson-Effekt" nennen möchte. Sie werden sich erinnern, daß Acheson im Januar 1950 die Länder benannte, die die Amerikaner in Asien schützen würden, und Korea war nicht darunter. Wir wissen, was sechs Monate später geschah! Wir sind in Estland äußerst besorgt, wenn es heißt: Also gut, die Visegrád-Staaten können wir jetzt aufnehmen, die baltischen Staaten werden dann später folgen. Wir würden es vorziehen, wenn man eine andere Sprachregelung finden könnte. Ich denke da an die osteuropäischen Länder, die ständig von Rußland bedroht werden, und zwar nicht, wie Polen kürzlich, durch Radio Kaukasus, sondern ganz real physisch.

In Rußland haben sich selbst westlich orientierte Liberale im außenpolitischen Establishment wie Karaganow dahingehend geäußert, daß im Falle des NATO-Beitritts von Polen die baltischen Staaten zu einem Niemandsland würden. Er hat dies öffentlich in den Vereinigten Staaten gesagt und auf einer Konferenz mit liberalen außenpolitischen Experten Ende Mai dieses Jahres in Moskau wiederholt. Die Schlußfolgerung war, daß im Falle einer Erweiterung der NATO um die Visegrád-Staaten die baltischen Staaten in den Mittelpunkt der Ost-West-Spannung, wenn nicht eines ernststen Konflikts rücken würden. Ich spreche hier nicht von so "gemäßigten" Leuten wie Kosyrew, der offenbar eine russische Version der "Vereinigung des deutschen Volkstums im Ausland" vor Augen hat, wenn er davon spricht, die Russen im Ausland zu schützen. Wenn die Chinesen oder die Mexikaner so reden würden, hätte dies dramatische Folgen überall auf der Welt. Doch bei den Russen hat im Westen niemand dagegen Einspruch erhoben.

Auch in der Ökonomie warne ich vor statischen Vorstellungen. Wenn hier gesagt wurde: Wir wollen zunächst die Visegrád-Staaten aufnehmen und erst später über die baltischen Länder reden, dann will ich nur darauf hinweisen, daß Estland an dritter Stelle steht, was die ausländischen Direktinvestitionen pro Kopf in Europa angeht. Bei der Liberalisierung, der Öffnung der Wirtschaft und dem Wirtschaftswachstum werden wir nur von der Tschechischen Republik erreicht. Damit will ich Estland nicht über Gebühr anpreisen, sondern nur darauf aufmerksam machen, daß sich die Verhältnisse in der Wirtschaft schnell ändern. Finnland, das einst zum Hinterwald Europas gehörte, ist innerhalb von nur zehn Jahren zu einem der reichsten Länder Europas geworden, und wenn wir uns anschauen, was zunächst in Japan und Korea und jetzt auch in Malaysia und Indonesien geschehen ist, so wird auch da deutlich, wie ungeheuer schnell sich die Dinge verändern. Deshalb sollte man nicht aus den Augen verlieren, was in den baltischen Staaten im Vergleich zu anderen Ländern vor sich geht, wenn über die Zukunft der europäischen Integration diskutiert wird.

In einem größeren Zusammenhang würde die Europäische Union gut daran tun, nicht nur über Osteuropa nachzudenken und über die Frage, ob es diese Länder eingliedern will, sondern auch darüber, wie stark die protektionistischen Interessen in bestimmten Ländern auf dem Agrarsektor sind und welche Subventionslobbies in den südlichen Regionen sitzen. Europa sollte sich Gedanken über seinen Platz in der Welt machen. Schaut man sich das dynamische Wachstum in Regionen wie Malaysia und Indonesien an, in denen die Vereinigten Staaten erhebliche Geldmittel anlegen und investieren - wo bleibt da Europa? Diese Fixierung auf die Frage, wann welches Land der Visegrád-Staaten oder der baltischen Länder dazukommen wird oder nicht, dürfte über kurz oder lang von anderen Ereignissen überholt werden. Es gibt bereits Anzeichen dafür, wie sehr sich die amerikanische Aufmerksamkeit im Vergleich zur Europäischen Union Asien zuwendet.

Angesichts der gegenwärtigen Veränderungen glaube ich nicht, daß die NATO-Diskussion noch sehr lange andauern wird. Es könnten politische und militärische Ereignisse eintreten, die die NATO-Erweiterung sehr schnell hinfällig machen könnten. Hier bedarf es einer sehr viel dynamischeren Entwicklung in Europa. Vielleicht könnte die Europäische Union in einer Weise aktiv werden, wie es die Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit vorgemacht haben, als sie beträchtliche Mittel in den Wiederaufbau Europas investierten. Diese Einstellung gegenüber Osteuropa ist bislang nur von Deutschland gegenüber Ostdeutschland praktiziert worden, während Europa sich in Sachen wirtschaftlicher Integration bisher sehr passiv verhalten hat. Bei all den Befürchtungen um eine NATO-Erweiterung, wäre die beste Sicherheitsgarantie für Osteuropa vermutlich eine sehr viel kühnere Entwicklung der Europäischen Union.

## **Burghardt**

Ich möchte zunächst daran erinnern, daß die Frage, wo die Grenzen der europäischen Integration liegen, naturgemäß immer ein Thema für die Gemeinschaft war. So forderte General de Gaulle bekanntlich ein Europa vom Atlantik bis zum Ural. Einer Anekdote zufolge wurde de Gaulle während eines Besuches in der Sowjetunion an die westliche Seite des Uralgebirges geführt und mit der Frage konfrontiert, ob er meine, dies sei nun die Grenze Europas. Darauf soll er ausweichend geantwortet haben: L'Europe va d'un bout à l'autre - Europa reicht von einem Ende zum anderen. Insofern habe ich begrüßt, daß alle drei Referenten deutlich gemacht haben, die Grenzen Europas seien nicht in erster Linie eine Frage der Geographie, sondern bestimmten sich aus den inhaltlichen Zielen des europäischen Einigungsprozesses.

In der Tat war die europäische Integration immer auf eine politische Finalität ausgerichtet. Das haben die Ereignisse von 1989 keineswegs verändert. Was die Gründungsväter beabsichtigten, war die Überwindung des Nationalstaates als absolutes politisches Ordnungsprinzip in Europa und die Übertragung von Teilen staatlicher Souveränität auf gemeinsame Institutionen. Die Relativierung des Nationalstaates - nicht seine Abschaffung - und die Etablierung einer europäischen Ebene, auf der politische Entscheidungen getroffen werden - das ist das eigentliche Konzept der Gemeinschaft beziehungsweise der Europäischen Union. Ich selbst ziehe, wie Herr François-Poncet, den Begriff Gemeinschaft vor, weil darin deutlicher zum Ausdruck kommt, daß es auch um eine Gemeinschaft der Völker und nicht nur um eine Union der Staaten geht. Um mit Jean Monnet zu sprechen: "Nous ne coalisons pas des Etats, nous unissons des hommes." An diesem Konzept müssen wir unter allen Umständen festhalten. Denn sonst riskieren wir den Rückfall in eine europäische Vergangenheit, die uns mit einer Abfolge von Hegemoniebestrebungen, Allianz- und Gleichgewichtspolitik in zwei Weltkriege geführt hat. Damit würden wir all das wieder verspielen, was wir in den letzten 40 Jahren mühsam aufgebaut haben.

Wie können wir nun - um insbesondere auf Herrn Geremek einzugehen - als Konsequenz der Ereignisse von 1989 den von Westeuropa ausgehenden integrationspolitischen Ansatz zum Fundament einer größeren europäischen Architektur entwickeln? Ich darf zunächst daran erinnern, daß 1989/90, als Maastricht vorbereitet wurde, die sich abzeichnende deutsche Einigung uns schon vor das Problem stellte, wie Gesamtdeutschland integrierter Bestandteil sowohl der Europäischen Gemeinschaft als auch der NATO bleiben würde. Dies war keineswegs ein Selbstgänger; denn es bedurfte dazu vor allem der Zustimmung der Sowjetunion. Uns würden heute ganz andere Fragen beschäftigen, wenn dies damals nicht gelungen wäre.

Der Maastrichter Vertrag ist, was den Schritt zur politischen Union angeht, unvollendet geblieben, weshalb dieses Thema auf der Regierungskonferenz 1996 weiter verhandelt werden muß. Maastricht wurde 1988 mit dem Ziel auf den Weg gebracht, die Vollendung des Binnenmarktes 1992 durch die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit gemeinsamer Währung unumkehrbar zu machen. In diese Vorbereitungen platzten die Ereignisse von 1989.

Das mag die Schieflage erklären zwischen den sehr konkreten Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungsunion auf der einen und den sehr lückenhaften Festlegungen zur politischen Union auf der anderen Seite. Dies erläutert, ohne entschuldigen zu können, daß die Regierungskonferenz von 1991 sich der Frage einer politischen gesamteuropäischen Architektur nicht entschiedener gestellt hat.

Ich will in diesem Zusammenhang allerdings unterstreichen, daß die Delors-Kommission frühzeitig die Mitgliedsstaaten mit einem umfassenden Konzept konfrontiert hat, das die aus "1989" und "1992" resultierenden geopolitischen Veränderungen zu erfassen suchte. Ich nenne nur einige Schlagworte: Vertiefung der Europäischen Union vor der Erweiterung von 12 auf nunmehr 15 Mitglieder; Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR); "Europaabkommen" mit dem Ziel der vollen Assoziierung der mitteleuropäischen Staaten mit Beitrittsperspektive; die daran geknüpfte vom Europäischen Rat in Kopenhagen (Juni 1993) und Essen (Dezember 1994) beschlossene Heranführungsstrategie; Partnerschaftsabkommen mit den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion; technische und finanzielle Hilfen zur Unterstützung des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa ("Phare"- und „Takis“-Programme); Anbindung und Unterstützung der südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer an den Unionsprozeß; Entwicklung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen.

All dies sind Bausteine einer gesamteuropäischen Architektur, die es weiterzuentwickeln gilt.

Wenn in der kommenden Woche in Halifax die Mitglieder des Weltwirtschaftsgipfels zusammen mit dem russischen Präsidenten Jelzin in der politischen Schlußerklärung den Beitrag der Europäischen Union erwähnen werden, durch ihre Europaabkommen einschließlich mit den baltischen Staaten, sowie die Partnerschaftsabkommen mit Rußland, der Ukraine und anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion zu Sicherheit und Stabilität in Europa beizutragen, so halte ich eine solche Aussage mit ausdrücklicher russischer Zustimmung für den Beweis des Erfolgs unserer Politik.

Eine solche Erklärung impliziert, daß Rußland mit der durch die Europaabkommen umschriebenen potentiellen Außengrenze der Europäischen Union unter Einschluß der baltischen Staaten als Bestandteil einer gesamteuropäischen Architektur einverstanden ist.

Mit den Europaabkommen zeichnet sich in der Tat die potentielle Außengrenze der Europäischen Union ab. Das sagt indessen noch nichts über den genauen Zeitplan aus, mit dem künftige Erweiterungen durchgeführt werden können. Mit den Partnerschaftsabkommen machen wir darüber hinaus den übrigen europäischen Ländern konkrete Angebote enger Zusammenarbeit, ohne ihnen jedoch den Beitritt zur Europäischen Union in Aussicht zu stellen. Insofern stimme ich Herrn François-Poncet zu, der die Frage einer gesamteuropäischen Architektur nicht darauf reduziert sehen will, ob ein Land Mitglied der Europäischen Union wird oder nicht. Vielmehr geht es um die politische Rolle der Europäischen Union und ihre Gestaltungskraft im Hinblick auf Gesamteuropa. Dabei muß sich die Europäische Union ihrerseits sowohl in die transatlantische Dimension unter Einbeziehung ihrer sicherheitspolitischen Komponente als europäischer Pfeiler der NATO - als auch in die eurasische Dimension Gesamteuropas - zu der insbesondere Rußland, aber auch die Türkei und die Ukraine gehören - einbetten.

Schließlich einige Worte zur unmittelbar vor uns liegenden politischen Agenda. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß wir mit der Regierungskonferenz, die 1996 beginnt, eine Aufgabe vor uns haben, die in ihrer Bedeutung durchaus mit der der Messinakonferenz von vor 40 Jahren vergleichbar ist. Nach dem Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft ging es in Messina darum, das Konzept der Teilintegration von der Kohle- und Stahlgemeinschaft auf die Nuklearenergie und die Wirtschaft insgesamt unter Bekräftigung der politischen Finalität zu erweitern. Dieses Konzept hat uns erfolgreich bis hin zum Maastrichter Vertrag geführt. Die Frage, die sich heute stellt, ist, wie wir die Europäische Union als Stabilitätsfaktor auf Mittel-, Ost- und Südeuropa erweitern und damit verhindern, daß die allzu bekannten Faktoren europäischer Instabilität, die erneut von dorther drohen, ihrerseits den Einigungsprozeß einholen. Der Erfolg dieser historischen Aufgabe wird dadurch erschwert, daß der Europa-Enthusiasmus der letzten 40 Jahre allmählich erlahmt. Einige wichtige Mitgliedsstaaten stellen sogar die Frage, ob wir die Integration überhaupt vertiefen sollten. Auf der anderen Seite sehen wir uns bei den Beitrittskandidaten einer Erwartungshaltung gegenüber, die der Skepsis bei uns diametral entgegengesetzt ist.

In dieser Situation sollten wir uns der Einsicht der Gründerväter der europäischen Verträge erinnern: Europa entsteht nicht auf einen Schlag, nicht als Ergebnis einer abstrakten Konstruktion, sondern durch die Schaffung von "solidarités de fait". Die Fundamente des Einigungswerkes gilt es deshalb so zu verstärken, daß sie die Statik des größeren Gebäudes zu tragen in der Lage sind, statt sie durch einen mangelhaft vorbereiteten Erweiterungsprozeß zu überfordern und sie damit zum Einsturz zu bringen. Die anstehende Regierungskonferenz, die möglicherweise bis Ende 1997 dauern wird, muß deshalb die notwendigen institutionellen Reformen für eine funktionsfähige Europäische Union von bis zu 27 beziehungsweise 30 Staaten schaffen.

Aufgabe der Regierungskonferenz wird es im übrigen sein, die Verträge demokratischer und verständlicher zu gestalten, um ihre erfolgreiche Ratifizierung in 15 Mitgliedsstaaten und durch das Europäische Parlament zu sichern.

Hinzu kommt die Vorbereitung für einen erfolgreichen Einstieg in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion. Andere wichtige Gemeinschaftspolitiken - allen voran die Landwirtschafts- und Strukturpolitiken - müssen im Hinblick auf künftige Erweiterungen angepaßt werden. Die künftige Finanzverfassung, die im Jahr 2000 den in Edinburgh 1992 beschlossenen und 1999 auslaufenden Finanzierungsrahmen ablösen wird, muß vorbereitet werden. Schließlich werden die neuen Beitrittsrunden folgen. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich die damit verbundenen Verteilungskämpfe auszumalen. Politiker mit Vision, Führungskraft und Durchsetzungsvermögen vom Schlage der Gründerväter sind deshalb gefragt. Sogenannte "Euro-Skeptiker" haben schlicht die Lehren der Geschichte verschlafen.

### **Blackwill**

Wie Herr François-Poncet ausführte, müssen wir über die Gestalt Europas und insbesondere über seine Institutionen entscheiden. Seit fünfeinhalb Jahren stellen wir die gleichen Fragen wie heute, und ich meine, es ist an der Zeit, einige dieser Fragen zu beantworten. Wir tun so, als wären wir bei Anfang 1951 stehengeblieben und würden immer noch über den Marshallplan debattieren.

Ich möchte an Herrn Geremeks Bemerkung anknüpfen, daß es weder auf selten der NATO noch bei der Europäischen Union eine Strategie für Mitteleuropa gibt. Alles bleibt vage, und niemand weiß genau, woran er ist. Hier sollten wir uns endlich um Klarheit bemühen. Nach meiner Vorstellung sollte

die NATO in der zweiten Hälfte des Jahres 1996, nach der russischen Präsidentschaftswahl - wenn sie denn stattfindet;- , verkünden, daß Polen, die Tschechische Republik und Ungarn am 1. Januar 1999 Vollmitglieder werden. Sie sollte hinzufügen, daß in absehbarer Zeit keine weitere Vergrößerung vorgesehen ist. Das impliziert zugleich die Notwendigkeit, auf die Herr François-Poncet ebenfalls hingewiesen hat, nämlich die Beziehungen zu den Nichtmitgliedern zu gestalten.

Die baltischen Staaten stellen hier ein besonderes Problem dar. Aus meiner Sicht ist es für die NATO unmöglich, gegenüber den baltischen Staaten eine eindeutige Verpflichtung nach Artikel V einzugehen, und eine nicht überzeugende Verpflichtung hätte zur Konsequenz, daß der Artikel V gegenüber jedem NATO-Land geschwächt würde. Wenn mir jemand klarmachen kann, wie die baltischen Staaten zu verteidigen sind, bin ich bereit, meine Sicht zu revidieren.

Was Rußland angeht, meine ich, daß die Allianz ihre Beziehungen zu diesem Staat auf skandalöse Weise langsam entwickelt. Das betrifft nicht den Stab in Brüssel, sondern die Regierungen der Mitgliedsländer. In den vergangenen zwei Wochen hat sich nicht viel getan, und wir zahlen den Preis dafür. In Tschetschenien kämpft die russische Armee wie zu Zeiten der Sowjetarmee und zeigt damit, daß beim Militär keine grundlegende Reform stattgefunden hat. Das kann uns auch nicht weiter überraschen. Wer da jedoch glaubt, mit den Tschetschenen sei ein Verhandlungsfrieden möglich, müßte sagen, wie das bei den tiefen historischen Kränkungen und den Gefühlen, die die Tschetschenen gegenüber Rußland empfinden, gehen soll. Ich bin gewiß nicht der Auffassung, daß es für die Vereinigten Staaten gut wäre, wenn Tschetschenien unabhängig würde und Rußland anfinde, sich aufzulösen. Das wäre schrecklich für die Vereinigten Staaten und für den Westen.

Das führt mich zur "Lichtschalter-Diplomatie". George Shultz, wohl einer der klügsten amerikanischen Staatsmänner der Nachkriegszeit, schrieb 1980 einen Artikel, in dem es hieß, Sanktionen gegenüber der Sowjetunion stünden vor der Schwierigkeit, wann und wie sie anschließend wieder aufgehoben werden sollen. Ich bin einigermaßen sprachlos, wenn ich Leute sagen höre, das EU-Wirtschaftsabkommen, die Gespräche mit dem Europarat oder die dänischen Militärkontakte - alles Dinge, die ausgesetzt wurden - sollten einfach wieder weitergehen, wenn das Tschetschenienproblem gelöst ist. Das Tschetschenienproblem wird von der russischen Armee gelöst, indem sie die Tschetschenen jagen, bis sie so viele getötet haben, wie sie können. Soll man die Russen anschließend beglückwünschen, daß sie die Tschetschenen unterworfen und in die Berge getrieben haben und daß nur noch vereinzelt Gewalt ausgeübt wird? Worin besteht dann die moralische Grundlage, um die Sanktionen gegenüber Rußland aufzuheben? Das heißt, wenn wir gegenüber Rußland Sanktionen verhängen, weil es etwas tut, das uns nicht gefällt, sind wir im Grunde dabei, dauernd den Lichtschalter an- und auszuknippen. Die deutsche Regierung hat der amerikanischen Regierung während des kalten Krieges stets den guten Rat gegeben - der von amerikanischer Seite nicht immer angenommen wurde, obwohl er beherzigenswert war;- , die Politik gegenüber der Sowjetunion langfristig anzulegen. Wir sollten das gleiche mit Rußland tun.

Schließlich bin ich bei der Diskussion über die Erweiterung von EU und NATO überrascht, daß das Wort Geopolitik kaum Erwähnung findet. Es sieht so aus, als sei Geopolitik aus solchen Debatten verbannt worden. Man tut so, als sei jedes europäische Land östlich Deutschlands gleich. Für die meisten Amerikaner ist in der Tat alles gleich, und sie können wahrscheinlich das eine Land vom anderen nicht unterscheiden. Aber wenn wir über die Erweiterung beider Institutionen sprechen, sollten wir uns bewußt sein, daß Polen geopolitisch das wichtigste Land zwischen Deutschland und Rußland ist, und zwar aufgrund seiner Größe, seiner Bevölkerung, seiner Lage und seiner Geschichte. Es ist deshalb geopolitisch von größerer Bedeutung als die anderen Länder. Das sollten wir berücksichtigen, wenn wir über das Tempo der Erweiterung entscheiden.

Ein letztes Wort zur Frage der Geschwindigkeit und der Zahl jener Länder, die für die Erweiterung der EU in Frage kommen. Als Amerikaner spreche ich natürlich aus einer gewissen Distanz, doch zumindest ich persönlich wünsche mir eine Europäische Union, die ein aktiver Partner der Vereinigten Staaten sein kann. Es gibt also auch gleiche Sichtweisen in bezug auf die Europäische Union. Ich kann mir jedenfalls nur schwer vorstellen, daß eine Europäische Union, die 25 Länder umfaßt, ein effektiver Partner der Vereinigten Staaten sein wird.

### Hassner

In bezug auf die Lichtschalter-Strategie sowie die Unsinnigkeit von Sanktionen und die Notwendigkeit langfristigen Denkens gegenüber Rußland möchte ich Bob Blackwill fragen, ob er inzwischen seine Meinung aufgegeben hat, die er im letzten Jahr so eloquent vertreten hat, daß die Ukraine in Gefahr und ihre Unabhängigkeit von hoher geopolitischer Bedeutung für Europa und die USA sei. Ich hatte Sie jedenfalls immer so verstanden, man müsse den Russen unmißverständlich klarmachen, daß

unsere Beziehungen zu ihnen stark davon beeinflusst sind, wie sie sich gegenüber der Ukraine verhalten.

Sie betonten dann, die NATO solle nur die Tschechische Republik, Ungarn und Polen akzeptieren. Und wie steht es um die Slowakei? Die baltischen Staaten wollen Sie nicht dabei haben, weil sie sich nicht nach Artikel V verteidigen lassen. War Berlin zu verteidigen? Es geht nicht darum, irgendein Gebiet zu verteidigen und möglicherweise mit der NATO in den Krieg zu ziehen, sondern daß wir ein nachhaltiges Interesse zum Ausdruck bringen.

Ich habe Sie des weiteren so verstanden, daß ein unabhängiges Tschetschenien die Fragmentierung Rußlands bedeuten würde. Gleiches war der Fall bei der Ukraine. Sie sagen, wir brauchen ein großes Rußland. Tschetschenien ist ein Sonderfall, weil es das einzige Gebiet ist, das wirklich unabhängig werden will. Das heißt, es wird keine allgemeine Auflösung stattfinden, wenn Tschetschenien unabhängig wird. Und Herr Generek sagte zu Recht, die Ukraine ist unabhängig geworden, und Rußland ist auch ohne sie immer noch sehr groß und stark.

Die Frage ist, ob wir ein Signal geben wollen, daß neue imperiale Tendenzen in Rußland sowohl für Rußland selbst als auch für seine Beziehungen mit uns schädlich sind.

### **Blackwill**

Ich würde den Russen auch weiterhin sagen: Wenn sie etwas in Richtung Ukraine oder baltische Staaten unternehmen, kommt es zu einem Bruch mit dem Westen.

Die Slowakei würde ich in der Tat nicht einbeziehen; da haben Sie mich richtig verstanden.

Ihr Berlin-Beispiel verkennt die geopolitischen Unterschiede zu den baltischen Staaten heute. Die Verteidigung Berlins beruhte auf der amerikanischen Militärpräsenz in Berlin und der atomaren Abschreckung. Ich bin nicht bereit, Gleiches für Litauen zu tun.

### **Ischinger**

Wenn wir nach den Grenzen Europas fragen, hilft uns die Diskussion über das nordatlantische Bündnis sicher nicht viel weiter. Dieses Bündnis ist transatlantisch definiert und nicht auf Grenzfragen in Europa hin orientiert, wenngleich sich aus der NATO-Diskussion geostrategische Überlegungen, wie sie Bob Blackwill angestellt hat, ableiten lassen.

Die Frage nach den Grenzen Europas stellt sich bekanntlich nur in einer Richtung, nämlich im Osten und Südosten. Weder nach Westen, nach Norden und auch nicht nach Süden haben wir Probleme, die Grenzen Europas zu definieren. Niemand behauptet, der Südrand des Mittelmeeres gehöre nicht zu Afrika. Allein im Osten und Südosten bewegen wir uns in einem offenen geographischen Rahmen.

Daraus ergeben sich für die Geostrategie zwei unterschiedliche Ansätze. Das eine ist eine Stabilisierungsstrategie gegenüber Regionen, die außerhalb Europas liegen, wie etwa dem Südrand des Mittelmeeres; das andere ist eine Erweiterungsstrategie. Gegenüber Mittel- und Osteuropa und gegenüber Südosteuropa kann die Europäische Union im Prinzip beide Strategien verfolgen, eine Art Doppelstrategie. Während die Erweiterungsstrategie gewissermaßen auf die Vollendung einer bestimmten Europa-Idee abzielt, wie hier verschiedentlich deutlich wurde, geht es bei der Stabilisierungsstrategie um die Frage: Wie kann die Europäische Union geeignete finanzielle, politische, notfalls militärische Mittel und Instrumente einsetzen, um die Lage an den Peripherien zu stabilisieren? Von daher ergeben sich also unterschiedliche Prioritätensetzungen aus diesen beiden Ansätzen.

Insofern wende ich mich auch dagegen, wenn in der Europäischen Union gelegentlich so getan wird, als könne man nach Osten und Südosten und gegenüber dem Mittelmeerraum die gleiche Strategie verfolgen. Für den Mittelmeerraum sehe ich ausschließlich die Möglichkeit einer Stabilisierungsstrategie, während eine Erweiterung dorthin aus meiner Sicht nicht zur Diskussion steht. Nach Osten und Südosten dagegen ist beides denkbar.

Mein Eindruck ist, daß in dieser Hinsicht häufig nicht klar genug unterschieden wird. Das ist besonders aus deutscher Sicht von Bedeutung, als der deutsche "Nettozahler" in der EU - ein zunehmend wichtiger Begriff in unserer Europadiskussion - immer stärkere Vorbehalte anmeldet, wenn die Erweiterung nach Osten nicht einen gewissen Vorrang erhält gegenüber der sicher ebenfalls berechtigten Absicherung der Südflanke, die aber nicht die gleiche Priorität hat.

### **Mayhew**

An diesem Tisch scheint über die Integration zumindest der Visegrád-Staaten und wahrscheinlich der baltischen Länder in die Europäische Union weitgehend Einigkeit zu herrschen. Wir brauchen klare Prinzipien und dürfen nicht zweierlei Maß anlegen. Es bedarf relativ eindeutiger Kriterien für den Beitritt zur EU; denn selbst in diesem Kreis besteht kaum Übereinstimmung darüber, wo Europa aufhört; die meisten von uns meinen, daß Europa ohnehin nur ein sehr vager Begriff ist. Deshalb muß die Europäische Union Kriterien für den Beitritt festlegen und jeweils prüfen, welche Länder diese Kriterien erfüllen.

Ich denke, das ist notwendig und fair gegenüber den Ländern, die Assoziierungsabkommen geschlossen haben; denn alles, was bislang über die Erweiterung gesagt wurde, ist, ehrlich gesagt, nicht besonders glaubwürdig. In Kopenhagen hat die EU die berühmte Erklärung über die Mitgliedschaft der assoziierten Länder abgegeben und in Essen eine Strategie für die Vorbereitung der Erweiterung beschlossen. Das mag alles schön und gut sein; aber keines der assoziierten Länder kann sich heute darauf verlassen, daß diese Pläne zu dem gewünschten Ergebnis führen werden. Deshalb hat Herr Geremek in seinem Referat zu Recht gesagt, Mitteleuropa finde es sehr schwierig, seine Position zu bestimmen. Ein Zurück nach Osten gibt es nicht mehr, und der Weg nach Westen scheint immer schwieriger zu werden.

Das eigentliche Problem sehe ich innerhalb der Europäischen Union. Die Erweiterung zumindest um die Visegrád-Länder und wahrscheinlich in einer nächsten Stufe um die baltischen Länder ist entscheidend für den Frieden und das Wohlergehen Europas. Denn die EU leidet daran, daß wir uns in eine Lage gebracht haben, in der wir zu Veränderungen, vor allem zu Strukturveränderungen im Bereich der Wirtschaft, nahezu unfähig sind.

Ein Beispiel: Die Regierungen können die Steuern nicht mehr erhöhen, sondern nur noch senken; denn in unserem System ist der einzelne Wähler darin bestärkt worden, vor allem an seinen persönlichen Wohlstand und sein persönliches Einkommen zu denken. Wir leben in einer extrem individualistischen Gesellschaft, in der alle viele Rechte haben, aber nur wenige auch Pflichten akzeptieren wollen. (Wobei anzumerken ist, daß in vielen Ländern, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, die Steuern zu hoch sind.)

Es gibt kaum noch Flexibilität. Wir haben es mit einer vollkommen starren Marktlage zu tun. Es fehlt zum Beispiel an persönlicher Mobilität im Hinblick auf einen Ortswechsel. Der Durchschnittsbürger ist nicht bereit, seinen angestammten Wohnsitz zu wechseln, selbst wenn es dort an Arbeitsplätzen mangelt. Oder Leute, die Golf spielen, ziehen nicht in eine Stadt, in der es keine Golfanlage gibt. Ich übertreibe ein wenig. Das Merkwürdige ist doch, daß wir alle hier theoretisch für die Osterweiterung sind. Fragt man die Menschen auf der Straße in den Ländern der EU, dann sagen die meisten ebenfalls, daß sie die Osterweiterung begrüßen. Gleichzeitig wissen wir sehr wohl, daß es in der Europäischen Union keine politische Mehrheit dafür gibt, weil die Erweiterung Strukturveränderungen mit sich bringt. Ich würde sogar sagen, seit dem Essener EU-Gipfel sind die Chancen für eine Osterweiterung eher geringer geworden.

Selbst die Holländer, die doch stets am entschiedensten für die Osterweiterung eingetreten sind, scheinen jetzt weniger enthusiastisch zu sein. Der Grund ist natürlich, daß die Erweiterung Geld kosten könnte. Aber es ist nicht nur eine Frage der Finanzierung. Wie die Diskussionen in Essen gezeigt haben, sind einige EU-Mitgliedsstaaten unter keinen Umständen bereit, Änderungen in gewissen Politikbereichen zuzustimmen; doch liegt es auf der Hand, daß solche Änderungen unumgänglich sind, um die Osterweiterung zu ermöglichen.

Die Mitglieder der Europäischen Union befinden sich in einer politischen und wirtschaftlichen Klemme und sehen sich außerstande, ihre jeweils nationale Politik zu ändern. Dies ist einerseits ein großes Problem für die Osterweiterung. Andererseits sehe ich in der Osterweiterung einen großen Vorteil für die EU; denn gerade durch sie könnte ein erheblicher Teil der Stagnation in der Gemeinschaft aufgebrochen werden. Darüber hinaus wird sie unbestreitbare wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen. Auf diese Weise könnte die Europäische Union in Zukunft wieder ein dynamischer und prosperierender Wirtschaftsraum werden.

### **van Eekelen**

Ich meine, Herr Mayhew, daß wir bei einem entsprechenden Wirtschaftswachstum in Westeuropa die Erweiterung verkraften könnten, ohne die Steuern zu erhöhen. Die Frage ist nur, ob wir bereit sind, einen Teil der zusätzlichen Einnahmen für die Erweiterung auszugeben. Der Wille ist durchaus vorhanden, die benötigten Mittel für Osteuropa bereitzustellen. Wir sind jedoch nicht längerbereit, für Sizilien zu zahlen, wenn das Geld dort nicht wirksamer verwendet wird. Es geht also um die übergreifende Frage nach der Effektivität der Strukturfonds.

Sie betonten die Bedeutung von Kriterien. Haben wir durch den Kopenhagener Gipfel nicht genügend Kriterien, um die verschiedenen Länder Mitteleuropas, die jetzt die Europaabkommen unterzeichnet haben, als künftige Mitglieder zu betrachten? Ist es überhaupt möglich, sinnvolle Kriterien zu entwickeln, die im praktischen politischen Geschäft angewandt werden können? Ich habe ja bereits vorhin betont, daß es bei der Osterweiterung letztlich um eine politische Entscheidung geht.

### **Kaiser**

Für die weitere Diskussion möchte ich Sie bitten, nach Möglichkeit zwei Punkte in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen. Der eine Punkt betrifft die Konsequenzen dessen, was Bob Blackwill zu den baltischen Staaten gesagt hat. Anders formuliert: Wenn eine NATO-Erweiterung stattfindet, wie soll man mit denjenigen umgehen, die dann nicht dazugehören? Wie kann verhindert werden, daß sich deren Sicherheit verringert? Da werden wir uns sicher etwas einfallen lassen müssen.

### **von Weizsäcker**

Die Frage anders beantworten.

### **Kaiser**

Wie auch immer - ich halte das jedenfalls für eine zentrale Frage.

Zweitens: Alan Mayhew, Willem van Eekelen und Günther Burghardt haben eine spezifische Frage angesprochen. Auf die Europäische Union kommt 1999 eine große Auseinandersetzung zu, nämlich die Neuregelung der finanziellen Ausstattung der Agrar- und Strukturfonds. Dies schafft im Hinblick auf die Erweiterung und angesichts der innenpolitischen Situation in den Mitgliedsländern eine ganz besonders schwierige Problematik. Hier wäre es wichtig, daß wir uns um eine ehrliche Antwort bemühen.

### **Smyser**

Ich will sehr offen sprechen, um das strategische Problem ganz klar darzustellen.

Die Vereinigten Staaten sind eine Seemacht; das sage ich speziell meinen polnischen Freunden. In Europa scheint man dies leicht zu vergessen; man kennt die Siebte Armee und glaubt, die Vereinigten Staaten seien eine Landmacht. Das sind sie jedoch nicht. In ihrem Denken und in ihrer Strategie sind die USA eine Seemacht. Seemächte wollen seit jeher das Land schützen, das ihren Küsten gegenüberliegt. Aus diesem Grunde warf Rom Karthago nieder; verteidigte England Belgien und die Niederlande, und eben deshalb treten die Vereinigten Staaten für Taiwan, Japan und so weiter ein. Das war auch der Grund, warum die Vereinigten Staaten nach Westeuropa gingen, um es vor feindlicher Machtübernahme zu bewahren. Dies war das weiteste Vorgehen auf einem Kontinent, das jemals von einer Seemacht unternommen wurde - vielleicht mit der Ausnahme Großbritanniens in Indien; aber das war eine andere Situation.

Seemächte gehen nur bis zu einem bestimmten Punkt aufs Land, nämlich so weit, wie es für den Schutz der Küste erforderlich ist. Ich möchte dies meinen polnischen Freunden ganz klar sagen: Wenn Sie von einer Seemacht eine Garantie nach Artikel V des NATO-Vertrags erhalten, ist dies vielleicht ein Stück Papier, aber ich bin nicht sicher, ob es viel mehr ist. Erinnern Sie sich bitte daran, daß Präsident Clinton in Moskau war und Jelzin fragte, ob er Einwände gegen drei oder vier neue NATO-Mitglieder hätte. Einen Monat später weigerte sich Clinton, in Bosnien einzugreifen.

Dann zu Europa. In der Neuzeit hat es fünf Europas gegeben. Erstens das Europa des Westfälischen Friedens; zweitens das Europa des Wiener Kongresses; drittens das Europa von Versailles; viertens das Europa von Jalta, und fünftens gibt es jetzt das Europa von Berlin. Ich nenne es das Europa Berlins, nicht weil Berlin das Machtzentrum darstellt, sondern weil es das Kommunikationszentrum sein wird und die Stadt die kommenden Trends und Verschiebungen vielfältig reflektieren wird. Dieses Europa reicht übrigens von Wladiwostok bis nach Los Angeles. Das sage ich nicht, weil ich jetzt in Los Angeles lebe, sondern um daran zu erinnern, daß die Atomwaffen, die Europa verteidigt haben, unter anderem in Los Angeles produziert wurden.

Worüber wir nachdenken müssen, ist: Welche Grenzen hat dieses Europa? Unser Thema: "Europa - aber wo liegen seine Grenzen?" bereitet mir etwas Unbehagen. Ich würde die Formulierung vorziehen: "Die vielen Europas - wo liegen ihre Grenzen?" Es gibt das Europa der NATO, das sich um den Atlantik zentriert. Es gibt das Europa der WEU, das sein Zentrum, worauf Herr François-Poncet uns aufmerksam machte, im Reich Karls des Großen hat. Es gibt die Europäische Gemeinschaft, jetzt Europäische Union, die ihr Zentrum in Brüssel hat. Es ist die Rede von einer neuen NAFTA, einer

Nordatlantischen Freihandelszone, deren Zentrum ich offen gestanden nicht ausmachen kann. Es gibt die OSZE, die in Mitteleuropa, in Wien, ihren Sitz hat. Der Europarat wiederum hat seinen Sitz in Straßburg. Mit anderen Worten: Jeder Versuch, die Grenzen Europas festzulegen, muß zunächst definieren, welches besondere Europa gemeint ist.

Wo die Grenzen sind, ist für mich in der Tat nicht so wichtig; man kann sie, wie gesagt, sehr unterschiedlich definieren. Worauf es ankommt, ist, daß die Grenzen nicht aus Mauersteinen und Mörtel bestehen, sondern gewissermaßen aus Seide gemacht sind oder, wie es in südlichen Ländern häufig ist, wo an Stelle von Türen Vorhänge aus Perlenschnüren dafür sorgen, daß die Fliegen draußen bleiben, aber nicht die Menschen.

Es liegt sowohl im amerikanischen wie im europäischen Interesse, daß sich die europäischen Institutionen ständig wandeln. Europa ist nach dem Ende des kalten Krieges neu erstanden. Die unterschiedlichen europäischen Organisationen sollten in der Lage sein, jene Länder, die dies wünschen, mit einzubeziehen. Länder sollten eintreten, aber auch austreten können. Und jede europäische Organisation sollte die Grenzen haben, die ihrer Mitgliedschaft angemessen sind. Meine Antwort auf die Frage "Wo liegen die Grenzen Europas?" lautet deshalb im umfassendsten Sinne: Die Grenzen reichen von Kalifornien bis nach Kamtschatka. Ansonsten sollten die Grenzen je nach Organisation und Interessenlage andere sein. Natürlich gilt dies auch für die Interessen der Länder, die beitreten wollen.

### Krzeminski

Ich weiß nicht, ob ich froh darüber sein soll, gleich nach Herrn Smyser zu sprechen, der sich zu unseren - polnischen - Angelegenheiten mit einiger Reserve geäußert hat. Im übrigen war die letzte Phase dieser Diskussion quasi eine Bestätigung historischer Stereotypen: Die polnischen Teilnehmer dieses Symposiums hörten eher zu, was über uns gesagt wird, als selbst das Wort zu ergreifen. Zum Teil verstehe ich das sogar: Wir möchten in die europäischen, oder besser: westeuropäischen Institutionen erst hinein und müssen sie zunächst so, wie sie sind, kennenlernen, ohne irgendwelche neue Lösungen vorzuschlagen. Ein Aspirant kann kein Bilderstürmer sein.

Zugleich hat unser Disput hier, wie die heutigen Auseinandersetzungen über Europa überhaupt, etwas Beunruhigendes an sich. Als Journalist - und nicht als Politiker oder Politologieprofessor - kann ich nicht über Systemmodelle oder Institutionen, sondern eher über jenen "durchschnittlichen Mann von der Straße" sprechen, der alle vier Jahre einmal seine Stimme abgibt, die europäische Politik unterstützt oder ablehnt, aber in konkreten Fragen kaum zu entscheiden hat. Mein Eindruck ist nun, daß in den letzten Jahren in der Frage der Erweiterung der Europäischen Union auch etwas Ungutes geschieht. Auf der einen Seite sagt man uns, den Bittstellern, ständig, die Osterweiterung der EU (und vielleicht auch der NATO) stehe für unsere Länder bereits fest. Auf der anderen Seite ist die Öffentlichkeit in Polen nach jedem NATO- oder EU-Gipfel enttäuscht. Man könnte sagen: Unsere Erwartungen sind größer als die objektiven Möglichkeiten, sie zu erfüllen.

Möglich ist auch, daß wir die komplizierten Regeln des diplomatischen und politischen Spiels der demokratischen Länder nicht verstehen, die widerstreitende Interessen in Einklang bringen und Mehrheiten gewinnen müssen. Aber geht nicht etwas viel Tiefergreifendes und Schlimmeres vor sich? Vielleicht möchten wir, die nicht aus eigener Schuld historisch Verspäteten, auf einen Zug aufspringen, der, statt Fahrt aufzunehmen, das Tempo verlangsamt. Er ist nicht kaputt, aber die Maschinisten wissen nicht so recht, wohin sie fahren wollen.

Meine These ist, daß das Jahr 1989 durchaus vergleichbar ist mit den Ereignissen vor 200 Jahren, also der Französischen Revolution. Nur war in diesem Falle zum ersten Mal in der Geschichte Europas eine so große politische Erschütterung nicht von einer Kulturrevolution begleitet; das europäische Bewußtsein wurde nicht in neue Bahnen gelenkt. Die Französische Revolution und die Napoleonische Ära brachten Europa die Romantik, der Erste Weltkrieg eine Eruption des Expressionismus von links oder von rechts, der Zweite Weltkrieg die Welle des französischen, deutschen, auch polnischen Existentialismus, eine Neubegründung der *conditio humana* nach dem so schrecklichen Krieg. Heute gibt es nichts dergleichen. Die Abrechnung mit dem Totalitarismus mag neue Fakten des Terrors und des Völkermords aufdecken, aber eine kulturelle Neubelebung hat sie weder bei uns im Osten noch im Westen bewirkt.

Es gibt auch keine neue kulturelle und intellektuelle Europabewegung, keine politische "Euroeuphorie", keine Freude darüber, daß sich nun die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grenzen Europas wieder nach Osten verschieben. Die Politiker drehen ihre Gebetsmühlen zu Europa, die Politologen analysieren wirtschaftliche Daten; aber schon für die Journalisten ist Europa ein langweiliges Thema, bei dem Fernsehzuschauer oder Leser verlorenzugehen drohen. Die

Meinungsforschungsergebnisse sind in unseren Ländern immer noch dezidiert proeuropäisch, aber mit fallender Tendenz, es sei denn, ein spektakulärer Besuch vergrößert für einen Augenblick den Glauben an Europa. Es existiert auch eine Art unterschwelliger "Komplex des Unerwünschten", das Gefühl, zurückgewiesen, nicht verstanden und geringgeschätzt zu werden. Während unsere führenden Politiker keine eigenen Bücher über die Chancen der "Europäisierung Polens" publizieren, kann man in den Buchhandlungen antieuropäische Manifeste finden. Auf dem Umschlag eines Buches von Giertych das Schwert von Boleslaw Chrobry durch die Europafahne gestoßen. Das kann man als Warnung betrachten.

Mitunter wird jedoch die Befürchtung geweckt, daß es im Westen Tendenzen gibt, die darauf hinauslaufen, die ganze Frage unseres "Anschlusses an Europa" aufzuschieben und zu verzögern, um dann irgendwann sagen zu können: Da haben wir's: Erstens erfüllen sie unsere Bedingungen nicht, und zweitens haben sie es überhaupt nicht eilig, zu uns zu stoßen - um dann im Innersten aufzuatmen: Man kann im "Klub der Reichen" unter sich bleiben. Wenn an der deutsch-polnischen Grenze Schilder mit der Aufschrift "Nur für EU-Mitglieder" erscheinen, dann klingt das zwar nicht wie das "Nur für Deutsche" in der Zeit der deutschen Okkupation, aber diejenigen, denen es nicht vergönnt ist, die europäischen Vergünstigungen zu nutzen, spüren, daß sie "der dumme Rest" sind wie einst die DDR-Deutschen.

Daher lautet die Grundfrage zu unserem Thema auch: Haben wir es tatsächlich nur mit dem Problem der - politischen und militärischen - Grenzen Europas zu tun oder eher mit dem Problem der mentalen und kulturellen Barrieren in den Köpfen vieler Menschen, sowohl jener "auf der Straße" als auch derer hinter den Schreibtischen?

Vor kurzem hat Josef Joffe in der "Süddeutschen Zeitung" einen bezeichnenden Kommentar geschrieben, demzufolge wir in drei Welten gleichzeitig leben: Im ehemaligen Jugoslawien hätten wir das 16. Jahrhundert der Religionskriege, in Rußland das 19. Jahrhundert der imperialen Politik der Stärke und beiderseits des Atlantiks schon das 21. Jahrhundert, in dem nicht die Besetzung eines größtmöglichen Territoriums ausschlaggebend ist für die Macht, sondern die neuen Technologien und der Anteil an der supranationalen, globalen Wirtschaft. Dieses 21. Jahrhundert hört für Joffe bei Berlin auf, und zwischen Berlin und Moskau - zwischen dem 21. und dem 19. Jahrhundert - ist ein Vakuum, ein "schwarzes Loch", eine Welt, die im Blickfeld des Autors nicht existiert.

Was ich befürchte, ist, daß eine Situation entstehen kann, in der man uns - von Estland bis Bulgarien - diesem 19. Jahrhundert im Osten zuschreiben wird. Was heißt wird? Wir werden ihm dauernd zugeschrieben, nicht nur in den Medien, auch in den Äußerungen mancher Politiker im Westen, die gern davon sprechen, daß unsere völlige Eingliederung in Westeuropa eine Ohrfeige für Rußland und eine unerträgliche Bedrohung für die junge russische Demokratie wäre. Dagegen verlieren sie kaum Worte darüber, daß unsere Länder, die für Rußland wirklich keinerlei Bedrohung darstellen - diese Bedrohung ist für Rußland allein der verletzte Stolz darüber, daß ihm die "Satelliten entlaufen" sind;- , den äußeren Rahmen der Europäischen Union und der NATO zur Absicherung der inneren Reformen und der Modernisierung brauchen. Deshalb sollten alle diese Länder so schnell wie möglich Mitglieder beider Institutionen werden. Allerdings könnte die Art und Weise der faktischen Einbeziehung in sämtliche Strukturen "von innen heraus" zeitlich gestreckt werden, nach entsprechenden "individuellen Programmen".

Diese Länder in einem Schwebezustand zu lassen, ist gefährlich (um nicht zu sagen unredlich; aber Redlichkeit ist keine allzu überzeugende politische Kategorie ... ). Wie das in der Praxis aussieht, davon kann man sich beispielsweise anhand der Analysen bekannter Politologen überzeugen. Zum Beispiel der des Chefredakteurs der- im übrigen sehr interessanten - sozialdemokratischen Monatsschrift "Die Neue Gesellschaft", Peter Glotz, der schon vor zwei Jahren in seiner Zeitschrift recht arrogant einen "Halbmond der Gewalt" skizzierte, der für den Westen bedrohlichen ethnischen Kämpfe darstellte und von Bosnien ... bis nach Wilna reichte. Seiner Meinung nach könne es durchaus zu einem polnisch-litauischen Krieg kommen. Allein schon Polen und Litauen in die Jugoslawische Logik" zu zwängen, ist absurd, hat jedoch einen markanten Kontext. Damit werden wir mental aus einem geschlossenen Zivilisationskreis ausgegrenzt. In seinem Text schreibt Glotz nicht über die Pogrome in Rostock, so weit reichte sein "Halbmond der Gewalt" nicht.

Mir scheint das für uns nicht nur ein Wettlauf mit der Zeit zu sein, sondern auch ein Hindernisrennen. Diese Hindernisse existieren weitgehend in den westlichen Köpfen. Es stimmt nicht, daß man abwarten kann, bis sich alles "von selbst regelt". Was gebraucht wird, ist eine Renaissance der europäischen Idee. Europa hat sich schon mehrmals in seiner Geschichte zusammengeschlossen und ist wieder auseinandergefallen. Es ist keineswegs ausgemacht, daß Sie im Westen und wir im Osten die Chance, die sich uns heute bietet, auch erfolgreich wahrnehmen werden.

Meiner Ansicht nach kann die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO um die Länder unseres "Zwischeneuropas" auch auf die Qualität beider Institutionen belebend wirken. Erstens, weil in uns noch die Vitalität von Menschen ist, die "sich hocharbeiten", "in die Salons aufsteigen" wollen. Zweitens, weil eine Ostverschiebung des Westens eine Chance ist, unseren gemeinsamen "Nahen Osten"-Rußland, die Ukraine, Weißrußland - stärker an das gut funktionierende Westeuropa anzubinden. Als EU- und NATO-Mitglieder müssen die Länder zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer offen gegenüber dem Osten sein, weil der Status von "Frontstaaten" für Länder wie Polen oder die Slowakei selbstmörderisch wäre. Unsere Chance für die Zukunft liegt in der Öffnung nach Osten, aber als Teil des Westens, in dessen Rahmen.

## Ash

Alle Metaphern für Europa sind irreführend: Orchester, Familie, Klub, Spielfeld, Schlachtfeld. Die Metapher, mit der wir hier die meiste Zeit operieren, nämlich "Architektur", ist insofern besonders problematisch, als dieser Begriff derart statisch ist, daß damit Elemente des Machtwechsels, des Wettbewerbs und der Machtdifferenzen zwischen den Staaten überhaupt nicht erfaßt werden. Von daher lassen sich die verschiedenen Ebenen, von denen Bronislaw Geremek sprach, nämlich EU und NATO auf der obersten, sowie Europarat, OSZE und so weiter auf den folgenden Ebenen, kaum miteinander vergleichen.

Aus der Sicht der Länder, die hinein wollen, ist es allein die Verbindung von EU und NATO, die sowohl vor äußerer Bedrohung schützt, als auch den Wettbewerb zwischen den Staaten nach innen reguliert, damit das gegenseitige Kappen von Fischernetzen das Äußerste an kriegerischer Auseinandersetzung zwischen unseren Staaten bleibt.

Pierre Hassner und Aleksander Smolar haben darüber gestritten, ob die Frage nach Zentraleuropa noch die zentrale europäische Frage ist, wie das in den 80er Jahren der Fall war. Mein Eindruck ist, daß sich die Diskussion um diese Frage zugunsten von Zentral- oder Mitteleuropa entwickelt hat, besonders was den Beitritt Polens zur EU und zur NATO angeht, wie wir das ja auch hier erleben. Alan Mayhew hat jedoch zu Recht daraufhingewiesen, daß manches Hindernis noch zu überwinden ist. Und wenn diese Hindernisse überwunden sind, dann, so sagte Pierre Hassner, stellen sich erst die wirklich kritischen Fragen, nämlich die Länder betreffend, die östlich und südöstlich von Mitteleuropa liegen.

Ich will eines deutlich sagen: Auch mich hat die Klarheit und der Mut von Herrn Muraschow beeindruckt. Wir im Westen sollten nicht weniger klug und mutig in der Feststellung sein, daß prinzipiell alle europäischen Demokratien einen Anspruch darauf haben, zur EU und zur NATO zu gehören. Der Anspruch eines demokratischen Litauens ist im Prinzip ebenso berechtigt wie der eines demokratischen Polens. Der Anspruch eines demokratischen Sloweniens mag sogar größer sein als der einer halbdemokratischen Slowakei. Und auch ein demokratisches Kroatien, sogar ein demokratisches Serbien oder die Ukraine könnten in einiger Zeit den gleichen prinzipiellen Anspruch haben.

Ich halte es heute für genauso wichtig, immer wieder an diese prinzipiellen Ansprüche zu erinnern, wie es zur Zeit des kalten Krieges keineswegs irrelevant war, die Präambel der Schlußakte von Helsinki oder die Charta 77 oder einige Dokumente von Solidarnosc hochzuhalten, obwohl man wußte, daß sie fürs erste nicht realisiert werden konnten. Das sollte unser Ausgangspunkt sein, von dem aus wir feststellen können, welche Kompromisse eingegangen werden müssen, um die politischen Realitäten, insbesondere in Rußland, zu berücksichtigen. Das bedeutet zum Beispiel, daß die baltischen Staaten zunächst nicht Mitglieder der NATO werden können, wie Polen dies könnte.

Bronislaw Geremek und Ludger Kühnhardt haben gefragt, warum es uns in den fünf Jahren seit dem Ende des kalten Krieges nicht gelungen ist, Europa neu zu denken und eine ähnlich große Vision von Europa zu entwickeln wie nach 1945. Die pessimistische Antwort lautet: Was 1989 geschehen ist, war von uns im Westen zu weit entfernt und ist zu friedlich verlaufen - angefangen mit dem runden Tisch in Polen. Ich fürchte, Bronislaw Geremek und Tadeusz Mazowiecki haben ihre Arbeit zu gut gemacht! Es hat uns letztlich nicht genügend aufgerüttelt; es betraf uns nicht direkt. Heraklit hat gesagt, der Krieg sei der Vater aller Dinge. Mit anderen Worten, von 1989 ging kein "heraklitischer Effekt" aus.

Die optimistische Interpretation lautet: Gebt uns etwas mehr Zeit. Mitte 1951 gab es den Marshallplan, der Europarat wurde gegründet, die NATO war erst in Ansätzen vorhanden, und es gab die Montanunion für Kohle und Stahl. Die eigentliche NATO, der auch Westdeutschland angehörte und die schließlich den kalten Krieg gewonnen hat, bestand aber noch nicht, und von der Europäischen Union war noch nichts zu sehen. Messina kam erst vier Jahre später. Für uns heute wäre das also das Jahr 1999. Das heißt, wenn wir optimistisch sind, haben wir noch etwas Zeit. Aber die Frage, die wir in

der Zwischenzeit beantworten müssen, betrifft nicht bei allem Respekt vor Herrn François-Poncet die Dichotomie von Akteur oder Raum, von föderaler Union oder Freihandelszone. Freihandelszone, nebenbei, ist eher eine Art Popanz. Selbst in England sind die meisten ernst zu nehmenden Politiker schon weit über die Vorstellung einer bloßen Freihandelszone hinausgegangen.

Es geht um ein politisches Europa; zweifellos. Aber welcher Art von politischem Europa? Ist Maastricht mit der Konferenz von Messina tatsächlich vergleichbar? Ist die Währungsunion überhaupt der richtige Weg für das Europa nach dem kalten Krieg? Vielleicht stellt sich heraus, daß es ein falscher Ansatz war, der genauso scheitern könnte, wie es der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 in der französischen Nationalversammlung ergangen ist. Eine andere Frage ist, ob wir es schaffen, die Regierungskonferenz 1996 zu einer Art Messina des Europas nach dem kalten Krieg machen. Mit anderen Worten: Es handelt sich um den liberal-demokratischen Bezugsrahmen für eine neue politische Ordnung in Europa. Dies ist der Punkt, an dem sich unsere Diskussion hier in Warschau mit der, die wir im März in Oxford geführt haben, berührt.

## Höynck

Ich denke, es ist für dieses Gespräch wichtig, daß wir uns von Anfang an darauf geeinigt haben, daß Europa ein Zweckbegriff und nicht geeignet ist, Grenzen oder Mitgliedschaften zu definieren. Natürlich kann er zu sehr verschiedenen Zwecken benutzt werden. Hierzu ein bezeichnendes Beispiel aus der Praxis der letzten Wochen: Die OSZE hat eine Mission - eine von neun inzwischen - in Georgien, bei der eine größere Zahl von Fahrzeugen im Einsatz ist, die bei einer italienischen Gesellschaft versichert sind. Kürzlich hat sich nun ein schwerer Unfall ereignet, den wir mit der Versicherungsgesellschaft abwickeln wollten. Daraufhin präsentierte uns die Gesellschaft die Police und verwies darauf, daß die Fahrzeuge nur versichert sind, wenn sie innerhalb Europas eingesetzt werden, und Georgien gehöre nun einmal nicht zu Europa. Sie sehen, der Europa-Begriff läßt sich für sehr verschiedene Zwecke instrumentalisieren.

Was die Frage der Mitgliedschaft angeht, sollte man einen Aspekt vielleicht stärker betonen: Eine Mitgliedschaft ist schließlich kein Selbstzweck, sondern sollte in jedem Falle der Schaffung neuer Stabilität dienen. Inwieweit wird dies durch die Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten in die jeweiligen Organisationen erreicht? Von daher ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen. Erstens sollte es kein entscheidendes Kriterium sein, ob der Besitzstand der Altmitglieder berührt wird; gewissermaßen eine Philosophie der "beati possidentes". Die Frage sollte vielmehr lauten: Welchen Beitrag kann die betreffende Organisation durch Aufnahme eines neuen Mitglieds leisten, um die Stabilität auszuweiten, wie das Herr Garton Ash betont hat.

Zweitens sollten wir die Frage neuer Mitglieder nicht isoliert betrachten, sondern im Rahmen des Gesamtprozesses beurteilen. Dazu gehört die Sicht des Beitrittslandes genauso wie die Perspektive der Organisation und nicht zuletzt die Auswirkungen auf die Nachbarregionen. Dazu haben auf dem OSZE-Gipfel in Budapest sämtliche beteiligten Staaten nochmals unterstrichen, daß kein Land seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit eines anderen OSZE-Mitgliedsstaates erhöhen darf.

Welchen Beitrag kann also die OSZE im Sinne eines umfassenden Stabilisierungsprozesses leisten? In dem Raum von "Vancouver bis Wladiwostok" sehe ich für die OSZE die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß die vereinbarten Standards eingehalten beziehungsweise allmählich erreicht werden, die im übrigen in ihrem Kern von den Werten, die innerhalb des Europarates oder auch in der NATO gelten, nicht allzusehr abweichen. Das gilt insbesondere für Zentralasien und für die Kaukasusstaaten. Ich halte es für wichtig, diese Dimension im Auge zu behalten. Denn trotz aller Probleme und Schwierigkeiten, die dort bestehen, wünschen diese Staaten, auch diesen "europäischen Aspekte ihrer Politik zu entwickeln. Außerdem spielt die OSZE eine Rolle im Rahmen der Konfliktverhütung und des Krisenmanagements konkreter Probleme und bei der Schaffung eines übergreifenden Sicherheitsrahmens, der alle OSZE-Staaten umfaßt.

Je bewußter die gemeinsamen Grundlagen, Ziele und Aufgaben der OSZE wahrgenommen werden, desto so reibungsloser lassen sich andere Organisationen erweitern. Insofern sehe ich ein wichtiges und kluges Element der polnischen Außenpolitik darin, daß Polen sich in der OSZE stark engagiert und wesentliche Beiträge zur praktischen Arbeit der OSZE leistet.

Worauf es ankommt, ist, innerhalb des OSZE-Raumes eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, die stark genug ist, um auch eine variable Geometrie der Mitgliedschaft in anderen Organisationen zu ermöglichen, die in diesem Raum bestehen, ohne daß dadurch neue Gräben entstehen oder Mauern errichtet werden. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die weitere Entwicklung von NATO und Europäischer Union, sondern dieser Maßstab läßt sich genauso auf das Innenleben der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten anwenden, worauf Herr Geremek hingewiesen hat. Ich füge jedoch hinzu, daß

diese gemeinsame Grundlage für die OSZE-Staaten natürlich nicht allein von der OSZE geschaffen werden kann. Dazu müssen auch die anderen Organisationen beitragen. Zu diesem Zweck hat die NATO den NATO-Kooperationsrat und die "Partnerschaft für den Frieden" geschaffen und die Europäische Union sich um die Europaabkommen für Nichtmitglieder bemüht. Wie Herr Geremek sagte, ist dies eine Kombination von Integration und Kooperation.

Bei der OSZE geht es also nicht um die Frage, wo ihre Grenzen liegen, sondern darum, das Gewicht der Organisation zu stärken und ins Spiel zu bringen. Das ist kein Nullsummenspiel im Verhältnis zu den anderen Organisationen, sondern dient im Gegenteil ihrer gegenseitigen Stärkung. Auf einer solchen Grundlage wird es auch möglich sein, die weiterreichende Frage zu beantworten, wie die verschiedenen Organisationen mit ihren unterschiedlichen Außengrenzen bei der Lösung ihrer Aufgaben zusammenarbeiten.

### **von Moltke**

Wenn wir hier nach den Grenzen Europas fragen, möchte ich darauf hinweisen: In gewissem Sinne sind auch Kanada und die USA europäische Mächte geworden und verstehen sich gottseidank als solche. Insofern hoffe ich, daß das, was Herr Smyser gesagt hat, so nicht zutrifft. Anderenfalls wäre selbst innerhalb der NATO vieles in Frage gestellt, zum Beispiel, ob der Artikel V des Washingtoner Vertrages tatsächlich eine zuverlässige Garantie darstellt oder nicht. Das ist eine wichtige Frage nicht nur für die neuen, sondern auch für die alten Mitglieder.

Dem, was Herr Höynck gesagt hat, kann ich mich voll anschließen. Die Mitgliedschaft weiterer Länder in der NATO oder der EU ist in der Tat kein Selbstzweck, sondern verfolgt entschieden das Ziel, die Stabilität in Europa zu erhöhen. Letztlich beruht die europäische Sicherheit insgesamt auf dem Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen.

Wenn Herr Blackwill, dem ich ungern widerspreche, feststellt, in den letzten fünf Jahren sei nicht allzuviel passiert, dann möchte ich ihm einige Fakten dagegenhalten, die das Gegenteil zeigen. Schon mit dem damaligen Harmel-Konzept der NATO haben wir ein ungeteiltes und friedliches Europa angestrebt. Diesem Ziel dient eine ganze Reihe seit 1989/90 getroffener wichtiger Entscheidungen und konkreter Maßnahmen, wie zum Beispiel der Nordatlantische Kooperationsrat und "Partnerschaft für den Frieden". So haben sich im Grunde sämtliche Organisationen: NATO, Europäische Union, WEU, Europarat für andere Länder geöffnet und in der einen oder anderen Form die Staaten Mittel- und Osteuropas, einschließlich der früheren Sowjetunion in ihre Arbeit mit einbezogen. Sicher, das ist noch keine Vollmitgliedschaft, und insofern verstehe ich die polnische Ungeduld; aber es geht hier um Gesamteuropa und nicht nur um Polen. Das heißt, wir müssen einen ausbalancierten Prozeß anstreben, der ja auch im Interesse Polens liegt. Das braucht seine Zeit.

Die beiden wichtigsten Probleme sind mehrfach erwähnt worden. Zum einen die Gestaltung des Verhältnisses zu Rußland und zum anderen die Behandlung der Staaten, die nicht oder erst später Mitglieder der NATO würden. Wenn Stabilität unser Ziel ist, so ist dies nur mit Rußland zu erreichen. Was eine gegen Rußland gerichtete Stabilität bedeutet, haben wir hinreichend erfahren. Ich gebe zu, daß wir in dieser Hinsicht seitens der NATO noch nicht sehr erfolgreich waren. Aber das lag nicht allein an uns, sondern auch an der mangelnden Kooperationsbereitschaft Rußlands. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß wir uns mit aller Intensität in dieser Richtung weiter bemühen müssen.

Nun ist die Erweiterung der NATO und der anderen Institutionen beschlossene Sache, und die ersten neuen Mitglieder stehen im Grunde fest. Hier stellt sich jedoch eine äußerst schwierige Frage: Was geschieht mit den Ländern, die entweder nicht sofort oder überhaupt keine Mitglieder werden können? Ich denke etwa an die baltischen Staaten, für deren Unabhängigkeit wir eine so große politische Verantwortung empfinden, daß wir uns nicht damit zufrieden geben dürfen, nur zu konstatieren: Diese Länder sind nicht zu verteidigen und können auch nicht in die NATO aufgenommen werden. Da müssen wir uns sehr viel mehr einfallen lassen, um nicht nur dem Wunsch dieser Länder, sondern auch unseren eigenen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Ein weiteres schwieriges Thema betrifft die Frage: Wem ist eigentlich damit gedient, wenn die Institutionen durch die Erweiterung ihre Effektivität verlieren? Darüber wird innerhalb der NATO bereits eingehend debattiert. Das Interesse der Vereinigten Staaten an der Zukunft der NATO wird wesentlich davon abhängen, wie funktionsfähig diese Organisation nach der Erweiterung bleiben wird. Derzeit wird in der NATO eine Studie erarbeitet, in der untersucht wird, wie die Strukturen im Falle einer Erweiterung angepaßt werden, welche Verpflichtungen - und auch Kosten - die neuen Länder mittragen müssen, und wie die entsprechenden Außenwirkungen einzuschätzen sind.

Im übrigen kann das Verhältnis zu Rußland zweifellos nicht allein durch die NATO-Länder gestaltet werden. Hier sind Polen und die anderen Staaten, die unmittelbar an Rußland angrenzen, gefordert, den Russen verständlich zu machen, daß eine Erweiterung der NATO der Stabilität von Europa als Ganzem dient und nicht die Ausgrenzung Rußlands zum Ziel hat. Es geht eben nicht um eine Ausdehnung von Einflußsphären, was ein Relikt des kalten Krieges wäre, sondern um die Erhöhung der Stabilität in ganz Europa.

### Stürmer

Wenn hier mehrfach gesagt wurde, zwischen NATO und EU-Erweiterung müsse eine gewisse Parallellität bestehen, dann sollte dies aber auch in den Verhandlungen zum Ausdruck kommen. Insofern sollten wir für die vor uns liegende Aufgabe nicht nur Messina als Vergleich heranziehen, sondern eher von einem Wiener Kongreß sprechen, den wir zu bewältigen haben. Dafür standen Mettermeli und Castlereagh damals aber zwei Mittel zur Verfügung, die uns heute nicht gegeben sind, nämlich die Teilung eines Landes wie Polen in die Waagschale zu werfen oder ein wenig mit Krieg zu drohen - seinerzeit gegen Preußen und Rußland;- , um die Dinge wieder auszubalancieren, was 1815 ja gelungen ist. 1919 standen die beteiligten Mächte vor einer ähnlich großen Aufgabe und sind damit verhängnisvoll gescheitert. Nach 1945 hat man dies ernsthaft gar nicht erst versucht. Und nach 1989/90 fehlte es wohl an dem vollen Bewußtsein, welche eine historische Herausforderung wir zu bewältigen haben, um ein Drama zu verhindern. Mir scheint, dies ist uns bis heute nicht klargeworden.

Herr Blackwill hat daraufhingewiesen, wenn es auch im Sinne von political correctness nicht opportuni sei, heute von Geopolitik zu sprechen, dürfe man nicht die Augen davor verschließen, daß manch alte Regeln nach wie vor wirksam sind. Die Vorstellung jedenfalls, die Russen würden allmählich begreifen, wie gut die NATO für sie ist, ist schon sehr hoffnungsfroh. Wieso sehen sie es dann heute nicht schon ein? Soviel Intelligenz sollten wir ihnen doch zutrauen, zumal wir ja immer davon überzeugt waren, daß sie die NATO fast besser kannten als wir selbst.

Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist durchaus widersprüchlich: Wir wollen Mitteleuropa kooptieren, ohne die Grenzen und den Zeitraum eindeutig festzulegen, und wir wollen zugleich verhindern, daß die westlichen Institutionen überdehnt und funktionsunfähig werden. Und dies alles soll geschehen, ohne Rußland zu verprellen. Wie das unter einen Hut paßt, hat mir noch niemand klarmachen können. Da liegt eine gewaltige Führungsaufgabe.

Aber wer im Westen könnte diese Führung heute ausüben? Die USA, die sich schon schwer genug tun, der NATO-Erweiterung den Weg zu weisen? Insofern hat Dick Smyser nicht unrecht, wenn er daraufhinweist, daß Amerika eine maritime Weltmacht ist und die neuen Beitrittskandidaten nicht gerade die Gegenküste repräsentieren. Daß sich die Amerikaner so sehr auf Polen konzentrieren, hängt zudem weniger mit der geopolitischen Bedeutung Polens zusammen, sondern hat vor allem innenpolitische Gründe. Auf der einen Seite soll die NATO die Staaten im östlichen Vorfeld aufnehmen; auf der anderen Seite soll die NATO die Friedensdividende erwirtschaften. Die Osterweiterung soll ein großer weltpolitischer Entwurf sein; aber wie wird er denn dotiert von den USA und von den anderen NATO-Staaten?

Wir leben in einem definitorischen Moment, wo es darauf ankommt, Europa neu zu gestalten. Wie soll dies mit einer amerikanischen Führungsmacht geschehen, die so widersprüchliche Signale aussendet?

Einfacher wäre es, wenn zunächst die Europäische Union voranginge, die ja die dringend benötigte materielle Hilfe leisten kann, und die Amerikaner lediglich eine Art Sicherheitsgarantie abgeben, direkt und via NATO. Dann könnte man abwarten, wie sich die Dinge im einzelnen entwickeln. Denn auch die Implikationen des Artikels V NATO-Vertrag haben sich seit dem Fall der Mauer und der Auflösung der Sowjetunion grundlegend verändert. Das ganze Konzept der Abschreckung existiert in der früheren Form nicht mehr, und niemand bei uns oder in Washington kann derzeit sagen, welches neue Konzept jetzt gültig ist.

Mein Vorschlag wäre zu versuchen, eine Art Paket-Lösung anzuvisieren - um den Begriff Gesamtkonzept zu vermeiden, der in NATO-Ohren keinen guten Klang hat: Die Überlegungen müßten nicht bei Polen, Tschechien oder Ungarn ansetzen, sondern bei den eigentlich schwierigen Ländern wie den baltischen Staaten und der Ukraine. Über Belorußland noch viele Worte in Richtung NATO-Beitritt zu verlieren, ist wohl Zeitverschwendung.

Wie steht es etwa um die Ukraine als souveräner Nationalstaat? Die Mittel, die die USA der Ukraine zur Verfügung stellen, bewegen sich in einer Größenordnung, die nach Israel und Ägypten den dritten Rang einnehmen. Zugleich ist jedermann klar, daß die Ukraine, etwa in der Energieversorgung und

bei anderen existentiellen Bedingungen, vom good will Rußlands abhängt. Dabei hat es die Ukraine, wie sie heute ist, als eigenständigen Nationalstaat zu keiner Zeit gegeben, auch nicht im 17. Jahrhundert. Ich denke des weiteren an die unselige Krimfrage und an jene Regionen aus dem litauisch-polnischen Erbe, die ganz nach Westen orientiert sind. Die Ukraine stellt ein Sicherheitsproblem allererster Ordnung dar und befindet sich ökonomisch selbst im Vergleich zu Rußland in einem düsteren Zustand. Dafür sollen wir uns engagieren?

Statt dessen würde ich es für sehr viel sinnvoller und erfolgversprechender halten, seitens des Westens die Schaffung einer osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach Kräften zu unterstützen. Auf diese Weise könnten die nationalen Identitäten in dieser Region bewahrt und zugleich in einen größeren Zusammenhang eingebettet werden, wie Westeuropa das erfolgreich vorgemacht hat. Ein solches Konzept gilt es realistisch zu fördern. Glauben Sie wirklich, im Westen sei irgend jemand bereit zum "mourir pour Kiev"? Selbst ein "payer pour Kiev" fällt uns schwer, wenn man sich ansieht, welche Mittel wir bisher in diese Richtung gegeben haben. Niemand ist bereit, der Ukraine die Gas- und Ölrechnungen zu bezahlen, und ohne russische Energielieferungen ist dieses Land als Industriestandort verloren. Mit anderen Worten: Auch wir zählen mehr auf die Russen, als wir zugeben wollen.

Dann zu den baltischen Staaten. Es ist nicht herzlos, sondern nur realistisch festzustellen, daß diese Staaten militärisch nicht zu verteidigen sind. Zudem sind sie mit extremen Problemen russischer Minderheiten belastet, die von russischer Seite jederzeit in Irredentaparteien umgewandelt werden können. Wenn da etwas passiert, werden wir hilflos zuschauen, ohne de facto etwas tun zu können. Dies ist sicher eine bittere Feststellung.

Auch hier wäre ein anderes Konzept zu überlegen: Könnte man nicht den Gedanken einer baltischen Balance erwägen und den baltischen Staaten alle nur mögliche Unterstützung anbieten, einschließlich einer starken politischen Präsenz auch von amerikanischer Seite? Warum jetzt die Frage der Mitgliedschaft in EU oder NATO forcieren? Wie wollen wir denn in der Europäischen Union ernsthaft zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommen - einschließlich eines Verteidigungskonzeptes, wie es im Maastrichter Vertrag steht;- , wenn wir uns anschicken, die baltischen Staaten in die NATO aufzunehmen? Ich hoffe, die Teilnehmer aus Estland und Litauen verübeln mir diese realistische Einschätzung der Lage nicht.

Bei alledem will ich nochmals betonen: Wie es mit Rußland weitergehen wird, vermag niemand vorherzusagen. Tschetschenien stellt zweifellos eine schwere moralische Belastung dar; aber der Zerfall Rußlands würde eine Katastrophe heraufbeschwören, angesichts derer die gegenwärtige Tschetschenienkrise wie ein Kinderspiel anmuten könnte. Der Himmel möge uns vor dem Zerfall der nuklearen russischen Weltmacht bewahren! Machen wir uns nichts vor: Der Bestand Rußlands als Staat und Ordnungsgefüge ist dringend im westlichen Interesse.

### **Lipowicz**

Herr von Moltke sprach von der polnischen Ungeduld. Aus polnischer Sicht würde ich eher von großer Geduld sprechen, wenn ich nur daran denke, welche enormen Lasten wir unserer Gesellschaft auferlegt haben, um uns Europa anzunähern. Das reicht von Steuererhöhungen bis zu tiefgreifenden Gesetzesänderungen, um eine Angleichung an europäisches Recht zu vollziehen - es gab mindestens 200 Gesetzesvorlagen, mit denen die Bürger konfrontiert wurden. Das betraf nicht nur die Konventionen des Europarats, sondern war ausgerichtet auf das Recht der Europäischen Union. Steuererhöhungen - von denen es hier hieß, der westlichen Gesellschaft sei so etwas nicht mehr zuzumuten - machten dabei nur den geringsten Teil der Belastungen aus.

Dies alles ist für die Menschen nur zu rechtfertigen und zu ertragen im Hinblick auf das große Ziel, nämlich die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft. Die sechzig Millionen Menschen, die vor den Toren dieser Gemeinschaft stehen, brauchen ein Erfolgserlebnis und nicht irgendwelche Perlenvorhänge, Herr Smyser. Sie müssen das Gefühl bekommen, daß sich Disziplin, Ruhe, Mühsal und Opferbereitschaft, die diese Völker aufgebracht haben, gelohnt haben. Schließlich haben sie Europa den großen Wandel mit friedlichen Mitteln, ohne Krieg, beschert, und sie verspüren ein Anrecht darauf, sich aus freiem Willen jener Europäischen Gemeinschaft anzuschließen. Wenn wir den Völkern nicht diese Perspektive bieten, daß sie die Brücke, zu der die heutigen Grenzen in Europa werden sollen, in absehbarer Zeit überschreiten werden, wird sich in diesen Gesellschaften eine tiefe Enttäuschung breit machen. Was es bedeutet, wenn ein Volk enttäuscht ist und sich betrogen fühlt, wissen wir aus der europäischen Geschichte, insbesondere von der Weimarer Republik. Daraus kann politisch ein explosives Gemisch entstehen, mit dem man rechnen muß und das uns alle teurer zu stehen kommen kann als die Belastungen, die wir gegenwärtig ertragen. Eine

klare Perspektive aber und die Hoffnung, daß sie sich realisieren wird, kann ein großes demographisches und politisches Potential für Europa bringen und den Markt für westeuropäische Erzeugnisse erweitern.

Vielleicht sollten die Mittel, die die Europäische Gemeinschaft für die Beschleunigung der Integration vorsieht und für die wir dankbar sind - aus den PHARE- und TACIS-Programmen;- , teilweise zur Information der westlichen Gesellschaften selbst und für den europäischen Jugendaustausch verwendet werden, damit den Menschen im Westen die Realität unserer Länder bewußt wird und wir nicht nur einen Fleck auf der Landkarte darstellen. Die Erweiterung ist inzwischen, wie wir auch hier hören, nicht mehr nur eine Angelegenheit der Eliten, die davon offensichtlich überzeugt sind, sondern betrifft den einzelnen Steuerzahler in den westlichen Gesellschaften, die überzeugt werden müssen. Hier sollten sich auch die Parlamente stärker einschalten, um die Öffentlichkeit ebenso über die möglichen Schwierigkeiten besser zu informieren.

Es wurden die verschiedenen Bedeutungen von Europa erwähnt. In Polen assoziieren die meisten Menschen damit im wesentlichen drei Begriffe. Erstens Europa als Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit mit der Aufgabe der Konfliktverhütung. Da stört es niemanden, daß die nächste Sitzung in Ottawa stattfinden wird. Zweitens das Europa des Europarats - und ich stimme voll zu, daß man hier nicht mit zweierlei Maß messen darf. Die Konventionen des Europarats sind so elastisch, daß sie durchaus die individuelle Situation der einzelnen Länder berücksichtigen - aber ohne die Grundprinzipien zu verletzen. Schließlich drittens die Europäische Union und die NATO, denen wir beitreten wollen.

Manchmal kommt es mir so vor, als habe man uns Polen, wie im Märchen von Aschenbrödel, vor fünf Jahren einen Eimer mit Erbsen und Asche hingestellt, in der stillen Hoffnung, daß wir diese Arbeit nicht bewältigen werden, aber eine nützliche Beschäftigung haben, die sicherstellt, daß die Nachbarn ihre Ruhe haben. Zur allgemeinen Überraschung scheint Aschenbrödel mit dem Auseinanderklauben von Erbsen und Asche demnächst fertig zu sein und wartet nun auf die vor fünf Jahren zugesagte Einladung. Ich bin voller Bewunderung für die tiefeschürfenden Analysen und die Aufzählung der offenbar zunehmenden Schwierigkeiten, die eine allmähliche Erweiterung der NATO und der Europäischen Union mit sich bringen kann. Aber auch die größten Denker können sich eine gewisse Kurzsichtigkeit zuschulden kommen lassen, indem sie immer mehr Schwierigkeiten sehen und dabei das Hauptziel vergessen, das für den normalen Bürger unseres Landes klar ist.

#### **von Moltke**

Die NATO hat erst am 11. Januar 1994 die Erweiterung beschlossen; ein früherer Beschluß ist mir nicht bekannt. Und die Europäische Gemeinschaft hat im Januar 1991 in Kopenhagen festgelegt, wie der Weg einer Erweiterung aussehen wird. Insofern verstehe ich nicht recht, Frau Lipowicz, welche nicht eingelösten Versprechungen Sie meinen.

#### **Lipowicz**

Ich habe nicht von einem formalen Beschluß gesprochen. Aber ich denke, daß sich in den Dokumenten der Nordatlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft und in den politischen Gesprächen schon im Jahre 1990 genügend Zusicherungen finden lassen und Polen ermutigt wird, diesen Weg einzuschlagen.

#### **Tashan**

Ich bin zunächst ein wenig enttäuscht und erstaunt, daß hier über die Grenzen Europas gesprochen wird und ich feststellen muß, daß die Türkei auf die gleiche Stufe wie die Ukraine und Rußland gestellt wird.

Bereits 1856, auf der Pariser Konferenz, wurde die Türkei in das europäische Konzert mit einbezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Türkei als eines der ersten Länder eingeladen, der ersten europäischen Organisation, dem Europarat, vom Jahre seiner Gründung beizutreten. Die Statuten des Europarats, die wir mit unterzeichnet haben, sprechen von der Schaffung einer Gemeinschaft in Europa als dem gemeinsamen Ziel, das auch wir unterstützten. 1952 sind wir der NATO beigetreten, deren Statuten die Verteidigung des gemeinsamen europäischen Erbes beinhalten. Wir waren immer der Meinung, Teil dieses gemeinsamen Erbes zu sein. Seit 43 Jahren haben wir mit allem, was in unseren Kräften stand, die Interessen Europas gegen jede Aggression und jede möglichen Drohungen verteidigt, und das in einem politisch sehr gefährlichen Gebiet.

Im Jahre 1963 haben wir ein Abkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet, das die volle Mitgliedschaft der Türkei nach der Errichtung der Zollunion vorsieht. Im letzten Jahr haben wir ein Zollabkommen mit der Europäischen Union unterschrieben, das insofern einzigartig ist, als es die Integration der Türkei in europäische Institutionen vorsieht, bevor sie Vollmitglied wird. Deshalb erscheint mir die Frage, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union oder Teil Europas sein soll, höchst überflüssig. Denn die Türkei hat ein Abkommen unterzeichnet, das nach Erfüllung bestimmter Prozeduren den vollen Zugang zu den europäischen Institutionen vorsieht.

Ich erwähne des weiteren die strategische und politische Rolle der Türkei, auf die Europa angewiesen ist. Das hat zwar nicht direkt etwas mit der Zollunion zu tun, aber in den vereinbarten Empfehlungen steht, daß die Türkei und Europa ihre gegenseitigen Konsultationen ausbauen. Der Golfkrieg hat gezeigt, daß die Türkei und Europa gemeinsame Interessen in der Region haben. Das gilt auch in anderen Gebieten, beispielsweise der früheren Sowjetunion und des Nahen Ostens, wo die türkischen und europäischen Interessen abgestimmt werden müssen und einer nicht gegen den anderen arbeiten kann.

Auch die südliche Kaukasusregion ist mit Europa auf mannigfache Weise verbunden. So wie Georgien und Armenien für Westeuropa wichtig sind, sowohl unter kulturellen als auch unter anderen Gesichtspunkten, ist Aserbeidschan für uns von Bedeutung. Nicht zu vergessen die wirtschaftliche Bedeutung der Kaukasusregion, die nicht nur für Europa, sondern auch für die Vereinigten Staaten Gewicht hat. Der zumindest theoretische Rückzug Rußlands aus dieser Region läßt die Mitgliedschaft in europäischen Institutionen wichtig erscheinen, um gegen weitere russische Expansionen in dieser Region abschreckend zu wirken wie problematisch dies auch immer sein mag. Von daher ist die Haltung des Europarates bemerkenswert, die Länder des südlichen Kaukasus für eine Mitgliedschaft zu empfehlen.

### **Cybulski**

Herr Smyser hat von fünf Europas gesprochen. Ich möchte ein sechstes hinzufügen: das Europa des Friedens. Immerhin herrscht in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges trotz des Eisernen Vorhangs Frieden. Ich meine, wir brauchen die "heraklitische" Erfahrung des Krieges nicht, die Herr Garton Ash erwähnte, um in Europa zur Besinnung und schnell voranzukommen, wie das nach dem Ersten Weltkrieg der Fall war. Europa hat heute, wie wie hier verschiedentlich gehört haben, fließende Grenzen. Und Herr Geremek hat deutlich gemacht, daß es in Europa keine scharfen Kulturgrenzen gibt; vielmehr haben sie sich verändert und daher haben sich auch die Grenzen verschoben. Die Grenze zwischen der lateinischen und der byzantinischen Kultur haben sich jedoch nie wirklich verwischt, obwohl auch sie fließend geworden sind. Ein vereintes Europa sollte den kulturellen Unterschieden besondere Beachtung schenken, damit hier nicht wieder unüberwindliche Hindernisse entstehen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf den Wandel, der in Mitteleuropa, insbesondere in Polen stattgefunden hat und weiter stattfindet. In den Jahrzehnten nach dem Kriege ist Polen kulturell homogen geworden und zumindest in dieser Hinsicht ein stabiles Land. Kulturell ist es den westlichen Nachbarn nah oder gleich; zumindest unter diesem Aspekt hat die Europäische Union von einer Mitgliedschaft Polens nichts zu befürchten. Auch in der Wirtschaft haben sich in unglaublich kurzer Zeit tiefgreifende Veränderungen vollzogen, die unsere Nachbarn vielleicht gar nicht sehen, weil alles so schnell gegangen ist und die Veränderungen so gewaltig waren. Ich meine, dies sollte seitens der Europäischen Union als ein Schritt zur Integration anerkannt werden. Die Rechtsangleichung hat Frau Lipowicz bereits genannt.

Wir sollten also ein Europa des Friedens anstreben und auf dem Wege dahin vor allem die vorgenannten Faktoren berücksichtigen.

### **Paleckis**

Viele einflußreiche litauische Politiker haben ganz klare Vorstellungen, was die Grenzen Europas angeht. Sie meinen damit die Ostgrenzen des Baltikums, Polens und so weiter, und sie glauben auch, für Litauen wäre die Desintegration Rußlands die beste Lösung, damit Rußland nicht nur der kranke Mann, sondern der unheilbar kranke Mann Europas wäre, den man unverzüglich isolieren sollte. Sie schlagen sogar vor, eine Art chinesische Mauer an diesen östlichen Grenzen zu errichten.

Ich sage dies so deutlich, weil ich solche Tendenzen für recht gefährlich halte, gottseidank gibt es in Litauen auch Politiker, die die Frage der Grenzen ganz anders sehen. Sicher, die Ostgrenze der baltischen Staaten und Polens und der anderen Visegrád-Staaten ist auch für sie eine wichtige Grenze, was aber keineswegs bedeutet, daß an dieser Grenze erneut eine Teilung Europas

stattfinden soll. Die Politik der gegenwärtigen litauischen Regierung dürfte im wesentlichen mit Positionen übereinstimmen, wie sie hier von Herrn Schloten und Herrn von Moltke über die Einbeziehung Rußlands vertreten werden.

Ich möchte in dem Zusammenhang die beispielgebende Bedeutung der westeuropäischen Integration noch einmal unterstreichen. Die historischen Veränderungen, die nach dem Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Deutschland und Polen und anderen Staaten vor sich gegangen sind, können meines Erachtens gar nicht überschätzt werden. Ich erinnere sehr genau die Worte von Bundespräsident von Weizsäcker, als er Litauen besuchte und die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich als Beispiel anführte. Diesem Beispiel sollten alle mittel- und osteuropäischen Staaten folgen, und das wird am ehesten dann der Fall sein, wenn Europa seine Grenzen erweitert.

Wenn viele Menschen in Litauen in puncto Nationalismus meinen, die Wiederherstellung des litauischen Staates bedeute, auf das Jahr 1940 zurückzugehen, so ist das sicher ein falsches Signal; denn damals war Litauen nicht gerade demokratisch und verfolgte eine ausgesprochen nationalistische Politik. Wenn wir es mit Hilfe der westlichen Staaten schaffen, solche Tendenzen zu überwinden, hätten wir de facto die Grenzen Europas erweitert.

In zwei Tagen, am 12. Juni, werden die drei baltischen Staaten Europaabkommen unterschreiben. Das ist für uns ein äußerst wichtiges Ereignis; denn es dürfte realistischer sein, daß wir die Europäische Union und nicht die NATO als Ziel avisieren. Insofern beurteile ich unsere Chancen, in die NATO aufgenommen zu werden, mit großer Zurückhaltung. Das entspricht aber nicht der Stimmung in unserer Bevölkerung, die sich teilweise große Illusionen macht und glaubt, Litauen werde in jedem Falle NATO-Mitglied werden wenn nicht in diesem, dann eben im nächsten Jahr. Natürlich würden wir alle dies sehr begrüßen; denn der berühmte Artikel V des NATO-Vertrages wäre von größter Bedeutung für uns. Wenn aber kaum eine Möglichkeit besteht, daß Litauen in die NATO aufgenommen wird, wäre eine klare, eindeutige Antwort seitens des Westens wichtig, um der gefährlichen Lücke zwischen Illusion und Realität entgegenzuwirken. Bisher habe ich aber noch keinen westlichen Politiker erlebt, der bei einem Besuch in Litauen so deutliche Worte spricht, wie wir sie auf dieser Tagung hören.

Herr Geremek hat zu Recht daraufhingewiesen, der Westen sollte zumindest unmißverständlich signalisieren, daß die baltischen Staaten nicht zur russischen Einflußsphäre gehören und Rußland dort keine freie Hand hat zu tun, was es für richtig hält. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn wir wissen würden, ob wir wenigstens mit solchen "sanften" Garantien rechnen können.

Ein Wort noch zu Kaliningrad. Vor zwei Jahren haben in Poznan Politiker und Wissenschaftler aus Rußland, Deutschland, Polen und Litauen darüber diskutiert, ob das Kaliningrader Gebiet als Teil der russischen Föderation nicht einen Sonderstatus innerhalb der Europäischen Union erhalten könnte. Dieser Gedanke wurde damals von russischen Wissenschaftlern unterstützt, nicht jedoch von den Politikern. Aber vor zwei Wochen hat sich Herr Matotschkin, der Leiter der Administration des Kaliningrader Oblast erstmals in einer litauischen Zeitung sehr positiv dazu geäußert. Wenn dies Wirklichkeit würde, wären die Grenzen Europas wiederum ein Stück erweitert.

Im übrigen stimme ich Herrn Stürmer zu, daß die USA ihre politische und moralische Unterstützung gegenüber den baltischen Staaten noch deutlicher demonstrieren sollten. Aber das gleiche gilt für Westeuropa und auch für Deutschland. Wenn zum Beispiel der Bergedorfer Gesprächskreis eine Veranstaltung in Vilnius durchführen könnte, würde das ebenfalls im Sinne moralischer und politischer Unterstützung wirken.

### **Muraschow**

In Rußland gibt es im wesentlichen drei Einstellungen zum Thema NATO-Erweiterung. Erstens: Schirinowski ist der Ansicht, Europa sollte geteilt werden, wobei die östlichen europäischen Länder und die GUS-Länder, einschließlich der baltischen Staaten, dem russischen Einflußbereich angehören und nicht angerührt werden sollten. In diesem Punkt könnte eine gewisse Übereinstimmung zwischen Westeuropa und Moskau bestehen.

Zweitens: Die gemäßigten Nationalisten, die von Wladimir Lukin, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma, unterstützt werden, vertreten die Auffassung, daß wir uns legal nicht gegen die NATO-Erweiterung stellen können; aber daß man unter Freunden die Ratschläge des anderen hören sollte. Das heißt, wir raten Ihnen dringend davon ab, die osteuropäischen Länder in die NATO aufzunehmen, weil sonst die freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns gefährdet würden. Wer weiß, welche Maßnahmen wir dann ergreifen müßten, um unsere Sicherheit zu garantieren.

Drittens: Ich vertrete die Partei der Demokratischen Wahl Rußlands, die Partei Gajdars, die für liberale Reformen in Rußland steht. Gajdar selbst hat einen wesentlichen Beitrag zu diesen Reformen geleistet. Wir sind der Meinung, daß die NATO in keiner Weise eine Bedrohung für Rußland darstellt. Im Gegenteil, wir halten sie für ein höchst wirkungsvolles Instrument, um Frieden und Sicherheit in Europa zu schaffen. Die NATO ist in unserem Verständnis nicht nur eine militärische, sondern vornehmlich eine politische Organisation, die bestens geeignet ist, demokratische Grundwerte in der Welt zu verteidigen. Nach unserer Auffassung haben die osteuropäischen Länder und die baltischen Staaten selbstverständlich das Recht, der NATO beizutreten. Wir selbst sind bemüht, Mitglied der NATO zu werden, um unsere eigene Sicherheit zu stärken. Das Problem ist, auf welche Weise und zu welchem Zeitpunkt das geschehen kann. Dies bitten wir die westlichen Demokratien zu berücksichtigen.

Seit Jahrzehnten haben die westlichen Demokratien russischen Dissidenten geholfen. Während der 70er Jahre haben sie Hilfe im Kampf gegen den Kommunismus geleistet. Während der Gorbatschow-Ära in den 80er Jahren unterstützten sie russische Demokraten, die für ein freies Rußland und gegen das sowjetische Imperium eintraten. Wir verstanden unsere Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien als Kampf für gemeinsame Werte - gegen Totalitarismus und kommunistische Macht. Die Wahl 1996 in Rußland wird ein entscheidender Punkt in dieser Auseinandersetzung sein.

Ich stimme mit Herrn Mazowiecki nicht darin überein, welche Wirkung die NATO-Erweiterung in Rußland haben wird. Die Russen haben jahrzehntelang in den kommunistischen Zeitungen Cartoons über die NATO gesehen, in denen diese als Staatsfeind Nummer eins, als äußerst aggressiv und als ein gegen die Sowjetunion gerichteter Block dargestellt wurde. Diese Stereotypen sind offenbar noch sehr verbreitet, und eine Erweiterung der NATO im Wahljahr würde den Nationalisten Wähler zuführen. Denn es gibt noch sehr viele ältere Menschen, die in der NATO eine gefährliche Bedrohung sehen und gegen die Demokraten und Jelzin für die besseren "Verteidiger Rußlands" stimmen könnten.

Mir ist natürlich klar, daß es in Zukunft viele andere Schwierigkeiten geben wird; doch ich bin sicher, daß auf lange Sicht die Demokraten in Rußland die Macht übernehmen werden und Rußland irgendwann im 21. Jahrhundert ein normales, zivilisiertes Land sein wird. Wenn wir davon ausgehen, läßt sich auch eine Mitgliedschaft Rußlands in der NATO ernsthafter diskutieren. Aber ob die NATO dann beispielsweise bis zur chinesischen Grenze erweitert werden könnte, ist sehr die Frage. Sollte Europa irgendwann russische Interessen in einem möglichen Konflikt zwischen Rußland und China verteidigen? Vergessen Sie nicht, China ist noch ein kommunistisches Land, und niemand weiß, was dort nach dem Zusammenbruch des Kommunismus geschehen wird. Auch China ist ein Imperium mit einem Einparteiensystem. Warum sollte Europa sich dort engagieren? Auf der anderen Seite werden Auslandsinvestitionen in Rußland - europäische wie amerikanische - vermutlich ein solches Ausmaß annehmen, daß Unternehmer, die Kapital in die russische Wirtschaft investiert haben, ihre Regierungen drängen werden, in einem Konflikt nicht neutral zu bleiben.

Die Welt wird sich jedenfalls sehr verändern, und ich bin der Überzeugung, daß Rußland auf lange Sicht Mitglied der NATO sein wird. Unser vorrangiges Ziel muß es jedoch sein, daß die Demokraten in Rußland die Wahl 1996 gewinnen. Dann können wir über die Erweiterung der NATO etwas realistischer diskutieren.

### **Schloten**

Die Bundesrepublik ist in der Tat gut damit gefahren, daß sie seit Jahrzehnten im Westen integriert ist und daß sich zum früheren "Erbfeind" Frankreich so freundschaftliche Beziehungen entwickelt haben. Aus unserer Sicht würden wir den raschen Beitritt Polens zur Europäischen Union und zur NATO begrüßen und uns auch zum Fürsprecher für dieses Land - ebenso für weitere Länder - machen. Andere Mitgliedsländer von NATO und EU engagieren sich nicht in gleicherweise dafür, zumal im Süden Europas. Da muß noch einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden. Im übrigen weise ich nur daraufhin, daß die Schritte zur europäischen Vereinigung immer sehr langsam gewesen sind.

Es gibt natürlich auch westliche Vertreter, die sich am liebsten auf die ursprüngliche Sechsergemeinschaft zurückziehen würden, um die Handlungsfähigkeit der EU zu gewährleisten. Aber das sind doch eher Außenseiterpositionen.

Aber im Anschluß an Herrn Paleckis möchte ich Herrn Geremek fragen, ob er sich eine solche "sanfte" Mitgliedschaft Polens oder auch anderer Länder in der NATO vorstellen kann. Das heißt, keine Stationierung fremder Truppen und Nuklearwaffen in Friedenszeiten. Das würde dann auch die baltischen Staaten betreffen. Wäre so etwas denkbar, zudem noch in enger Kooperation mit Rußland?

Herrn Tashan will ich nur sagen, daß ich es dringend für geboten halte, sowohl seitens des Ministerrats als auch der Kommission mit der Türkei über eine mögliche Mitgliedschaft in der EU eingehend zu sprechen. Es geht nicht an, daß einerseits verkündet wird - wie Soares kürzlich in der parlamentarischen Versammlung des Europarates;- die Türkei werde Mitglied, während andererseits, meist hinter vorgehaltener Hand, entschieden dagegen geredet wird - nicht zuletzt aus Gründen, die hier erwähnt wurden: Was ist dann mit Georgien oder mit Aserbeidschan? Läßt sich die Rolle, die die Türkei im Nahen Osten spielt, mit der Europäischen Union vereinbaren? Ich meine, hier muß endlich ein offenes Wort gesprochen und die Interessenlage klargestellt werden.

### **Blackwill**

Ich möchte unterstreichen, was Herr Muraschow gesagt hat. Für die meisten Angehörigen der russischen Elite ist die alte NATO auch die neue NATO. Die Stereotypen haben sich nicht geändert. Wenn ich Herrn Schloten richtig verstehe, sollten wir die NATO in Zusammenarbeit mit den Russen erweitern. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, daß das möglich ist. Wenn wir die NATO-Erweiterung so lange aufschieben, bis wir die Russen überzeugt haben, daß das auch für sie gut ist, können wir lange warten. Wir sollten vielmehr eine Strategie entwerfen, die versucht, den Schaden möglichst gering zu halten, der durch die NATO-Erweiterung, die wir durchführen sollten, in den russisch-westlichen Beziehungen entstehen wird.

### **Tashan**

Die Entscheidung für die Zollunion, die eine engere Integration vorsieht, fiel erst im letzten Dezember, also vor wenigen Monaten. Dabei wurden sämtliche Aspekte der türkischen Beteiligung und Integration in die europäischen Systeme in aller Breite diskutiert, insbesondere mit der Europäischen Kommission. Ich hoffe, die Europäer begreifen, wo die Türkei steht und welche Konsequenzen ihre Integration haben wird.

### **Burghardt**

Es gibt auf allen Ebenen Kontakte mit der Türkei. Dies gilt auch für die Europäische Kommission. Erst vor zwei Tagen war der türkische Außenminister bei der Kommission. Ministerpräsidentin Frau Ciller ist häufig in Brüssel. Auch auf parlamentarischer Ebene ist ein regelmäßiger Gedankenaustausch im Gange, obwohl gegenwärtig im Europäischen Parlament eine gewisse Zurückhaltung in bezug auf institutionalisierte Treffen mit der Türkei besteht.

Die Zollunion mit der Türkei ist in der Tat noch nicht unter Dach und Fach. In den Gesprächen am 6. März, auf der Ebene des Assoziationsrates, haben auch andere Fragen eine Rolle gespielt: Zypern, die Kurdenfrage, Menschenrechtsprobleme, notwendige Verfassungsänderungen in der Türkei und vieles mehr. Wir machen jedoch in jedem dieser Gespräche unmißverständlich klar, daß wir eine möglichst enge Verzahnung zwischen der Europäischen Union und der Türkei anstreben, unabhängig von der Frage eines Beitritts.

Dem von der Türkei im April 1987 gestellten Beitrittsantrag hat die Kommission im Dezember 1989 eine abschlägige Stellungnahme erteilt. Damals wurde festgestellt, daß eine Reihe von Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Zugleich hatte die Kommission indessen ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, um das Assoziierungsabkommen aus 1964 voll umzusetzen und weitere Schritte hin zu einer engen Beziehung zur Europäischen Union zu ermöglichen. Wir sind dabei, die Umsetzung des im März verabschiedeten Zusatzabkommens zur Zollunion vorzubereiten. Die Ratifikation im Europäischen Parlament ist allerdings noch nicht gesichert. Damit die erforderliche Mehrheit zustande kommt, muß auf türkischer Seite noch einiges geschehen. Die türkische Regierung ist sich dessen bewußt.

Die Zollunion ist ein politisch bedeutsamer Schritt. Er geht inhaltlich selbst über die handelspolitische Substanz der Europaabkommen hinaus und dokumentiert damit konkret das Bestreben eines Sonderverhältnisses der Union mit der Türkei.

### **Reiter**

Herr Smyser hat erklärt, die USA seien eine Seemacht, um uns zu sagen, die Vereinigten Staaten sehen eigentlich keinen Grund, die NATO zu erweitern und die Verantwortung für diesen Teil Europas mit zu übernehmen. Ich will nicht so tun, als würde ich die amerikanischen Interessen besser kennen als die Amerikaner selbst. Aber da Herr Blackwill hier anders argumentiert hat, fühle ich mich ermutigt, kritisch nachzufragen, zumal es in der Geschichte immer wieder vorkommt, daß man die Interessen des eigenen Landes falsch interpretiert.

Herr Smyser geht offenbar von der irrigen Annahme aus, daß die Lage in Europa so bleiben wird, wie sie sich seit 1989 entwickelt hat. Ich bezweifle das und halte dies für eine Illusion. Mein Eindruck ist vielmehr, daß die Geschichte 1989 in Bewegung geraten ist, um dann zu verhalten und heute an einem Scheideweg steht, und niemand recht weiß, wie es weitergehen soll. Die Erweiterung von Europäischer Union und NATO ist deshalb nicht nur für Polen von entscheidender Bedeutung. Ich will die Geschichte nicht überstrapazieren, aber die Erweiterung würde - bei allen Schwierigkeiten im Detail - die Fortsetzung des europäischen Experiments bedeuten, das nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen wurde.

Was wäre die Alternative? Herr Geremek hat darauf hingewiesen, in der polnischen Öffentlichkeit wurde mit großer Aufmerksamkeit registriert, daß an der polnisch-belorussischen Grenze seit einigen Wochen russische Beamte und Soldaten stehen. Dies wurde in der westlichen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Ich will klar sagen, daß ich diese Tatsache nicht als Ausdruck aggressiver imperialer russischer Politik werte. Ich glaube nicht, daß die Geopolitik im Marschritt nach Mitteleuropa zurückkehrt, sondern sie kommt eher auf Schleichwegen. Dahinter steht keine Generalstabsplanung, sondern eine Entwicklung, die eigentlich von niemandem so recht gewollt ist, die sich eines Tages aber als zwangsläufig herausstellen kann.

Wie auch immer eine solche eher ungesteuerte Entwicklung weitergehen wird, sie wird auf jeden Fall Mitteleuropa verändern - wobei ich Mitteleuropa jetzt eher im traditionellen Sinne verstehe und Deutschland mit einschließe. Die Folge wird eine Kräfteverschiebung in Europa sein. Denn sobald Deutschland involviert ist, wird daraus ein europäischer Prozeß, und niemand sollte sich einbilden, eine solche Entwicklung könnte auf Mitteleuropa begrenzt bleiben, sondern dann werden auch die Interessen der anderen europäischen Länder, aber ebenso der USA, die sich ja in gewissem Sinne auch als europäische Macht verstehen, tangiert.

Die Suche nach einer gesamteuropäischen Ordnung schließt also geopolitische Überlegungen nicht aus. Im Gegenteil, geopolitischer Realismus ist eine wichtige Voraussetzung, um zu einer gesamteuropäischen Ordnung zu gelangen. Das ist eine Erkenntnis, die man in Polen aus historischen Gründen vielleicht etwas genauer im Kopf hat als in anderen Ländern.

Natürlich kenne ich die Dokumente sehr genau, die Sie erwähnt haben, Herr von Moltke, und ich will auch die zwischenzeitlichen Erfolge nicht leugnen. Aber mein Eindruck ist, daß weder im Osten noch im Westen Europas das Gefühl vorherrscht, der point of no return sei bereits überschritten worden. Dies mag keine harte politische Tatsache sein, die wir dennoch in der europäischen Politik ins Kalkül ziehen sollten. Es geht nicht nur um die Dokumente und wer sie gelesen hat und wer nicht, sondern um das Bewußtsein der Politiker, die die Politik gestalten.

### **Smyser**

Als ich daraufhinwies, was es bedeutet, daß sich die Vereinigten Staaten als Seemacht verstehen, tat ich dies nicht aus Spaß, sondern um ein wenig Realismus in die Diskussion zu bringen. Artikel V der NATO bedeutet in letzter Konsequenz, daß amerikanische Soldaten sterben werden, um die Grenzen eines jeden NATO-Mitgliedslandes zu verteidigen. Das heißt, Amerikaner aus Cleveland, Chicago, St. Louis, New York, San Francisco sind bereit zu sterben, um die Grenze irgendeines Landes zu verteidigen, das Mitglied der NATO ist. Ohne das strategische Denken Amerikas näher zu erläutern: Was ich über das Verhalten einer Seemacht gesagt habe, ist richtig.

Die Bundesrepublik Deutschland mußte von uns nicht nur verteidigt werden, weil sie Teil des amerikanischen geostrategischen Systems war, das unter anderem dazu diente, Israel und weitere neuralgische Punkte zu sichern - und das übrigens auch im Golfkrieg nützlich war;-, sondern weil die Amerikaner wußten: Wenn Westdeutschland fallen würde, könnte die Russen kaum etwas davon abhalten, bis zum Atlantik vorzustoßen. Es tut mir leid, aber diese Einschätzung wird in Amerika nicht auf die Länder ausgedehnt, die östlich von Deutschland liegen. Wenn wir Polen eine Garantie nach Artikel V geben würden, dann hätte dies allenfalls eine historische, nicht aber eine wirkliche politische und strategische Bedeutung, weil die Amerikaner nicht bereit wären, auf den Knopf zu drücken. Ich bedaure, dies so deutlich sagen zu müssen.

Das Europa von Berlin, von dem ich sprach, hat einen großen Vorteil gegenüber jedem anderen Europa seit den Zeiten Roms: Es ist nicht durch irgendeine Linie geteilt, die von Nord nach Süd verläuft. Es gibt trennende Linien zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen Deutschland und Polen, aber keine Grenze, die mit der von vor 1989 vergleichbar wäre. Ich würde es für einen geschichtlichen Fehler halten, jetzt erneut eine Grenze zu ziehen, was der Fall wäre, wenn Polen der NATO beiträgt. Sie liefe entlang der polnischen Ostgrenze und wäre sehr viel stärker als die jetzt vorhandene.

Wenn Sie mich fragen, was ich Polen als Politik empfehlen würde, so wäre mein Rat, nicht der NATO beizutreten, weil sich Polen die Möglichkeit bietet, die ich als echte Chance betrachte, nämlich als Brücke und Bindeglied zwischen Ost und West zu dienen. Polen kann auf diese Weise weit größeren Einfluß haben, als wenn es sich einer Organisation anschließt, die möglicherweise nicht das leisten wird, was Sie von ihr erwarten.

### **von Moltke**

Ich glaube, niemand in der NATO stellt die Erweiterung in Frage, Herr Reiter. Es ist auch klar, daß Polen zu den ersten Ländern gehören wird, die dabei sind. Dennoch müssen wir uns Gedanken über die Effizienz einer größeren NATO machen.

Zu Herrn Smyser möchte ich nur sagen: Natürlich muß jede NATO-Erweiterung vom amerikanischen Kongreß ratifiziert werden; aber den Standpunkt, den Sie hier vertreten, habe ich noch nie gehört, in der NATO schon gar nicht.

### **Blackwill**

Dick Smyser hat sicher recht, daß der Artikel V von amerikanischer Seite besondere Aufmerksamkeit verlangt, wenn es darum geht, die NATO zu erweitern und sich darüber klarzuwerden, ob Amerikaner bereit sind, für die territoriale Integrität beispielsweise Polens zu sterben. Diese Diskussion ist bisher in den Vereinigten Staaten nicht geführt worden, sie muß aber unternommen werden, bevor der Senat einer NATO-Erweiterung zustimmen könnte. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß Amerika - als Ergebnis dieser Diskussion und ungeachtet der innenpolitischen Auseinandersetzungen - eine territoriale Garantie für Polen abgeben und auch einhalten wird.

### **Bauch**

Wir sprechen hier über die Grenzen Europas, und es wird immer wieder betont, daß es darauf ankommt, keine neuen Trennlinien zu schaffen oder erneut Gräben aufzureißen. Wie sieht aber die Wirklichkeit in Europa aus, wenn wir den Westen mit dem Osten in dieser Hinsicht vergleichen? Wenn Sie beispielsweise die deutsch-französische Grenze heute überschreiten, stellen Sie nur noch an einigen Äußerlichkeiten fest, ob Sie sich noch in Deutschland oder schon in Frankreich befinden. Die Verkehrsschilder sind andere und wo auf deutscher Seite "Gasthaus" steht, heißt es auf französischer Seite "Auberge".

Ganz anders die Erfahrung an der deutsch-polnischen Grenze, nur 70 Kilometer von unserer Hauptstadt Berlin entfernt. Gegen das, was Sie dort heute erleben, war die Überwindung der Grenze DDR/Polen vor der Wende geradezu ein Kinderspiel. Und ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß es der Westen ist, der hier die alten Gräben nach Osten aufrechterhält - einmal abgesehen vom Glücksfall der deutschen Einheit.

Zum anderen will ich betonen, daß es im deutsch-polnischen Verhältnis, insbesondere in den letzten sechs Jahren, teilweise außerordentlich positive Veränderungen gegeben hat. Herr von Weizsäcker hat zu Recht eher nüchtern von einer Stabilisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses gesprochen. Dennoch, obwohl es noch einige Probleme gibt, sind Fortschritte unbestreitbar. Um auf diesem Wege weiterzugehen - der so wichtig nicht nur für Deutschland und Polen, sondern für ganz Europa ist;-), bedarf es aus polnischer Sicht noch des Tüpfelchens auf dem i, und das ist die förmliche Mitgliedschaft sowohl in der Europäischen Union als auch in der NATO. Erst wenn Polen und Deutschland sozusagen demselben Verein angehören, können wir die Vergangenheit endgültig als überwunden betrachten (was nicht heißt, daß wir sie vergessen dürfen). Mit anderen Worten: Solange dem polnischen Wunsch nach voller Mitgliedschaft in beiden westlichen Strukturen NATO und EU nicht entsprochen wird, ist Europa unvollständig. Das heißt, hier geht es nicht nur um die polnisch-deutschen Beziehungen, sondern um Europa insgesamt.

### **Geremek**

Sie fragten, Herr Schloten, ob ich mir eine "sanfte" Lösung für eine Mitgliedschaft Polens in der NATO vorstellen könnte. Wenn die Lage "sanft" ist, halte ich dies durchaus für denkbar, aber nicht, wenn es bedeutet, daß es verschiedene Standards für Mitglieder gibt. Wenn von Rußland keine Gefahr ausgeht, besteht kein Anlaß, Atomwaffen auf polnischem Boden zu dislozieren oder bei uns fremde Militärbasen zu errichten. Daran ist weder die NATO interessiert noch Polen.

Lassen Sie mich aber eines hinzufügen: Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges sagten einige Franzosen, sie wollten nicht für Danzig sterben. Wenig später mußten sie zusammen mit anderen Franzosen für

Paris sterben. Ich denke, daß all jene, die sich gegenwärtig mit der Anwendung des Artikels V beschäftigen, auch darüber nachdenken sollten, wie man den jungen Männern in Cleveland oder Oklahoma City erklärt, weshalb man beim Denken seine Phantasie bemühen muß und warum die NATO-Erweiterung als Chance zu begreifen ist. In Polen hat diese Debatte stattgefunden, und wir Polen haben uns entschlossen, der NATO ein Territorium von 600 mal 600 Kilometern und eine große, nicht besonders gut ausgerüstete Armee anzudienen, weil wir davon überzeugt sind, daß die 70 Kilometer zwischen der Hauptstadt des größten europäischen Staates und der NATO-Grenze keine Sicherheit bieten. Auch Polen bringt etwas mit und klopft nicht nur an; es geht also um beiderseitige Interessen.

Tim Garton Ash hat deutlich gemacht, weshalb es zur Zeit keine europäische Strategie gibt. Ich stimme ihm zu, wenn er sagt, aus moralischen Gründen müßten überall die gleichen Kriterien angewandt werden. Ich füge aus polnischer Sicht etwas bitter hinzu: Vielleicht haben wir den Fehler begangen, daß wir von Europa geliebt werden wollten, weil wir die Freiheit errungen, den kalten Krieg beendet und die Chance für eine Friedensdividende eröffnet haben. Wir glaubten, dafür müßte Europa uns lieben. Vielleicht wäre es besser gewesen, Europa hätte angefangen, uns zu fürchten - so wie es die Mongolen, die Türken und die Kommunisten gefürchtet hat. Möglicherweise hätten wir dann von Europa das bekommen, was uns zusteht - und damit wäre, mag sein, auch Europa geholfen. Aber das, Herr Kaiser, ist nur eine scherzhafte Bemerkung und keine Wiederholung von Minister Kosyrews Manöver in Stockholm 1993.

### **Björck**

Aus schwedischer Sicht ist die Sicherheit rund um die Ostsee, einschließlich von Sicherheitsvorkehrungen für die baltischen Staaten und für Polen als Ostseeanrainer von größter Bedeutung. Ich war etwas überrascht, als hier anklang, wir sollten entscheiden, drei oder vier Länder in die Europäische Union hineinzulassen und dann den Laden dicht zu machen, so daß in absehbarer Zeit keine weiteren Länder beitreten können. Aber so funktioniert kein politischer Prozeß.

Es werden Dinge geschehen, die wir jetzt nicht vorhersehen können. Erweiterung bedeutet in jedem Falle, Risiken einzugehen. Einige Politiker werden dazu bereit sein, so wie es auch Menschen gegeben hat, die große Risiken auf sich genommen haben, um den Kommunismus zu besiegen. Ohne die Risikobereitschaft dieser Menschen in Polen und in anderen Ländern würden wir heute nicht hier sitzen. Das ist keine theoretische Angelegenheit. Meine Überzeugung ist, daß die Zukunft in diesem Bereich einiges an Überraschungen birgt. Viel wird davon abhängen, aufweiche Risiken sich die verschiedenen Länder und Politiker einlassen werden.

### **Kaiser**

Es sind verschiedene zentrale Fragen angesprochen worden, die wir weiter vertiefen sollten. Zum einen, wie die beiden Großmächte USA und Rußland die Erweiterungsproblematik sehen; denn auf diese beiden Länder kommt es letztlich entscheidend an. Wie wir gehört haben, wird die amerikanische Politik sehr verschieden interpretiert, und auch in Rußland gibt es, wie Herr Muraschow ausführte, höchst unterschiedliche Standpunkte in dieser Frage.

Ein weiteres Thema ist die Reformbereitschaft innerhalb der Europäischen Union selbst. Was muß geschehen, damit die Erwartungen, die wir in Ostmitteleuropa geweckt haben, auch erfüllt werden können?

Schließlich: Wir sind uns einig, daß Europa verschiedene Grenzen hat, die sich teilweise überlagern, entscheidend aber von den jeweiligen Inhalten der Gruppierungen abhängen. Wichtig scheint in jedem Fall, daß die Grenzen nicht starr, sondern "sanft" und durchlässig sein sollten. Aber was bedeutet dies im konkreten Einzelfall? Wenn es zu einer NATO-Erweiterung kommt, müssen wir auch eine Antwort auf die Sicherheitsprobleme derjenigen Staaten finden, die dann nicht dazugehören.

### **von Weizsäcker**

Herr Garton Ash meinte, die Ereignisse des Jahres 1989 hätten keine entsprechende Resonanz gefunden und zukunftsweisende Impulse ausgelöst. Nun, zwei Dinge von internationaler Bedeutung haben wir nach 1989 erlebt. Das eine war der Golf krieg, in dem sich am Ende des kalten Krieges eine starke UNO präsentierte, die allerdings zu diesem Zeitpunkt fast völlig von den Vereinigten Staaten bestimmt wurde - und nur so erklärt sich auch das zügige Zustandekommen der militärischen Operation. Und das zweite war Maastricht.

Hier will ich eines deutlich sagen: Was wäre aus der Vereinigung Deutschlands geworden, wenn sie nicht im europäischen Kontext nach Maastricht geführt hätte? Die Wiedervereinigung Deutschlands hat Europa in eine gewisse Zwangslage geführt. Damit zeigte sich einmal mehr, daß wirkliche Fortschritte in der europäischen Vereinigung nur unter Zwang zustande kommen.

Herr Reiter hat mahndend darauf hingewiesen, daß Europa seither gewisse Lähmungserscheinungen aufweist. Der Grund dafür dürfte, wie Herr Mayhew gesagt hat, in erster Linie in einem innenpolitischen Immobilismus liegen. Um ein Beispiel aus meinem Land zu nennen. In den 50-er Jahren wurden in der Bundesrepublik ungefähr 12 Millionen Menschen aus den früheren deutschen Ostgebieten aufgenommen. Um dies materiell zu bewältigen und diesen Menschen einen Neuanfang zu ermöglichen, wurde ein Lastenausgleich unter Heranziehung der Privatvermögen, die den Krieg einigermaßen unbeschadet überstanden hatten, durchgeführt, eine höchst komplizierte und sicher auch umstrittene, aber nichtsdestoweniger bedeutsame - vielleicht die bedeutsamste - Aktion im Nachkriegsdeutschland.

Und wie sind wir in Westdeutschland nach der Vereinigung der erneuten Herausforderung begegnet, um unseren Landsleuten aus Ostdeutschland, denen es ohne eigenes Verschulden so viel schlechter ergangen war, zu helfen? Es gab zwar riesige Transferleistungen von West- nach Ostdeutschland, aber die privaten Vermögen in Westdeutschland blieben davon völlig unberührt, sondern dies wurde aus staatlichen Haushaltsmitteln finanziert. Die Folge davon ist eine gigantische Staatsverschuldung, die uns dazu zwingt, jetzt auf Gebieten zu sparen, auf denen relativ wenig Widerstand zu erwarten ist, etwa in der Entwicklungspolitik oder bei der Kultur. Deshalb sind wir derzeit auch auf europäischer Ebene für Fortschritte, die Geld kosten, wenig zu begeistern.

Jedermann weiß, daß der private Wohlstand in Deutschland heute weitaus größer ist, als er damals zur Zeit des Lastenausgleichs war. Vielleicht sind eben deshalb die Widerstände heute um so größer. Das ist sicher weniger der politischen Führung vorzuwerfen als vielmehr Ausdruck der Mentalität in unseren Gesellschaften.

Auch in der heutigen Europäischen Union gibt es Probleme. Die französische Präsidentschaftswahl ist wesentlich im Zeichen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geführt worden. Unabhängig davon, ob die französische Regierung tatsächlich in der Lage wäre, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen: Wie steht es aber um die Freizügigkeit von Arbeitnehmern, die nach der Erweiterung aus den Beitrittsländern zu uns kommen wollen, wenn wir bei uns derart auf das Thema Arbeitslosigkeit fixiert sind? Oder wie steht es mit dem unseligen Agrarsektor? Stärkere Agrarimporte aus Polen und den übrigen Visegrád-Staaten hätten notwendigerweise Produktionseinschränkungen in den anderen EU-Ländern zur Folge. Wie läßt sich das politisch durchsetzen?

Oder denken Sie daran, daß subventionierte Re-Exporte aus der Europäischen Union auf dem Weltmarkt zu neuen Welthandelskonflikten führen werden, wie wir gerade bei den GATT-Verhandlungen erlebt haben. Gegenwärtig ist es so, daß wir den Zugang polnischer Agrarprodukte auf den europäischen Markt durch bestimmte Auflagen erschweren und gleichzeitig unsere subventionierten Agrarüberschüsse in Polen absetzen. Das nennt man dann Handelsliberalisierung. Wie entkommen wir solchen Dilemmata? - Wobei ich die Schuld keineswegs einseitig in Westeuropa suchen will.

Herr François-Poncet hat mit Nachdruck eine weitergehende Institutionalisierung gefordert. Das heißt zugleich Verzicht auf nationale Befugnisse. Das gelingt nur unter Druck, und die einzige Möglichkeit, in der heutigen Situation Druck auszuüben, sehe ich in der Erweiterung, die dann vielleicht auch eine Vertiefung nach sich ziehen wird, wie immer wieder gefordert wird - bestimmt nicht umgekehrt.

Was die Frage der Sicherheit angeht, sind bisher nirgendwo im Westen ein klares Konzept und eine stimmige Strategie zu erkennen. Im Januar 1994 wurde auf der Konferenz in Warschau seitens der NATO die "Partnerschaft für den Frieden" angeboten, aber den Russen ganz anders verkauft als beispielsweise den Polen. Während die Polen darin eine Stufe auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft sehen sollten, hieß es den Russen gegenüber, das sei die Alternative zu einer nie zu erreichenden Mitgliedschaft. Aber da hatte man ohnehin den Eindruck, daß es mehr um Konferenztaktik ging und nicht um das Ergebnis einer langfristigen Strategie.

Insofern halte ich es auch für wichtig, der inneramerikanischen Debatte zuzuhören, wenn es um die NATO-Verpflichtungen der Vereinigten Staaten geht. Ob sie sich nun vornehmlich als Seemacht verstehen oder nicht, die Amerikaner werden völlig legitim nach ihren Interessen handeln. Und an einem sind die Amerikaner unzweifelhaft besonders interessiert, nämlich an ihrem Verhältnis zur anderen atomaren Supermacht Rußland. Ein weiterer Schwerpunkt amerikanischen Interesses - das

haben wir beim Golfkrieg erlebt - hängt mit dem Nahen und Mittleren Osten zusammen. Auch das ist verständlich und legitim.

Wenn hier die jahrzehntelange amerikanische Verpflichtung gegenüber Berlin angesprochen wurde, dann war es für die Berliner und uns Deutsche überhaupt natürlich immer sehr beruhigend zu wissen, daß die Amerikaner es ernst damit meinten. Aber das entsprach durchaus der damaligen amerikanischen Interessenlage, und dies gilt heute nach dem Ende des kalten Krieges eben nicht in gleichem Maße in bezug auf Prag, Riga und Vilnius wie seinerzeit für Berlin. Deshalb müssen wir davon Kenntnis nehmen, wie darüber heute in den USA gestritten wird, eine Debatte, die es früher dort nicht gegeben hat.

Ich bin nicht gegen eine Erweiterung der NATO zum Beispiel um Polen. Ich bin aber entschieden dagegen, daß sich die Sicherheitsdebatte in Europa ausschließlich auf die Erweiterungsfrage konzentriert. Es ist durchaus verständlich, wenn sich die Menschen in den baltischen Republiken vor dem übermächtigen Nachbarn fürchten; dennoch liegt es in unserem Interesse zu erfahren, welche Sicherheitsvorstellungen man sich in Rußland macht. Daß die Russen intensiver über die Beziehungen zu den Ländern nachdenken, die früher der Sowjetunion angehörten, ist gewiß nicht weiter verwunderlich. Mein Eindruck ist indes, daß ihnen die asiatische Südgrenze mehr Kopfzerbrechen bereitet als die Diskussion um die Erweiterung der NATO - aller Rhetorik eines Schirinowski und anderer zum Trotz.

Lassen Sie mich abschließend gewissermaßen einen Appell an Polen richten: Die geopolitische Lage und die spezifischen Kenntnisse Polens im Hinblick auf die östlich von ihm liegenden Länder machen Polen zu einem außerordentlich wichtigen und interessanten Partner für die westlichen Institutionen. Worum es in Zukunft wesentlich gehen wird, ist eine polnische Ostpolitik; je besser sie gelingt, desto erfolgreicher wird auch die polnische Westpolitik sein. Für Deutschland galt vor 1989 ähnliches, nur umgekehrt: Je besser unsere Westpolitik war, desto mehr Verständnis für unsere ostpolitischen Ziele fanden wir bei unseren westlichen Partnern. Eine aktive polnische Ostpolitik, die die Sicherheitsprobleme ihrer östlichen Nachbarn ernst nimmt und eine realistische Lagebeurteilung im Hinblick auf Rußland einbringt, wäre für den Westen ohne Zweifel attraktiv und würde auch den Zugang zum westlichen Bündnis erleichtern, ohne sich nur auf die Frage der Erweiterung zu fixieren. Wir Deutsche würden das zweifellos sehr begrüßen; denn menschlich und politisch sind sich Polen und Deutschland in den letzten Jahren erfreulich nähergekommen.

### **Hassner**

Seit 1989 befinden wir uns in einem Prozeß tiefgreifenden Wandels, den wir nicht vorhersehen konnten und auf den wir uns bislang nicht wirklich eingestellt haben. Herr Kaiser und einige andere Teilnehmer hier werden sich daran erinnern, daß wir einer europäischen Strategiegruppe angehörten, die mich im Winter 89/90 aufforderte, eine Studie über die europäische Architektur zu erarbeiten. Ich schrieb statt dessen ein Papier mit dem Titel "Modellentwurf, während Rom brennt". Darin führte ich aus, daß wir in revolutionären Zeiten lebten und es zu früh wäre, etwas über die zukünftige Architektur zu sagen, solange wir nicht wüßten, welche Veränderungen in den drei Schlüsselländern Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten vor sich gehen werden.

Seitdem hat die Vereinigung Deutschlands stattgefunden, und zwar im Rahmen der weitergehenden europäischen Integration. Dies ist ein wesentlicher Stabilitätsfaktor. Was die Vereinigten Staaten betrifft, weiß zur Zeit niemand - Herr von Weizsäcker hat darauf hingewiesen;- , wie sich die Beziehungen zu Europa in Zukunft gestalten werden. Rußland hingegen würde ich unter drei Gesichtspunkten betrachten: Zum einen als Stabilitätsfaktor und Kooperationspartner im Weltmaßstab, zum zweiten als Bedrohung und zum dritten als Problem.

Ohne die Partnerschaft in Sicherheitsfragen abwerten zu wollen, habe ich doch den Eindruck, daß Rußland wieder eine ernste Bedrohung darstellt, nicht mehr für uns, denn es ist keine kommunistische Supermacht mehr, aber für seine unmittelbaren Nachbarn. Das spürt man besonders hier in Warschau, aber auch in anderen Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts.

Vor allem aber ist Rußland ein Problem, für sich selbst und auch für alle anderen, aufgrund seiner unberechenbaren Instabilität. Sicher ist nur, daß die Demokraten die Wahl im Dezember nicht gewinnen werden und wir es vermutlich mit russischen Regierungen zu tun bekommen werden, die noch weniger berechenbar sind als die jetzige und die eine kooperative, stabilisierende Funktion nicht erfüllen wollen.

Wir klammern uns an die Stabilität Rußlands, wie wir uns früher an der Existenz der Sowjetunion oder an der Existenz Jugoslawiens festgehalten haben. Das russische Imperium befindet sich in einem

Prozeß der "Dekolonisierung nach der Unabhängigkeit", in welchem die Beziehungen zu den früheren Teilrepubliken der Sowjetunion einem tiefgreifenden Wandel unterliegen. Die Frage lautet, welche Hilfe wir ihnen geben können, um mit diesem Wandel fertig zu werden.

Es hat keinen Sinn, sich Rußland als ein Land vorzustellen, das sich allmählich stabilisieren und über seine eigene Sphäre herrschen wird, so daß wir uns darüber keine Sorgen zu machen brauchen und in aller Ruhe mit der westeuropäischen Integration fortfahren könnten. Dieses Land hat die gleichen Probleme, wie sie beispielsweise Frankreich mit Algerien hatte, und Frankreich hat den Verlust Algeriens überlebt und ist nicht schlecht damit gefahren, während man sich fragen kann, ob dieser Schritt gut für Algerien war.

Wir dürfen die Beziehungen Rußlands zur Ukraine oder im Hinblick auf Tschetschenien nicht rein statisch betrachten, zumal jeder Fall anders liegt. Tschetschenien ist das einzige Gebiet in der Russischen Föderation, in der eine andauernde Feindschaft unter der Mehrheit der Nicht-Russen und Anti-Russen herrscht. Wenn Solschenizyn oder Herr Muraschow der Meinung sind, die einzige Lösung sei die Unabhängigkeit Tschetscheniens, so ist es nicht an uns, im Namen eines metternichschen Realismus zu sagen, die einzige Lösung für die Russen bestehe darin, die Tschetschenen zu vernichten.

In gleicherweise ist die Ukraine ein unabhängiges Land. Beobachter mit geopolitischem Bewußtsein haben unabhängig vom Kommunismus immer wieder festgestellt, daß Rußland ein Problem für das europäische Gleichgewicht darstelle, weil es zu groß und zu mächtig sei. Schon Karl Marx hat darüber im 19. Jahrhundert geschrieben. Mir erscheint die jetzt erfolgte Verkleinerung Rußlands wie ein Gottesgeschenk. Rußland ist immer noch das größte Land in Europa, möglicherweise noch bei weitem das mächtigste. Doch es liegt im geopolitischen Interesse Polens und letztlich in unser aller Interesse, daß Rußland sich bewußt wird, eine große Nation zu sein und nicht länger ein Imperium mit der Bestimmung, über Osteuropa und Teile Asiens zu herrschen. Viele weitsichtige Russen teilen diese Meinung. Das heißt nicht, daß wir entscheiden sollten, wer zu Rußland gehört und wer nicht, oder wer zur GUS gehört. Die Frage ist vielmehr, ob es gewaltsame Ausbrüche geben wird und inwieweit die Art und die Mittel der Problemlösung zu unserer Sicherheit oder Unsicherheit beitragen werden. Dies ist für uns von größter Wichtigkeit, und wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie dieser Wandlungsprozeß gehandhabt werden kann.

Wir müssen unser Bestes tun, um die europäischen Institutionen zu festigen, aber wir dürfen dabei nicht von einer festgelegten Welt träumen, in der die Russen dies und die Europäer jenes tun und jedermann glücklich ist. Wir müssen in Begriffen kooperativer Problembewältigung in einem Veränderungsprozeß denken, und wir sollten uns darüber klar sein, daß noch viele Überraschungen wie Jugoslawien und Tschetschenien vor uns liegen.

### **Geremek**

Herr Kaiser hat noch einmal betont, daß es verschiedene Europas mit unterschiedlichen Grenzen gibt. Die Frage ist aber, ob es nicht nur ein Europa gibt, was die gemeinsame Zielsetzung angeht, nämlich Frieden und Stabilität, Integration und Kooperation zu schaffen. Für die Gestaltung der pax europaea und der Stabilität in Europa dienen verschiedene Institutionen auf unterschiedliche Weise. Aber alle diese Institutionen haben dieselben Ziele: Frieden und Stabilität zu bewahren und die Prosperität in Europa zu mehren. Dabei haben dann auch eher schwache Institutionen wie die OSZE oder der Europarat einen wichtigen Platz. Es ist nicht Europas einziges Problem, daß es keinen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland gibt, sondern die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland muß dazu beitragen, daß Frieden und Stabilität in Europa geschaffen werden.

Zu dem, was Herr von Weizsäcker über das Jahr 1989 gesagt hat, möchte ich noch ein Argument hinzufügen. Ich meine, das Fehlen einer europäischen Strategie resultierte auch aus der Tatsache, daß die wirtschaftliche Konjunktur gerade sehr ungünstig war und Europa sich in einer Regressionsphase mit äußerst angespannten öffentlichen Finanzen befand. Im Grunde war Luxemburg das einzige Land, das sich einen Marshallplan hätte leisten können. Das übrige Europa lag wirtschaftlich dar nieder und konnte nur beschränkt reagieren.

Herr von Weizsäcker erwähnte dann die Problematik der polnischen Landwirtschaft. Unsere Handelsbilanz weist in bezug auf die Agrarerzeugnisse das paradoxe Ergebnis aus, daß Polen mehr aus der Europäischen Union importiert, als in sie exportiert. Das hat einen dramatischen Strukturwandel in Polen zur Folge. Doch auf der anderen Seite ist es auch nicht tragbar, daß dreißig Prozent der Bevölkerung bei uns von der Landwirtschaft leben, wenn vier Prozent ausreichen. Aber dieser Strukturwandel muß von Europa unterstützt werden, was bisher in keiner Weise geschieht.

Was die Zeitplanung angeht, will ich noch einmal kritisch anmerken, daß wir weder für die NATO-Erweiterung noch für die Erweiterung der Europäischen Union bislang einen genauen Termin wissen. Wenn in Essen der Maghreb und die Länder Mitteleuropas im Grunde gleich behandelt wurden, dann ist das nicht nur ein Problem der Mittelverteilung, sondern primär der Orientierung der europäischen Politik. Zumindest kann das von Mitteleuropa so gesehen werden. Wenn in der Frage des NATO-Beitritts trotz der klaren Aussage von Präsident Clinton, es gehe nicht mehr um das "Ob", sondern nur noch um das "Wann", weiterhin grundsätzliche Zweifel auftauchen, wie denn die NATO-Strategie zu interpretieren sei und aufweiche Weise die NATO Europa dienlich sein soll, dann heißt das in Klartext: Es gibt bisher gar keinen Zeitplan in dieser Hinsicht.

Ich halte die "Partnerschaft für den Frieden" für positive Rhetorik im Sinne von Wolf Lepenies. Denn es ist reine Rhetorik, wenn man Polen zusichert, über die "Partnerschaft für den Frieden" in die NATO zu gelangen und gleichzeitig Rußland gegenüber ganz andere Aussagen trifft. Das ist insofern von großer Bedeutung, als in der russischen Gesellschaft das Stereotyp der Bedrohung durch die NATO, wie Herr Muraschow gesagt hat, noch sehr tief sitzt. Die "Partnerschaft für den Frieden" sollte gegen dieses Stereotyp angehen.

Herrn von Weizsäckers Hinweis stimme ich ausgesprochen zu, daß die Mitgliedschaft Polens sowohl in der Europäischen Union als auch in der NATO nicht unwesentlich davon abhängt, welche Ostpolitik Polen betreibt. Ich füge jedoch sehr offen hinzu, daß wir mit der polnischen Politik nicht den politischen und moralischen Fehler der deutschen Ostpolitik wiederholen wollen. Tim Garton Ash hat dies in seinem Buch "Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent", das ich jedem polnischen Politiker als Pflichtlektüre empfehle, sehr eindringlich dargelegt.

An welchen Grundsätzen soll sich die polnische Ostpolitik orientieren? Sollen wir den Aufbau der Marktwirtschaft in Rußland und den übrigen Ländern der früheren Sowjetunion unterstützen? Das hätte sicher Priorität, und Polen könnte hier Ideen, Konzepte, Beratung einbringen, wenn auch keine finanziellen Mittel beitragen. Insofern hängt dann die polnische Ostpolitik letztlich von der Politik des Westens ab.

Zweitens muß es ein Grundsatz der polnischen Ostpolitik sein, das Sicherheitsgefühl in allen nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandenen Ländern zu stärken. Ich unterstreiche: das Gefühl der Sicherheit stärken. Es liegt nicht im polnischen Interesse, daß in Rußland oder in der Ukraine das Bedrohungsgefühl zunimmt, sondern es geht ganz im Gegenteil darum, daß das Bedrohungsgefühl abnimmt. Aus eben diesem Grunde sehe ich im Fehlen einer Politik der NATO-Erweiterung letztlich eine Fortsetzung der Philosophie des kalten Krieges. Wenn Polen der NATO beitrifft, werden sich damit Strategie und Funktion der NATO ändern. Denn uns ist es sehr darum zu tun, daß mit der Erweiterung gleichzeitig die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland neu festgelegt werden. Dies aus dem einfachen Grunde, um die Sicherheit Polens zu erhöhen, damit Polen keine "antemurale", kein Frontstaat, keine Festung wird, der ständigen Bedrohungen und Aggressionen ausgesetzt ist. Deshalb sind wir an einer Änderung der NATO-Strategie selber eminent interessiert.

Drittens vertritt Polen die Ansicht, daß eine imperiale Politik Rußland selbst schadet. Wie Pierre Hassner, glaube auch ich nicht, daß Jegor Gajdar und die Demokraten Chancen haben, in einem Jahr an die Macht zu kommen. Aus diesem Grunde muß es ein Grundsatz polnischer Ostpolitik sein, in keiner Weise eine neoimperiale Sprache seitens Rußland zu akzeptieren. Vergleichen Sie etwa die Sprache Boris Jelzins im Zeitpunkt seines Machtantritts mit dem, wie er sich heute ausdrückt. Diese Änderung in der Wortwahl ist auch ein Ergebnis, daß es dem Westen an einer Politik gegenüber Rußland fehlt. Polen wird also entschieden daraufhinweisen, daß Rußland, das seinen Rang in der internationalen Ordnung behält, nicht von vornherein ein demokratisches Rußland ist, obwohl nur dieses eine Gewähr dafür bietet, daß Aggressionen von russischer Seite unterbleiben. In jedem Falle muß es ein nichtimperiales Rußland sein, das nicht versucht, sich andere Länder unterzuordnen und Einflußsphären zu schaffen.

Die polnische Ostpolitik darf auch keinesfalls den Krieg in Tschetschenien akzeptieren. Mitunter werden im Westen Stimmen laut, Tschetschenien sei ein internes Problem Rußlands, und es liege in niemandes Interesse, daß solche internen Probleme zu internationalen Konflikten würden. Ein Grundsatz der polnischen Ostpolitik muß die Anerkennung einer bestimmten moralischen Ordnung sein, in der Konfliktlösungen wie in Tschetschenien nicht akzeptiert werden. Dies ist ein Reflex auf bittere geschichtliche Erfahrungen: Ruhe in Warschau bedeutet, daß Ruhe und Ordnung den Polen aufgezwungen wurden. Dies ist mehr eine Art von Friedhofsruhe, die im Tschetschenienkonflikt in keiner Weise hingenommen werden darf.

So wie ich die Grundsätze einer polnischen Ostpolitik definiert habe, hängt der Erfolg einer solchen Politik eines Landes mittlerer Größe in der Mitte Europas wesentlich davon ab, daß nicht versucht

wird, sie von außen zu umgehen, was Deutschland mitunter vorgeworfen wird, indem es unklare Signale im Hinblick auf besondere Beziehungen zwischen Bonn und Moskau gibt. Ich sehe derzeit allerdings keine Anzeichen für die Rückkehr einer Rapallo-Philosophie. Aber der Westen, und insbesondere Deutschland, sollten sich bewußt sein: Wenn Polen seine Ostpolitik festlegt, dann hängt jedwede Wirksamkeit davon ab, daß sie nicht durch die abweichende Politik eines "Friedens um jeden Preis" von Seiten des Westens konterkariert wird. Ich stimme aber zu, daß zwischen der Ostpolitik und der Westpolitik Polens ein innerer Zusammenhang bestehen muß. Insofern bin ich Herrn von Weizsäcker für diesen Hinweis dankbar.

### **Kaiser**

Was meinen Sie damit, Herr Geremek, wenn Sie sagen, Polen werde in der NATO auf eine Änderung der NATO-Strategie hinwirken? Diese Strategie hat sich ja in den letzten Jahren bereits grundlegend geändert. Ich nenne nur Stichworte: Minderung des nuklearen Faktors, Stärkung des politischen Charakters des Bündnisses, Dialog mit dem Osten, NATO-Kooperationsrat, "Partnerschaft für den Frieden". Dies ist nicht mehr die alte NATO. Was möchte Polen darüber hinaus an der NATO-Strategie geändert sehen?

### **Geremek**

Die NATO wird in Rußland als eine gegen Rußland gerichtete Organisation wahrgenommen, was geschichtlich insofern stimmt, als sie zur Verteidigung vor der Sowjetunion und vor dem Kommunismus gegründet wurde. Jetzt hat sich die internationale Lage verändert, ohne daß sich das Bild der Strategie entsprechend gewandelt hätte. Die Besuche und Begegnungen im Rahmen der "Partnerschaft für den Frieden" haben es bisher nicht vermocht, das Bild der NATO in der russischen Gesellschaft zu ändern. Meinungsumfragen zeigen, daß die NATO von den Russen nach wie vor als etwas Bedrohliches, als "Reich des Bösen" wahrgenommen wird.

Um daran etwas zu ändern, schlägt Polen vor, daß die NATO-Erweiterung von der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der NATO und Rußland begleitet wird, das insofern grundsätzlich über die "Partnerschaft für den Frieden" hinausgeht, als darin klar zum Ausdruck kommt, daß die Nordatlantische Allianz nicht gegen Rußland gerichtet ist. Ein Vertrag zwischen der NATO und Rußland, der von besonderen Beziehungen zwischen zwei unabhängigen Kräften spricht, würde die Situation in der NATO verändern. Dagegen glaube ich nicht, daß man ernsthaft über einen Beitritt Rußlands zur NATO reden kann. In dem Falle wäre die NATO überhaupt entbehrlich.

### **von Weizsäcker**

Mein Eindruck ist, daß Polen seinen Beitritt in die NATO bisher vornehmlich in der Weise begründet hat, als wäre die NATO noch so, wie die Russen sie immer gesehen haben. Sie sagen, Herr Geremek, mit dem Beitritt Polens werde sich die NATO ändern, so daß die Russen keine Angst mehr vor ihr zu haben brauchten. Aber so hat sich die NATO immer schon verstanden; während die polnischen Argumente für den Beitritt bisher so klangen, als gäbe es noch die alte NATO.

Deshalb halte ich Ihre Klarstellungen für sehr wichtig. Denn die NATO kommt nach dem Ende des kalten Krieges gar nicht umhin, sich neu zu orientieren. Klar ist auch, daß wir die Sicherheit Polens auf keinem niedrigeren Niveau wollen als unsere eigene Sicherheit. Auf der anderen Seite wollen wir aber durch die Motive des polnischen Beitrittswunsches nicht an einer positiven Änderung der NATO-Strategie gehindert werden. Insofern bin ich für Ihren Beitrag dankbar.

### **Höynck**

Eine Bemerkung zu Tschetschenien, weil ich verhindern möchte, daß sich der Eindruck verfestigt, die westliche Politik oder die Politik einiger westlicher Staaten betrachte Tschetschenien lediglich als internes Problem Rußlands, und die Russen könnten dort mehr oder minder machen, was sie wollen. Das ist keineswegs der Fall. Tschetschenien ist zwar ein internes russisches Problem; aber Rußland hat akzeptiert, daß die internationale Gemeinschaft sich dort einmischt. Es mag zunächst nur symbolhaften Charakter haben, aber ich meine, es ist von großer Bedeutung, daß die OSZE seit einigen Wochen eine Mission von sechs Leuten in Grosny stationiert hat, um zum Ausdruck zu bringen: Es ist zwar ein internes russisches Problem, aber es geht uns alle an.

Die Frage ist: Wie können wir erreichen, daß Rußland sich in Tschetschenien nach den international vereinbarten Standards richtet? Können wir Rußland dazu zwingen, oder müssen wir versuchen, es zu überzeugen? Da ich keine Möglichkeit sehe, es zu zwingen, geht es darum, Rußland zu überzeugen, daß es seinem aufgeklärten Eigeninteresse entspricht, in Tschetschenien nicht zu

überziehen. Dafür sehe ich seitens der westlichen Politik gute Chancen, und daran sollten wir festhalten.

### **Kaiser**

Ich würde es für wichtig halten, wenn die unterschiedlichen Einschätzungen der amerikanischen Politik, die hier deutlich geworden sind, noch einmal genauer herausgearbeitet würden.

### **Blackwill**

Zunächst stimme ich Herrn von Weizsäcker zu, daß die NATO-Erweiterung zwar wichtig, aber nicht der einzige Punkt auf der Tagesordnung ist. In der Tat geht es ganz generell um die Zukunft der NATO - unabhängig von der Frage der Erweiterung;- , die eine sorgfältige Betrachtung erfordert. Eine weitere Frage betrifft die europäische Verteidigungsidentität und damit letztlich die europäische Verteidigung. Drittens ist zu fragen, wie die OSZE gestärkt werden kann, damit sie zu einer wirkungsvollen Krisenvermeidungsorganisation wird.

Was Rußland und die NATO angeht, stimme ich mit Herr Geremek überein, daß wir einen Vertrag mit Rußland brauchen, um die Beziehungen Rußlands zur NATO zu normalisieren. Das bedeutet jedoch keine Veränderung der NATO-Strategie und sollte auch nicht so dargestellt werden. Nun hat ja Herr Kosyrew erst kürzlich klargestellt, daß Rußlands Ziel das Ende des Nordatlantischen Bündnisses als kollektiver Verteidigungsorganisation sei. Vor diesem Hintergrund werden wir auf russische Bedingungen kaum eingehen können, wenn wir unser Bündnis intakt halten wollen.

Nun zu den Vereinigten Staaten. Dabei möchte ich zu zwei Fragen Stellung nehmen, die hier angesprochen wurden. Zum einen: Was wäre ein amerikanisches Engagement für die polnische territoriale Integration wert? Zum anderen: Wie wahrscheinlich ist es, daß die Vereinigten Staaten eine solche Verpflichtung eingehen?

Zum ersten Punkt. Dick Smysers Behauptung, daß eine amerikanische Verpflichtung für die territoriale Integrität Polens nicht das Papier wert wäre, auf dem sie geschrieben steht, kann ich nicht billigen, zumal wir hier in Warschau sind und die polnische Geschichte genau kennen. Ich halte sie auch für falsch. Natürlich kann man so etwas nicht beweisen, sowenig wie wir de Gaulle beweisen konnten, daß wir bereit waren, Europa gegen jeden Angriff zu verteidigen, oder sowenig wir den Skeptikern in den 70-er Jahren nach dem Vietnamkrieg beweisen konnten, daß die amerikanische Verteidigungsverpflichtung weiterhin Bestand hatte. Nichts spricht jedoch dafür, daß wir es mit Polen nicht ernst meinen.

Das Argument, wir würden uns deshalb nicht in Polen verpflichten, weil wir eine Seemacht sind, kommt mir auch recht sonderbar vor. Natürlich sind die Vereinigten Staaten eine Seemacht. Zugleich sind wir ein Land, das 40 Jahre lang 300.000 Soldaten überall auf der Welt im Einsatz hatte. Allein 200.000 amerikanische Soldaten standen nur einige hundert Kilometer von hier. Was den politischen Willen angeht, können wir natürlich nie ganz sicher sein. Sie sollten jedoch nicht der Spenglerschen Vision glauben, daß Amerika schwach und unzuverlässig sei. Wir sind ein enorm erneuerungsfähiges und vitales Land. Unsere nach dem Ende des kalten Krieges erfolgte Abkehr von der übrigen Welt ist jetzt zu einem Ende gekommen. Es gibt deutliche Anzeichen - während wir hier tagen, befindet sich unser Außenminister im Nahen Osten;- , daß die amerikanische Beschäftigung mit sich selbst ihren tiefsten Punkt bereits durchschritten hat.

Ich will es noch einmal deutlich sagen: Wenn eine amerikanische Verpflichtung gegenüber Polen nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben steht, müßte man auch das amerikanische Engagement gegenüber der Türkei oder Norwegen, Korea oder Japan oder welchem Land auch immer in Frage stellen. Dafür gibt es aber keinerlei Hinweise.

Wie wahrscheinlich ist es nun, daß die Vereinigten Staaten überhaupt eine solche Verpflichtung eingehen werden? Dazu will ich drei Faktoren nennen, die dies als sehr wahrscheinlich machen. Erstens die gegenwärtige Stimmungslage im Kongreß und im Weißen Haus. Zweitens die wahrscheinlich negative Entwicklung der amerikanisch-russischen Beziehungen. Drittens die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1996.

Ich beginne mit dem Kongreß. Der gegenwärtig einflußreichste Mann in der Republikanischen Partei in Fragen der Außenpolitik, Senator Richard Lugar, war einer der frühesten Befürworter einer baldigen Mitgliedschaft Polens in der Allianz. Dieser Meinung haben sich jetzt Bob Dole, der Sprecher des Senats, Newt Gingrich, der Sprecher des Repräsentantenhauses und die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus angeschlossen, die mit großer Mehrheit eine Gesetzesvorlage zur baldigen polnischen Mitgliedschaft in der Allianz passieren ließen. Im übrigen stimmte mehr als die Hälfte der

Demokraten im Ausschuß ebenfalls dafür. Weiterhin haben alle republikanischen Präsidentschaftskandidaten, die sich zu diesem Thema geäußert haben, sich zugunsten einer baldigen polnischen Mitgliedschaft ausgesprochen. Praktisch das gesamte republikanische Establishment ist dafür; der frühere Präsident Bush, James Baker, Henry Kissinger, Richard Cheney, Bent Scowcroft und viele andere mehr. Ich glaube, ich kann sagen, daß dies für uns Republikaner ein ganz entscheidendes Anliegen ist.

Auf seilen der Administration heißt es, der Präsident selbst sei einer frühen polnischen Mitgliedschaft sehr gewogen, obgleich er sich natürlich Sorgen über die russische Reaktion macht. Sein Besuch in Warschau hat ihm das Problem wohl sehr deutlich bewußt gemacht. Andere Regierungsmitglieder sind da zurückhaltender; doch der Präsident ist offenbar bereit, den polnischen Antrag zu unterstützen. Somit ist die gegenwärtige Konstellation in Washington sehr günstig für eine baldige polnische Mitgliedschaft in der NATO.

Mein zweiter Punkt betrifft die amerikanisch-russischen Beziehungen, die sich in einem längeren Abwärtstrend befinden, was im übrigen für die russischen Beziehungen zum Westen insgesamt gilt. Aber lassen Sie mich einige Dinge festhalten, die vor Ende dieses Jahres eintreten und die Diskussion in den Vereinigten Staaten beeinflussen könnten. Bis zum Ende 1995 wird Rußland mit Sicherheit den CFE-Vertrag (Conventional Forces Europe) verletzen, wenn nicht ein Wunder geschieht. Die Verträge über chemische und biologische Waffen hat es bereits verletzt. Für den Fall, daß Rußland im November den CFE-Vertrag verletzt, ist im Kongreß bereits eine Gesetzesvorlage in Arbeit, nach der Amerika seine gesamte bilaterale Hilfe einstellen wird. Bis zum Jahresende wird sich zeigen, daß START II in der Duma keine Chance mehr hat. Im Grunde ist das jetzt schon der Fall, aber es wird noch deutlicher werden. Das russische Atomgeschäft mit dem Iran wird weitergehen. Die im Dezember gewählte Duma wird nach meiner Einschätzung noch nationalistischer sein. Es ist möglich - die Chancen stehen 50:50;-, daß die IWF-Tranchen an Rußland irgendwann im Herbst auslaufen, weil Rußland erneut die Kontrolle über die Geldmenge verlieren und die Inflation explodieren wird. Schließlich ist es möglich, wenn die Dinge in Bosnien sehr schlecht laufen, daß Rußland im Sicherheitsrat ein Veto gegen den amerikanischen Versuch einlegen wird, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben. All dies zeigt für mich an, daß das amerikanische Verhältnis zu Rußland der polnischen Mitgliedschaft in der NATO eher entgegenkommt.

Schließlich zu den Präsidentschaftswahlen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendeine Partei es sich leisten kann, die Millionen Wähler polnischer und anderer mitteleuropäischer Abstammung gegen sich aufzubringen, indem sie gegen den polnischen Beitritt ist. Ich habe bereits darauf hingewiesen, wie die Republikaner sich verhalten werden; aber ich denke, beide Parteien werden die baldige polnische Mitgliedschaft in der NATO zu einem zentralen Wahlkampfthema machen. Der Präsident, der in den Meinungsumfragen ungefähr bei 45 Prozent liegt, kann die Wahl nicht gewinnen, ohne in Michigan, Ohio, New York und Illinois zu siegen. Es ist kaum denkbar, daß dieser Vollblutpolitiker in jene Staaten geht und die Auffassung vertritt, es sei jetzt nicht die Zeit für die polnische Mitgliedschaft in der NATO. Ich selbst kann mir das jedenfalls nicht vorstellen.

Um zum Schluß zu kommen: Die Stimmungslage sowohl im Weißen Haus als auch im republikanisch dominierten Kongreß, die wahrscheinliche Richtung der amerikanischrussischen Beziehungen und die Präsidentschaftswahlen, alles dies weist daraufhin, daß Amerika im nächsten Jahr eine Verpflichtung für Polens territoriale Integrität im Sinne des Artikels V des NATO-Vertrages eingehen wird. Wer sollte bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Senat dagegen sein? Es wird nur eine kleine Minderheit sein, aber trotz allem wird es eine lebhaftige Debatte darüber geben.

Ich meine, Amerika hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg einen guten Ruf erworben, wie es seinen außenpolitischen Verpflichtungen in Übersee nachgekommen ist. Wir brauchen uns bei niemandem für unsere Vertragstreue zu entschuldigen. Das wird nicht anders sein, wenn - und ich sage bewußt nicht "falls" - die NATO und Artikel V die territoriale Integrität Polens garantieren.

### **Smyser**

Ich scheine mit meinem Beitrag eine Diskussion ausgelöst zu haben, die ich so nicht beabsichtigt hatte. Doch ich denke, es ist für unsere polnischen und anderen europäischen Freunde wichtig, daß diese Diskussion geführt wird, weil sie einige Dinge klarstellt. Auf die Frage der Seemachtstrategien will ich jetzt nicht weiter eingehen. Ich will nur wiederholen, was ich bei anderer Gelegenheit ausgeführt habe: "Es ist manchmal ebenso schwierig, der Freund der Vereinigten Staaten zu sein wie ihr Feind." Vielleicht sollten Sie einmal nachlesen, was ich dazu in einem früheren Bergedorfer Gespräch gesagt habe.

Ich bin nicht dafür, daß Rußland in die NATO eintritt. Ein solcher Schritt und selbst engere Beziehungen zur NATO könnten eine Krise mit China auslösen, das dann auf einer Seite seiner Grenzen der japanisch-amerikanischen Allianz gegenübersteht und auf der anderen einem Bündnis Rußland-NATO-Amerika.

Zu unserer Kontroverse hier will ich zunächst richtig stellen, daß ich nicht gemeint habe, eine amerikanische Verpflichtung sei nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben steht. Ich habe der US-Regierung viele Jahre gedient. Ich war im Weißen Haus mit Henry Kissinger und gehörte zu jenen Leuten, die 1975 in Washington eindringlich vor den SS 20 der Sowjets gewarnt haben, weil damit die gesamte strategische Balance in Europa durcheinanderzugeraten drohte. Lassen Sie uns also auf einer sachlichen Ebene weiterdiskutieren.

Ich meine, hier geht es um eine echte strategische Frage. Mein Vorredner hat den Eindruck erweckt, als mache man sich in den Vereinigten Staaten in erster Linie aus innenpolitischen Erwägungen für einen NATO-Beitritt Polens stark. Ich würde es vorziehen, wenn die Argumentation mehr einer strategischen Konzeption entspringen würde.

Die Vereinigten Staaten haben zu bestimmten Zeiten immer wieder Schwierigkeiten mit ihren strategischen Verpflichtungen gehabt. So sagten die Amerikaner in den 60er Jahren als Reaktion auf den Mauerbau, es sei besser, eine Mauer zu haben als einen Krieg. Es gibt andere Beispiele, wo die Vereinigten Staaten zwar nicht ihre Verpflichtungen aufgegeben, sie aber - und das ist der entscheidende Punkt - in einem anderen strategischen Kontext als ihre Verbündeten gesehen haben. Deshalb möchte ich unseren polnischen Freunden sagen: "Vergessen Sie bitte nicht, daß es eine andere amerikanische Strategie gibt. Die ist vielleicht nicht immer der Ihren gleich. Während Herr Geremek beispielsweise betonte, Polen werde alles tun, damit sich die Beziehungen der NATO zu Rußland verbessern, hat uns Herr Blackwell gerade klargemacht, daß sich die Beziehungen immer mehr verschlechtern. Wir haben es hiermit einer strategischen Problematik zu tun, der wir uns sehr eingehend zuwenden sollten.

Ich habe mehrfach empfohlen - und halte das nachgerade für ein Essential;-, daß die NATO eine neue Harme-Kommission einsetzen sollte, das heißt eine Gruppe kluger Männer und Frauen, die sich über die Zukunft der Allianz ernsthaft Gedanken machen soll. Dazu gehört dann auch die Frage der Erweiterung. Denn die NATO stellt derzeit ein Bündnis dar, dessen Zielsetzung sich grundlegend ändern muß, öderes wird in erhebliche innere Schwierigkeiten geraten. Das hat auch die Diskussion hier deutlich gemacht.

In den Vereinigten Staaten ist zur Zeit eine heiße Grundsatzdiskussion entbrannt, die wir unbedingt zur Kenntnis nehmen sollten. Diese Debatte richtet sich dagegen, daß sich die Rolle der Regierung in der Gesellschaft im 20. Jahrhundert immer mehr ausgeweitet hat, sowohl in Demokratien als auch in anderen Staatsformen. Die Diskussion wird auch die amerikanische Außenpolitik nachhaltig beeinflussen, insbesondere in bezug auf die Bereitstellung der Mittel für außenpolitische Zwecke. Das muß nicht heißen, daß damit unsere ausländischen Verpflichtungen reduziert werden, aber es könnte sein, daß sie auf andere Weise durchgeführt werden und daß wir andere strategische Ziele verfolgen als andere Länder.

Insofern sehe ich es auch nicht als unbillig an, auf einer Konferenz wie dieser zu sagen, daß ein Land, das man liebt und dem man gedient hat, mitunter in solchen Fragen unvorhersehbar ist. Natürlich zeigt die gegenwärtige Diskussion in Amerika nicht eine grundlegende Richtungsänderung an, die alles in Frage stellt, was bisher galt. Auch die strategischen Grundlagen, die unser Handeln bestimmen, ändern sich nicht. Aber die Dinge werden jetzt in einem anderen Kontext gesehen, und es könnte einiges geschehen, das in eine neue Richtung weist. Eine solche innergesellschaftliche Diskussion könnte dann sehr unangenehm werden, wenn wir wirtschaftliche Probleme bekommen. Diese Diskussion betrifft im übrigen nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern wird sich auch in anderen Ländern nachhaltig auswirken, die die in Amerika gefundenen Antworten entweder attraktiv oder abstoßend finden werden, auf jeden Fall aber darauf reagieren werden. Vor diesem Hintergrund sind meine Ausführungen zu verstehen.

Wenn irgendeiner meiner polnischen oder anderen Freunde das Gefühl haben sollten, ich wollte sie beleidigen oder würde ihre Situation nicht ernst nehmen, bitte ich um Entschuldigung. Das war keineswegs meine Absicht. Ich würde es jedoch für einen schweren Fehler halten, wenn sie sich in dem Glauben wiegen, die Vereinigten Staaten seien ein voraussagbarer und konstanter Faktor in einer Zeit, in der wir einen überaus schwierigen inneren Wandel durchmachen, dessen Ausgang noch nicht feststeht.

Wenn Herr Geremek fordert, die NATO müsse sich ändern, dann kann ich nur bestätigen, daß dies in der Tat bereits stattgefunden hat. Unser Ziel ist es, bei Erhaltung der Effektivität des Bündnisses durch die Öffnung einen Beitrag zur Stabilität in Europa und darüber hinaus zu leisten. Die internen Veränderungen, die Bob Blackwill angesprochen hat, sind ein wichtiges Kapitel, das uns indes auch vor viele Fragen stellt. Im übrigen geht es uns darum, möglichst viele kooperative Strukturen in Europa zu schaffen, solange das noch geht.

Die Zone der Stabilität, als die wir die Allianz sehen, soll, parallel zur Erweiterung der Europäischen Union, ausgeweitet werden. Insofern entsprechen die Zeitvorstellungen, die hin und wieder von Politikern für die Erweiterung der EU genannt wurden, im wesentlichen auch den NATO-Erweiterungsplänen, also um die Jahrhundertwende.

Die "Partnerschaft für den Frieden" ist zunächst ein Etikett, hinter dem jedoch ein umfassendes praktisches Kooperationsprogramm der NATO steht. Zum einen geht es dabei um Vorbereitung von Krisenmanagement bei lokalen Konflikten im heutigen Europa, die uns alle betreffen - Jugoslawien ist dafür das beste Beispiel. Dort sind ja nicht nur die NATO und viele ihrer Mitgliedsländer in den UN-Verbänden engagiert, sondern auch einige mittel- und osteuropäische Länder beteiligen sich.

Zum anderen soll die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, die seit 1991 besteht, jetzt in der Praxis auf eine intensivere militärische Basis der Zusammenarbeit gestellt werden, um auch die politischen Beziehungen der beteiligten Länder zur NATO zu intensivieren. Ich erwähne nur die Partnerschaftsprogramme mit einzelnen Ländern, vor allem mit Polen, aber auch mit Ungarn, Rumänien und anderen, die sich intensiv beteiligen und dafür auch beachtliche eigene Mittel zur Verfügung stellen. Hier ist bereits ein breites Netzwerk entstanden, angefangen bei praktischen Übungen bis hin zur zivilen Luftkontrolle und zum civil emergency planning.

Die "Partnerschaft für den Frieden" soll nicht nur das Verhältnis einzelner Länder zur NATO intensivieren und sie durch die Zusammenarbeit auf eine Mitgliedschaft vorbereiten, sondern sie will auch zu einem besseren Miteinander der betreffenden Länder beitragen, unter anderem im Sinne einer gemeinsamen militärischen Kultur, wenn Sie so wollen. Wir haben es ja mit sehr unterschiedlichen Armeen zu tun, die sich gerade in Mittel- und Osteuropa in einem fundamentalen Umwandlungsprozeß befinden, der sehr schwierig ist und seine Zeit braucht. Ich nenne nur das für uns wichtige Stichwort "zivile Kontrolle des Militärs", das in allen Ländern verfassungsmäßig verankert ist, aber auch entsprechend in der Praxis durchgesetzt werden muß, woran es noch weitgehend fehlt.

"Partnerschaft für den Frieden" erlaubt sehr offene, flexible, individuell gestaltete Beziehungen. Mit Ländern wie zum Beispiel Schweden oder Österreich gibt es individuelle Partnerschaftsprogramme mit der NATO, die es ihnen erlauben, sich ihren jeweiligen Interessen entsprechend in das Netzwerk der militärischen Zusammenarbeit zur Vorbereitung auf "Peacekeeping" -Operationen der UN einzubringen.

Die "Partnerschaft für den Frieden" verfolgt unter anderem zwei Ziele. Zum einen die Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft, die zu Beginn nur für eine begrenzte Zahl von Ländern vorgesehen ist. Zum anderen soll sie das Verhältnis zu den Staaten, die nicht Mitglieder der NATO werden, durch eine immer enger werdende Zusammenarbeit verstärken.

In bezug auf Rußland ist die "Partnerschaft für den Frieden" in zweierlei Hinsicht wichtig: Erstens liegt uns daran, Rußland nicht auszugrenzen, sondern an dem Partnerschaftskonzept und den allgemeinen Bemühungen um die Entwicklung kooperativer Strukturen zu beteiligen. Und zweitens können durch Begegnung und gemeinsame Übungen das Denken und Verhalten der russischen Militärs positiv beeinflußt werden. Das erscheint besonders wichtig, gerade auch im Lichte dessen, was Herr Geremek und Bob Blackwill über die russische Mentalität gesagt haben.

Im übrigen teile ich die Einschätzung von Herrn Blackwill, was die gegenwärtige Einstellung Rußlands zur NATO angeht. Die Erweiterungsdiskussion hat beim Militär und bei der politischen Führung in Rußland das alte NATO-Bild wieder verstärkt. Deshalb bemühen wir uns intensiv, die Russen davon zu überzeugen, daß die NATO nicht aggressiv ist, daß sie Rußland nicht bedroht, daß sie die Zusammenarbeit sucht, für die sich Rußland im eigenen Interesse aufgeschlossen zeigen sollte.

Wir haben allen Partnerschaftsländern angeboten, beim NATO-Hauptquartier in Brüssel Büros einzurichten, wofür eigens ein neuer Flügel angebaut wurde. In Mons wurde darüber hinaus eine Koordinierungszelle eingerichtet, wo hochrangige Militärs aus diesen Ländern bei den praktischen Planungen und Vorbereitungen der Übungen mitwirken. Es gibt also eine Vielzahl von bilateralen und multilateralen Aktivitäten.

Ich halte es nach wie vor für wichtig, daß Polen gegenüber Rußland eine freundschaftliche Ostpolitik betreibt. Doch dazu bedarf es der Unterstützung von außen, mit anderen Worten einer klaren Haltung von NATO und EU. Wenn Polen gegenüber Rußland eine sinnvolle Rolle spielen soll, dann muß es auch für entsprechende Aufklärung über Rußland Sorge tragen. Wenn es hier hieß, die Russen dürften nicht länger Angst vor der NATO haben, dann würde ich ergänzen: Bestimmte Russen dürften weiterhin Angst vor der NATO haben. Da erklärt etwa der russische Verteidigungsminister Gratschow, daß im Gebiet von Kaliningrad eine Militärzone geschaffen werden solle. Gegen wen soll sie gerichtet sein? In dieser Exklave gibt es bereits die dichteste Konzentration militärischer Kräfte in Europa überhaupt. Also wofür wird sie benötigt? General Lebed führt eine imperiale und aggressive Sprache; er hat den Militärdienst quittiert und kandidiert für das Amt des Präsidenten von Rußland. Wenn er im nächsten Jahr gewählt werden sollte, würde er das Verfügungsrecht über das russische Nukleararsenal besitzen. Bei dem letzten Treffen in Alma-Ata ist beschlossen worden, eine Militärstruktur zu schaffen, die keineswegs defensiv ausgerichtet ist und die Atomwaffen einbezieht.

Diese Kenntnisse über Rußland sind Voraussetzung für eine realistische Einschätzung der Situation. Ich möchte nur daran erinnern, daß ein so renommierter Mann wie George Kennan 1978 von Leonid Breschnew gesagt hat, er sei nicht nur ein friedvoller, sondern sogar ein guter Mensch, der gegen niemanden Krieg führen werde. Hier zeigte sich, wie wenig Kenntnis man im Westen von Rußland hat, ohne die aber keine gute Politik möglich ist.

Wenn ich sage, die NATO müsse verändert werden, dann deshalb, weil sich die Welt verändert hat. Bisher ist das politische Denken im Rahmen der NATO-Strategie immer noch vom Blockdenken geprägt. Deshalb versucht man, gewissermaßen den eigenen Block gegenüber dem anderen ein wenig zu erweitern. Die NATO wird heute aber mit ganz neuen Problemen konfrontiert - und dies ist nicht nur aus polnischer Sicht so. In Jugoslawien beispielsweise, wo die NATO einer der Beteiligten ist, steht sie vor dem Problem, nicht einem militärischen Block zu begegnen, sondern in einen ethnischen Konflikt eingreifen zu müssen. Das heißt, durch die Veränderung des internationalen Kontextes ist ein neuer Konflikttyp aufgetaucht, und die NATO muß wissen, wie sie darauf reagieren soll, wenn sie dem Anspruch, eine europäische Sicherheitsstruktur zu sein, gerecht werden will.

Von daher meine ich, daß die NATO ihre bisherige Form nicht einfach nur extrapolieren oder auch nur leicht abändern kann. Da sie in Europa die einzige funktionsfähige Struktur ist, muß sie den neuen Problemen mit entsprechenden Kenntnissen, Fähigkeiten und einer neuen Sprache begegnen. Mit Herrn van Eekelen sprach ich vorhin über den Inhalt eines Vertrages zwischen der NATO und Rußland. Wir sind uns einig, daß der Präambel des Vertrages dabei die größte Bedeutung zukommt, in der die Intentionen der Nordatlantischen Allianz gegenüber Rußland deutlich werden. Denn für die Russen spielt die Wortwahl häufig eine wichtige Rolle, die gerade in bezug auf die NATO von großer Bedeutung ist. Niemand sollte daran interessiert sein, daß auf russischer Seite die Frustrationen zunehmen und das Sicherheitsgefühl abnimmt.

### **Kaiser**

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Geremek, wollen Sie auf eine Art Doppelstrategie der NATO hinaus, die einerseits die Abschreckung aufrechterhält - Stichwort Kaliningrad - und andererseits den Wandel zur Kooperation induziert.

### **Björck**

Für einen Schweden ist es immer ein wenig gefährlich, über die Erweiterung der NATO zu diskutieren. Zu Hause kommt das einem politischen Selbstmord gleich, weil es sich um eine sehr delikate Angelegenheit handelt. Doch will ich das Risiko hier eingehen und mich im Hinblick auf die drei baltischen Republiken äußern.

Wenn beispielsweise Polen in absehbarer Zeit der NATO-Beitritt zugestanden wird, dürfte dies nicht ohne Konsequenzen für die baltischen Staaten bleiben. Rußland wird sich kaum zurücklehnen und nichts unternehmen, wenn Polen Vollmitglied der NATO wird. Selbstverständlich werden die Russen reagieren, ohne daß wir jedoch abschätzen können, wie.

Was können sie im Hinblick auf Estland, Lettland und Litauen tun? In zwei dieser neuen unabhängigen Staaten leben große russische Minderheiten; in Lettland sind es 40 Prozent der Bevölkerung. Hier ist ein ethnischer Konflikt jederzeit möglich. Es hat dort größere russische Militärbasen gegeben; in Lettland gibt es noch die Radarstation in Skrunda. Alle russischen Militärs, mit denen ich in meiner vorherigen Eigenschaft als Verteidigungsminister gesprochen habe, haben mehr oder weniger klar gesagt, daß sie im Falle eines Konflikts die drei baltischen Republiken und das gesamte Gebiet so ansehen würden, als habe sich aus militärischer Sicht nichts geändert. Natürlich

werden sie das nicht öffentlich zugeben. Doch von der militärischen Planung her ist dieses Gebiet für sie nach wie vor eine Zone, in der sie wie zuvor frei operieren können. Dies würde natürlich noch komplizierter, wenn Polen NATO-Mitglied wird - was ich hoffe, auch wenn ich als Schwede davon nicht direkt betroffen bin.

Wir haben bereits Probleme mit dem CFE-Vertrag, nicht nur an der südlichen, sondern auch an der nördlichen Flanke der NATO. Als Verteidigungsminister habe ich damals sehr heftig auf russische Aktivitäten reagiert, die darauf abzielten, einige Abmachungen zu umgehen, indem zahlreiches modernes Gerät - wie schwere Artillerie, gepanzerte Personentransportfahrzeuge, große Panzer und anderes mehr - von Mitteleuropa in den Leningrader Militärdistrikt verlegt wurden. Insofern wird die polnische NATO-Mitgliedschaft eine Reihe von Konsequenzen haben, und zwar nicht nur für die drei baltischen Staaten, sondern auch für Finnland und Schweden. Schließlich sind es von Stockholm bis zur baltischen Küste nicht mehr als zwanzig Minuten mit einem Militärflugzeug.

Diese Faktoren können wir nicht einfach aus unserer Diskussion ausblenden. Wenn ich es recht sehe, votieren nur sehr wenige - wenn überhaupt - für eine Mitgliedschaft der baltischen Staaten in der NATO, obwohl insbesondere der Präsident von Estland, Herr Meri, einigen Druck in dieser Hinsicht ausübt. Natürlich sind die sogenannten Armeen der baltischen Staaten militärisch gesehen sehr klein; sie sind eher Bataillone. Daraus ergibt sich, daß hier besondere regionale Vorkehrungen getroffen werden müssen. Ich sage das nicht nur, weil es in Schweden viel Sympathie für die drei baltischen Staaten gibt - aus traditionellen und anderen Gründen;- , sondern auch aufgrund der Sicherheitsaspekte, die die Ostseeländer berühren, Polen und Deutschland eingeschlossen.

Ich begrüße die Aktivitäten in der Europäischen Union auf diesem Gebiet, weil sie dazu führen könnten, die Situation ein wenig zu verbessern. Wir benötigen aber ein entschlosseneres Vorgehen im militärischen Bereich, als die "Partnerschaft für den Frieden" vorsieht. Polen einfach den Beitritt zur NATO zu gestatten, ohne sehr sorgfältige Vorüberlegungen und ohne besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, hielte ich für recht gefährlich und nicht für sehr verantwortlich.

Ich habe dafür keine Lösung. Das einzige, was ich anbieten kann, ist der Vorschlag, für regionale Sicherheitsvorkehrungen zu sorgen; denn die Russen haben jede Menge Vorwände, um einen Konflikt auf baltischem Gebiet zu beginnen, nicht zuletzt, wenn es ihnen darum geht, ihre eigenen Landsleute, die großen russischen Minderheiten in den baltischen Republiken, zu beschützen.

Um ein Beispiel möglicher Implikationen zu geben: Vor etwa einem Jahr haben die Letten einen russischen General ins Gefängnis gesteckt, und die Russen erreichten seine Freilassung innerhalb von wenigen Stunden. Der schwedische Geheimdienst war nicht überrascht, daß die Russen militärisch reagierten und einige Regimenter beiderseits der Grenze in Alarmbereitschaft gesetzt haben. Was überrascht hat, war, wie schnell und effizient sie dazu in der Lage waren - innerhalb von Stunden, nicht von Tagen. Das zeigt, wie ernst sie dies nehmen. Ich hoffe, daß die künftige Diskussion darüber zu einer besonderen Abmachung führen wird.

## **Ilves**

Uns ist völlig klar, daß wir nicht in der ersten Gruppe sein werden, obwohl wir öffentlich betont haben, daß wir gern in der NATO sein würden. Doch wenn über die NATO-Erweiterung und Osteuropa diskutiert wird, kommt es immer wieder zu der unseligen Unterscheidung zwischen den baltischen Staaten einerseits und Osteuropa und den Visegrád-Ländern andererseits. Das mag im Westen und im amerikanischen Außenministerium weniger der Fall sein, aber die Russen treffen stets diese Unterscheidung.

Die Russen haben die volle Unabhängigkeit der Visegrád-Länder akzeptiert, und sie erkennen auch die Autonomie der baltischen Staaten an. Mein Eindruck ist jedoch, daß Rußland das Ziel verfolgt, die baltischen Staaten wieder in einen "Ostblock" oder eine Gemeinschaft von Satellitenstaaten zurückzuführen, deren Außenpolitik und in gewissem Maße auch Innenpolitik von ihnen kontrolliert wird. Das von uns befürchtete Szenario ist nicht das von 1940, als sie einmarschierten, sondern das von 1948 in der Tschechoslowakei und in Ungarn oder das, was in Finnland scheiterte. Aus diesem Grund sind wir über eine Erweiterung der NATO um Polen und zugleich von offiziellen und privaten Äußerungen der Russen über die baltischen Staaten sehr beunruhigt. Deshalb sind wir an einer Abmachung, wie sie Herr Björck vorgeschlagen hat, eminent interessiert.

Wenn also in militärischer Hinsicht zwischen den baltischen Staaten und den Visegrád-Ländern unterschieden wird, sollte man sorgfältiger über die EU und die Wirtschaft nachdenken. Bei der NATO-Erweiterung geht es um geopolitische strategische Sichtweisen, während die EU um Blöcke erweitert wird. Mit dem pragmatischen Blick des Wirtschaftsanalytikers wird danach gefragt, welche

Länder dafür in Frage kommen und welche Reformen sie verwirklicht haben. Es gibt zumindest ein Land in der Visegrád-Gruppe, das weit hinter dem zurück ist, was Estland derzeit tut. Ich meine deshalb, die EU sollte sich nicht um Blöcke erweitern, sondern sehr sorgsam darauf achten, wer durchgreifende Reformen in Gang gebracht hat und wie weit sie gediehen sind. Dies ist vielleicht ein Weg, die Sicherheit im Baltikum zu erhöhen, nämlich die EU als ein alternatives Instrument für die Sicherheit der baltischen Staaten zu betrachten. Ich weiß, daß dies einen klaren politischen Willen erfordert.

### **Kaiser**

Ich will Sie auf ein Konzept hinweisen, das von den europäischen Instituten für Außenpolitik in der European Strategy Group vorgelegt wurde. Darin wurde eine EU-Sicherheitszone vorgeschlagen, die sämtliche europäischen Demokratien erfaßt, die teilweise durch Artikel V gedeckt sind und teilweise durch besondere Sicherheitsabsprachen, die durch die Mitgliedschaft in der EU und eine Vielfalt von politischen, ökonomischen und militärischen Bindungen entstanden sind. Dies setzt aber voraus, daß die westlichen Staaten der anderen Seite unmißverständlich klarmachen, wie diese Sicherheitszone zu verstehen ist.

### **Smolar**

Zur Frage der polnischen Ostpolitik möchte ich darauf zurückkommen, was Herr von Weizsäcker gesagt hat und die Antwort von Bronislaw Geremek noch ein wenig ergänzen. Polen, so hieß es, solle ein Faktor der Stabilität und der Schaffung guter freundschaftlicher Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn sein. Selbstverständlich ist dies eine Bedingung für unseren Beitritt sowohl zur Europäischen Union als auch zur NATO.

Wenn dieses Problem im Westen aufgeworfen wird, verbirgt sich dahinter jedoch häufig eine bestimmte stereotype Einschätzung der Lage in Mittel- und Osteuropa. Es wird suggeriert, Polen gehöre zu einer Zone der Instabilität, der ethnischen und nationalen Konflikte, die eine Bedrohung für den regionalen und den europäischen Frieden darstellen. Dem muß deutlich widersprochen werden. Herr Geremek hat bereits daraufhingewiesen, daß Polen früher drei Nachbarn hatte, während es heute sieben sind, und daß dies alles andere Länder sind als die, die vor sechs Jahren an Polen grenzten. Es ist schon fast ein Wunder, daß Polen zu diesen Nachbarn gute Beziehungen unterhält. Zugleich sei daran erinnert, daß Polen als Konsequenz des Krieges sehr umfangreiche Territorien im Osten verloren hatte. Von daher hätte man erwarten können, daß sich unter den Bedingungen von Demokratie und Freiheit gefährliche Bewegungen mit Rückforderungen entwickeln, die unsere Beziehungen zu den östlichen Ländern erschweren und destabilisieren würden. Dies ist jedoch in keiner Weise geschehen.

Zugleich sollte man realistisch bleiben. Die Möglichkeiten für die polnische Ostpolitik sind begrenzt - angesichts des Zustandes, in dem sich Polen befindet und was es seinen Nachbarn bieten kann. Wahrscheinlich sind diese Möglichkeiten heute geringer, als sie es in der Vergangenheit waren. Unter anderem deshalb, weil unsere Nachbarn - die Ukraine, Weißrußland, Litauen - bei ihren Beziehungen zum Westen die Vermittlung eines Landes wie Polen heute nicht mehr im gleichen Maße brauchen wie früher. Die polnische Ostpolitik steht natürlich vor dem Problem, gleichzeitig gute Beziehungen zu Rußland und zu unseren Nachbarländern in Osteuropa zu unterhalten.

Das Hauptproblem in den polnisch-russischen Beziehungen ist nicht das Fehlen einer polnischen Ostpolitik oder grundsätzliche Mängel einer solchen Politik. Vielleicht ist sie nicht dynamisch genug; aber sonst kann man ihr nichts vorwerfen. Das eigentliche Problem sehe ich darin, daß Rußland weder gegenüber Polen noch gegenüber den anderen Ländern Mitteleuropas irgendeine Politik entwickelt hat - anders als gegenüber dem Westen, den Vereinigten Staaten und Westeuropa. Rußland hat eine Politik gegenüber dem "nahen Ausland" - die Reintegration des Imperiums;- , aber keine Mitteleuropapolitik. Rußland sieht Mitteleuropa nicht als eigenständiges Subjekt der internationalen Politik an, hält es aber auch nicht mehr für seine natürliche Domäne. Deshalb ist Rußland daran interessiert, die gegenwärtige Situation einzufrieren, um sie offenzuhalten und bei einer günstigeren internationalen Konjunktur Einflußmöglichkeiten zurückzugewinnen; auf jeden Fall will Rußland dies als ein potentiell Druckmittel in den Beziehungen zum Westen in der Hand behalten.

Wir befinden uns also in einer überaus gefährlichen Phase, die Robert Blackwill klar beschrieben hat und die eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland wahrscheinlich werden läßt. Zwischen Polen und Rußland werden wir meiner Ansicht nach sogar eine dramatische Verschlechterung der Beziehungen erleben. Das liegt nicht an der polnischen Politik, sondern an

gezielten Versuchen Moskaus, Polen zu destabilisieren. Dafür ein Beispiel: Immer wieder werden Meldungen in die Presse lanciert, der Kreml sei bereit, Tschechien oder Ungarn in der NATO zu akzeptieren, nicht aber Polen. So erschien in einer seriösen westlichen Zeitung, dem "Wall Street Journal", vor dem Moskau-Besuch von Präsident Clinton die Meldung, Clinton fahre mit dem Vorschlag nach Moskau, Rußland möge einem NATO-Beitritt Prags und eventuell Budapests zustimmen; dafür würden die Vereinigten Staaten auf eine Aufnahme Polens verzichten. Es gibt zudem direkte Spannungen in den polnisch-russischen Beziehungen aufgrund geringfügiger Vorfälle. Moskau wird vieles tun, um Polen zu destabilisieren und um im Westen das Bild Polens als eines verantwortlichen, stabilen und kalkulierbaren Landes zu erschüttern, damit die gegenteilige Meinung bestärkt wird, Polen sei ein unberechenbares und gefährliches Land, das Komplikationen in den Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen verursachen könnte.

Wenn wir über die polnischen Sicherheitsprobleme sprechen, sollte man aber die Bedrohungen auch nicht dämonisieren. Ich sehe jedenfalls zur Zeit keine direkte militärische Bedrohung Polens. Man kann sogar die These aufstellen, daß Polen seit dreihundert Jahren niemals so sicher gewesen ist wie heute, was die direkte Bedrohung der Unabhängigkeit des Landes angeht. Aber die Bedrohungen sind von anderer Art und treten in verschiedenen Formen der Destabilisierung auf. Wir wissen in Polen aufgrund historischer Erfahrungen, wie leicht eine Gesellschaft psychologisch zu destabilisieren ist, was ernsthafte politische, ökonomische und soziale Konsequenzen haben kann. Herr von Weizsäcker hat also sicher recht, wenn er meint, daß die Sicherheitsproblematik nicht ausschließlich die NATO betrifft. Timothy Garton Ash hat betont, daß bei uns NATO- und EU-Fragen häufig zusammen gesehen werden. Bei aller Verschiedenheit ihrer Strukturen ist ihr gemeinsamer Nenner das Problem der Sicherheit, auch wenn beide Organisationen unterschiedliche Formen von Garantien und Sicherheiten geben.

Was die NATO und generell die westlichen Sicherheitsstrukturen in bezug auf die Länder Mitteleuropas, insbesondere Polen, angeht, so liegt auf der Hand, daß die NATO eine neue raison d'être sucht, weil die traditionellen Fundamente, auf denen die Identität der NATO beruhte, im gewissen Sinne zerbröseln sind. Die NATO kann nicht mehr ausschließlich auf dem Gefühl einer möglichen Bedrohung aus dem Osten aufbauen. Für die neue Rolle der NATO kursieren im Westen diverse Vorschläge, unter anderem der, daß die NATO der Stabilisierung der neuen Demokratien dienen sollte. Natürlich gibt es auch Leute, die die bestehende NATO-Struktur verewigen wollen. Andere wiederum äußern die gegenwärtig wohl unrealistische Idee, über die militärische Struktur hinaus auch euroatlantische ökonomische Strukturen aufzubauen, gewissermaßen eine North Atlantic Free Trade Area.

Die verschiedenen Vorschläge verbreiten bei uns eine gewisse Unsicherheit, denn jeder enthält eine andere Konzeption, was die Identität Europas und den Aufbau der europäischen Sicherheitsstrukturen angeht, und unklar ist, welchen Platz unsere Region darin finden wird. Wir beteiligen uns zu wenig an den EU- und den NATO-Diskussionen über die Zukunft - wie diese Organisationen aussehen und in welche Richtung sie sich weiterentwickeln sollen. Polen und die anderen Länder der Region haben sich beispielsweise aus der Diskussion um Maastricht fast völlig herausgehalten, so daß man den Eindruck gewinnen könnte, wir hätten gar keine Konzeption, die unsere Interessen zum Ausdruck bringt. Zum Teil fehlt es auf unserer Seite sicher an Kompetenz und Verständnis dafür, wie tiefgreifend die von der Europäischen Union oder der NATO gefaßten Beschlüsse unsere Lage verändern. Ich sehe darin eine Herausforderung für uns, und wir sollten uns an diesen Diskussionen in der Tat aktiver beteiligen und unsere Forderungen artikulieren.

### **Kühnhardt**

Die Art, wie wir hier über das Projekt Europa diskutieren, ist teilweise wohl darin begründet, daß wir gewissermaßen in zwei sich überlappenden Wirklichkeiten leben. Auf der einen Seite die Wirklichkeit der Prozesse beim Bemühen um kollektive Sicherheiten. Auf dieser Ebene spielen Hoffnungen, Denkansätze, Entwicklungsperspektiven eine größere Rolle als Faktoren der Durchsetzungsfähigkeit. Das gilt etwa für die OSZE und auch für die Debatte um die UNO. Auf der anderen Seite geht die Diskussion um die Tatsache, daß wir auf die Dauer um die Ausbildung eines neuen Ordnungssystems nicht herumkommen. Der Begriff der europäischen Architektur kaschiert nur, daß es letztlich doch um ein neues europäisches Balance-of-Power-System geht.

Ich denke, wir sollten noch einen Schritt weitergehen und fragen: Wenn in Zukunft die Frage der Ordnung wieder eine Rolle spielt, muß dies dann notwendigerweise wieder eine konfrontative Ordnung sein, wie dies in unserer Diskussion teilweise anklang? Sollten wir uns nicht statt dessen darum bemühen, eine kooperative Form des Miteinander zu entwickeln? Ist Polens Mitgliedschaft in

der NATO primär gegen Rußland gerichtet, um einen Puffer gegen Rußland zu haben, oder wird es nicht vielmehr ein Schritt auf dem Weg zu einem kooperativen System des Machtgleichgewichts sein?

In jedem Falle haben wir es hier - darauf haben uns die amerikanischen Sprecher besonders hingewiesen - mit strategischen Fragen zu tun, die in den nächsten Jahren zur Entscheidung anstehen. Vor allem ist es die Frage, welchen Zeitraum wir eigentlich meinen, wenn wir von lang-, mittel- und kurzfristigen Prozessen reden. Müßte nicht mehr Klarheit über Zeitpläne und Abläufe bestehen, damit wir uns nicht dauernd in nebulösen Zeitvorstellungen bewegen?

Ich möchte noch einen anderen, eher heiklen Aspekt ansprechen in bezug auf "Mitgliedschaft" und "Interessen". So wie es innerhalb der NATO um eine inhaltliche Neubestimmung geht, müßten wir uns auch über die Interessensphären in Europa auf neue Weise klarwerden. Der Begriff ist historisch belastet und trägt teilweise annexionistische Züge. Wenn wir aber eine kooperative Ordnung balancierter Mächte anstreben, dann kommen wir auch nicht darum herum, den Begriff der Interessensphären neu zu definieren. Meiner Ansicht nach geht es dabei um die Festlegung von Räumen bestimmter Mitgliedschaften, die sich durch Rechtsverbindlichkeit und Stabilität auszeichnen und von daher gerade nicht auf Aggression und Konfrontation angelegt sind.

Wenn man so an die Sache herangeht, dürfte auch den baltischen Staaten der Weg in die NATO - vielleicht über die WEU - offen stehen. Auf der anderen Seite würden dann die Ukraine, Weißrußland und weitere GUS-Staaten, die einem anderen Interessen- und Rechtsraum angehören, unter Führung Rußlands - das im übrigen auch eine maritime Weltmacht ist - stehen.

Ein solches kooperatives Bündnissystem könnte letztlich auf drei Faktoren aufbauen. Erstens auf einer Interessenabklärung zwischen der EU und Nordamerika, wobei es sowohl um "harte" wie um "weiche" Interessen geht. Unter dem Stichwort NAFTA sind ja in letzter Zeit die ökonomischen Interessen stärker diskutiert worden. Wenn die USA 49 Prozent ihrer Auslandsinvestitionen in Westeuropa tätigen, dann ist hier ein hartes Interesse der USA für eine weiterhin enge strategische Partnerschaft mit Westeuropa angesprochen.

Bei einer Revitalisierung der NATO - zu der die strategische Verbindung mit der Türkei übrigens weiterhin zwingend dazugehört - muß natürlich auch über die politischen Fragen gesprochen werden. Ob dafür die transatlantische Erklärung von 1990 ausreicht, scheint mir sehr zweifelhaft. Ich meine, über den militärischen Umbau der NATO hinaus braucht es eine neue vertragliche Festlegung der Interessen zwischen einem Westeuropa, das sich allmählich erweitert, und den nordamerikanischen Demokratien.

Der zweite Teil der Strategie betrifft die Notwendigkeit, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Das ist das eigentliche Thema der Regierungskonferenz 1996, an die sich schon heute mehr Erwartungen richten, als am Ende erfüllt werden können. Die Frage der Handlungsfähigkeit gehört jedoch essentiell zu solchen strategischen Überlegungen.

Der dritte Aspekt richtet sich dann auf die Fortsetzung der Partnerschaftsbeziehungen mit Rußland und seiner Mitgliedschaftssphäre.

Worauf es aber entscheidend ankommt, ist, daß bei einem solchen Konzept keine Vakuumzonen entstehen, die jeder Klarheit, Verlässlichkeit und Sicherheit zwischen den verschiedenen Mitgliedschaftssphären abträglich wären. Das kann nur in einem Konzept kooperativer Mächtebalance im Dreieck USA-EU-Rußland auf Dauer gelingen.

### **von Moltke**

Was die Russen bei der Diskussion um die Erweiterung der NATO stört, ist, daß dort die Amerikaner beteiligt sind, deren Interessensphäre auf diese Weise ausgeweitet würde. Mit der Erweiterung der Europäischen Union dagegen haben die Russen keine Schwierigkeit.

Auf der anderen Seite ist in der GUS ein Prozeß im Gange, der notwendigerweise zu einer gewissen Gruppenbildung führt. Diesen Prozeß nehmen wir viel zu wenig wahr und versuchen auch nicht, ihn mit zu steuern. Das eigentliche Problem ist, daß er gegenwärtig allein unter russischen Vorzeichen abläuft, die betroffenen Länder aber zum größten Teil zwar Zusammenarbeit suchen, jedoch nicht von den Russen wieder integriert werden wollen.

Als ich den Außenminister eines Landes der früheren Sowjetunion kürzlich fragte: Können Sie sich eine stärkere institutionelle Entwicklung der GUS vorstellen?, war die Antwort: Dies wäre aus wirtschaftlichen Gründen und in Anbetracht alter Verbindungen unbedingt notwendig für uns - aber es ist mit der heutigen Generation von Russen nicht denkbar, die noch reine Sowjets sind. Sie sind nicht fähig, eine demokratische Struktur zu schaffen, die auf Konsens aufbaut.

Insofern sind die Vorstellungen eines östlichen Ordnungsraumes, wie Herr Kühnhardt ihn skizziert hat, nicht problemlos.

### **Tashan**

Die NATO-Erweiterung hängt meiner Meinung nach von verschiedenen Faktoren ab, die möglicherweise in den nächsten beiden Jahren klarer zutage treten werden.

Das eine ist die amerikanische Politik gegenüber Rußland und weltweit. Die Politik der Clinton-Administration ist zur Zeit recht zweideutig. Auf der einen Seite sieht sie Rußland als Atommacht, die sie als Partner für internationale Aufgaben gewinnen will. Wie sich im Augenblick in Krisengebieten wie in Bosnien und im Kaukasus zeigt, hat dies eher eine paralyisierende Wirkung, die nicht zu dem gewünschten Ergebnis führt, schon gar nicht, was die Demokratisierung Rußlands angeht. Auf der anderen Seite hat Herr Blackwill auf eine weitere Radikalisierung und Militarisierung der russischen Innenpolitik hingewiesen. Darüber dürften wir nach den russischen Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr mehr Klarheit gewinnen.

Wenn die Entwicklung dahin geht, daß Rußland wieder zur Sowjetunion im Sinne globaler Strategien und Politik wird, dann muß die NATO zu ihrer ursprünglichen Abschreckungsstrategie zurückkehren, um die Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Ich vermute, daß dann die "Partnerschaft für den Frieden" und andere Programme gegenüber Rußland sehr viel an Wert verlieren werden.

Sollte sich die NATO in den kommenden Jahren wieder in Richtung der alten Strukturen bewegen, dann müssen wir einige Defizite erkennen, die die Funktionsfähigkeit der NATO beeinträchtigen. Zum einen hat sich gezeigt, daß die NATO nicht in der Lage war, sogenannte "out of area" -Aufgaben wahrzunehmen. Das schränkt ihre Handlungsfähigkeit nach wie vor erheblich ein, selbst wenn die NATO inzwischen im Hinblick auf Bosnien im "out of area" -Bereich unter UN-Kommando einige Verantwortung übernommen hat. Im ganzen ist dies jedoch ein totaler Fehlschlag, weil die NATO unfähig war, hier direkte Entscheidungen zu treffen.

Der zweite Bereich, wo die NATO scheiterte, war das Verhalten der sogenannten "reserve" countries. Einige Mitgliedsländer der NATO bereiten insofern große Probleme, als sie zwar der NATO angehören, aber an der Ausarbeitung der NATO-Strategien und -Doktrinen nicht beteiligt sind. Hinzu kommt, daß einige Länder lediglich den Schutz genießen wollen, den ihnen der NATO-Vertrag bietet, ohne an der militärischen Planung und in ihren Verbänden mitzuwirken. Deshalb muß jede Erweiterung sich auf jene Länder richten, die in der Lage sind, für die gemeinsame Verteidigung der NATO einen Beitrag zu leisten und die für ihre eigene Sicherheit, Demokratie und Unabhängigkeit den Schutz der NATO brauchen. Wenn wir jedoch Länder aufnehmen, die unfähig sind, die Sache der NATO zu verteidigen und die nur vom Artikel V profitieren wollen, dann sollten die anderen Mitgliedsländer sich fragen, was sie letztlich davon haben.

Nach meiner Auffassung gehört Polen unbedingt in die erste Kategorie. Polens Sicherheit und Unabhängigkeit ist uns Türken seit Jahrhunderten lieb und teuer, und Polen hat gute Gründe, um eine NATO-Mitgliedschaft nachzusuchen.

### **Burghardt**

Gegenüber Rußland strebt die Europäische Union eine umfassende Partnerschaft an. Es liegt sowohl in unserem, als auch im russischen Interesse, die Voraussetzungen für die Unterzeichnung des Interimsabkommens und die Ratifizierung des im Juni 1994 am Rande des Europäischen Rates in Korfu unterzeichneten Partnerschaftsabkommens so schnell wie möglich zu schaffen. Dazu müssen wir Kooperationsbereitschaft bei der Lösung des Tschetschenienkonfliktes erkennen können. Die OSZE-Mission ist ein wichtiges Kriterium. Gleichzeitig hat die Kommission vor kurzem dem Ministerrat einen Vorschlag unterbreitet, der zu einer gemeinsamen Position im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union gegenüber Rußland führen soll.

Zu den Feldern der Zusammenarbeit mit Rußland gehört auch ein integriertes Ostseekonzept, das für die baltischen Staaten und auch für Polen von großer Bedeutung wäre. Dieses Konzept sieht vor, Polen, die baltischen Staaten, die Region Kaliningrad und den St. Petersburger Oblast in einen Kooperationsrahmen mit der um Finnland und Schweden erweiterten EU einzubinden. Die multilateralen Instrumente der Union und die bilateralen, den interessierten Anrainerstaaten zur Verfügung stehenden Mittel sollen im Rahmen einer regionalen Zusammenarbeit miteinander verbunden werden.

Ich stimme Herrn von Weizsäcker zu, daß das Thema Erweiterung und Vertiefung keine Glaubenssache werden darf, was es im übrigen auch nie gewesen ist. Für uns ging es immer darum,

wie wir die steigende Nachfrage von außen bei gleichzeitiger Verbesserung der Attraktivität des Integrationsangebotes befriedigen können. Der europäische Einigungsprozeß ist ein dynamischer Prozeß, das heißt, er lebt von der Dynamik der Integration. Niemandem, weder den jetzigen noch den künftigen Mitgliedern wäre damit gedient, wenn der Motor dieses Prozesses überfordert und damit lahmgelegt würde.

Ich nenne drei Beispiele. Für die erste Erweiterung 1973 wurde auf der Haager Konferenz 1969 grünes Licht gegeben. Erst der Rücktritt de Gaulles hatte es ermöglicht, die Themen Vervollständigung, Vertiefung und Erweiterung gleichzeitig erfolgreich abzuhandeln. Bei der Erweiterung 1986 ging es um Spanien und Portugal. Sie wurde vorbereitet durch die Einheitliche Europäische Akte. Und die letzte Erweiterung um Österreich, Finnland und Schweden wurde durch den Maastrichter Vertrag vorbereitet. Immer ging es zugleich um Strategien der Vertiefung und der Erweiterung. Aber das war keine Glaubensfrage, sondern die Einsicht in die Notwendigkeit, das Fundament zu stärken, um weitere Lasten zu tragen.

In diesem Zusammenhang will ich ein Wort zur "Heranführungsstrategie" der mitteleuropäischen Staaten an die Europäische Union sagen. Hier geht es ebenfalls darum, aufseilen der Union sowie der Beitrittskandidaten die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Beitritt zu schaffen. Die Schwierigkeiten dieses zweiseitigen Prozesses können gar nicht unterschätzt werden. Es genügt nicht, mit rhetorischen Banalitäten die geographische Zugehörigkeit etwa Polens zur Union zu beschwören. Es geht vielmehr um zwei für die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses schicksalhafte Fragen. Die erste Frage lautet: Welche Europäische Union wollen wir eigentlich erweitern? Das ist zunächst das Thema der Regierungskonferenz, die parallel mit der Vorbereitung zum Einstieg in die dritte Stufe der Währungsunion verläuft.

Die zweite Frage ist: Welche Anpassungen der wichtigsten Gemeinschaftspolitiken sind erforderlich, um eine in ihrem Entscheidungsprozeß gestärkte Europäische Union erweitern zu können?

Die Beantwortung beider Fragen erfordert eine grundsätzliche Europadiskussion darüber, ob wir die Europäische Union zu einer umfassenden Solidargemeinschaft entwickeln wollen, die Sicherheits- und Wirtschaftspolitik einschließt. Was wir nicht brauchen, ist eine fragmentierte europäische Landschaft, in der jede einzelne europäische und transatlantische Organisation durch unkoordinierte Erweiterungsprozesse zu einem Euro-Saurier in einem Jurassic-Park europäischer Nachkriegsmonumente erstarrt. Dies würde uns wie gehabt - lediglich ein weiteres europäisches Konzert bescheren.

Angesichts der Größe der Herausforderung ist es um so bedauerlicher, daß der Ton der Europadiskussion in unseren eigenen Reihen von Zweiflern jeder Art bestimmt wird. Wenn in einem wichtigen Mitgliedsstaat dessen Premierminister von einer Gruppe sogenannter "Eurosceptics", in Wirklichkeit ideologisch verbrämter Europagegner, quasi in Geiselschaft genommen wird, dann ist die Frage berechtigt, ob die Europäische Union überhaupt noch in der Lage ist, die hier diskutierte historische Aufgabe zu bewältigen.

Solange wir selbst nicht wissen, welches Europa aus der Regierungskonferenz hervorgehen wird, fällt es auch schwer, ein genaues Aufnahmedatum für die Beitrittskandidaten zu benennen. Meine Einschätzung ist: Wenn die Regierungskonferenz in den kommenden zwei bis drei Jahren erfolgreich abgeschlossen wird, könnten unmittelbar danach, und parallel zum Ratifikationsverfahren, die Beitrittsverhandlungen beginnen. Im Falle Zyperns hat sich die Union unlängst auf die Formel "sechs Monate nach Beendigung der Regierungskonferenz und im Lichte der Ergebnisse derselben" festgelegt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man anderen Ländern ein solches Angebot verweigern würde. Das heißt, der Zeitpunkt für den Beginn der Verhandlungen läge irgendwo zwischen 1997/1998 und dem Jahr 2000.

Dauer und Erfolg der Verhandlungen werden mit Sicherheit von der Umsetzung der Vorbereitungsstrategie abhängen, die wir jetzt in Angriff genommen haben und die alle Politikbereiche umfaßt. Die Verabschiedung des Weißbuches zum Binnenmarkt stellt ein erstes wichtiges Element dieser Strategie dar. Niemals vorher hat die Gemeinschaft Beitrittsanwärtern vor Beginn von Verhandlungen so umfassende Unterstützung bei der Heranführung ihrer Gesetzgebung und ihrer Verwaltungsapparate an den europäischen Binnenmarkt angeboten. Der "strukturierte Dialog", insbesondere auf Ratsebene, ist ein weiteres wesentliches Element. Ich erwähne beispielhaft den Rat der Agrarminister, der erstmalig im September eine gemeinsame Sitzung mit den Amtskollegen der Europaabkommensländer abhalten wird. Die Binnenmarkt-, Finanz- und Außenminister haben ja bereits einige Übung darin. Bei einer solchen Sitzung wird dann auch für alle Beteiligten deutlich, was es heißt, wenn 15 plus 9 beziehungsweise 10 an einem Tisch sitzen. (Die 15 Mitgliedsstaaten der

Europäischen Union, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die baltischen Staaten sowie - demnächst - Slowenien.)

Hier rächt sich, daß wir es bei der letzten Erweiterungsrunde versäumt haben, die Frage der institutionellen Reformen anzupacken. Wir haben so getan, als sei es politisch sinnvoll, die Institutionen einer Sechsergemeinschaft auf eine Fünfeznergemeinschaft rein arithmetisch zu übertragen.

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist die Kontaktgruppe für das frühere Jugoslawien die augenfälligste Illustration mangelhafter institutioneller Disziplin. Drei Mitglieder der Union sind aus den Regeln der sogenannten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des Maastrichter Vertrages ausgeschert und haben zusammen mit Rußland und den Vereinigten Staaten die Verhandlungsregie in eigene Hände genommen. Der Grund liegt nicht nur im gegenseitigen Mißtrauen (etwa gegenüber der Sonderrolle Griechenlands auf dem Balkan). Vielmehr wird geltend gemacht, daß die institutionellen Vorkehrungen insgesamt nicht dazu angetan sind, in einer so schwerwiegenden Phase dieser sich mitten in Europa abspielenden Tragödie die Verfolgung nationaler Interessen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands zugunsten eines dem Ernst des Problems angemessenen Beitrags der Europäischen Union als solcher zurückzustellen. Drei Mitgliedsstaaten betreiben nationales Krisenmanagement, während die Union sich im wesentlichen auf humanitäre Hilfeleistung beschränkt. Nach innen wie nach außen ist die Glaubwürdigkeit gemeinsamer Außenpolitik schwer angeschlagen.

Ich nenne dies als Beispiel dafür, daß es nicht möglich ist, mit dem einen Fuß voll das Gaspedal der Erweiterung und mit dem anderen die Bremse der Vertiefung zu betätigen. Ich bin optimistisch genug, daß wir dieses Problem lösen können. Möglicherweise geht das nicht ohne eine Krise in der Union ab. Deshalb sollten vor den nächsten britischen Unterhauswahlen die Alternativen deutlich herausgearbeitet werden.

### **Schloten**

Herr von Weizsäcker hat, was den Beitritt Polens zur Europäischen Union angeht - aber das betrifft genauso andere Beitrittskandidaten;- , auf zwei Probleme besonders hingewiesen: die Finanzierung des Agrarmarktes und die Frage der Freizügigkeit von Arbeitskräften. Der Beitritt der vier Visegrád-Staaten würde - im Falle einer Gleichbehandlung zu Griechenland und Portugal - bedeuten, daß der Agrar- und Strukturfonds auf 54 Milliarden Ecu erhöht werden müßte, was eine jährliche Erhöhung des EU-Haushaltes um 37,6 Milliarden Ecu nach sich zöge.

Von daher habe ich zwei Fragen an Herrn Geremek. Erstens: Wie könnte eine Lösung dieses Problems aus Ihrer Sicht aussehen? Können Sie sich eine Übergangslösung oder ein vorläufiges opting out, speziell des Agrarbereiches, vorstellen, bis eine entsprechende Reform in der Europäischen Union erfolgt ist? Und zweitens: Wäre für Sie als Vorstufe zur vollen wirtschaftlichen Integration eine ost-mitteleuropäische Freihandelszone denkbar?

### **Geremek**

Unabhängig vom Strukturfonds der Europäischen Union muß Polen seine Agrarstruktur verändern, Herr Schloten. Unser Landwirtschaftsminister hat kürzlich erklärt, daß die zur Zeit noch zweieinhalb Millionen bäuerlichen Betriebe in Polen auf 700.000 abgebaut werden. Das ist ein dramatischer Wandel, den wir durchziehen - ob mit oder ohne Hilfe der EU. Anders als Griechenland und Portugal erhalten wir momentan keine Unterstützung.

Die Freihandelszone, die Sie erwähnen, die zwischen den Visegrád-Ländern unter dem Namen CEFTA gebildet wurde, wird in den nächsten Monaten durch einen Vertrag mit Slowenien erweitert. Wir führen in dieser Frage auch Gespräche mit den baltischen Staaten.

### **Mortimer**

Es gibt in Großbritannien bekanntlich eine Gruppe von sogenannten Euroskeptikern. Weniger bekannt, aber wahrscheinlich gefährlicher sind jene Leute, die ich Atlantoskeptiker nennen würde, zu denen ich möglicherweise gehöre, und einiges von dem, was ich hier gehört habe, bestärkt mich in dieser Haltung.

Herr Geremek hat gesagt: Wenn Rußland der NATO beitreten könne, brauche man sie nicht mehr. Diese Auffassung ist weit verbreitet, aber ich vermag nicht zu erkennen, wie sie mit der Position zu vereinbaren ist, wir könnten die Russen davon überzeugen, daß die NATO nicht gegen sie gerichtet sei. Alles, was wir von Herrn Blackwill gehört haben, deutet darauf hin, daß die Erweiterung der NATO - was für ausgezeichnete Gründe es dafür auch geben mag - in den Vereinigten Staaten politisch

größtenteils von dem Wunsch bestimmt ist, die Russen für ihr sogenanntes "schlechtes Benehmen" zu bestrafen beziehungsweise auf eine vermeintliche neue russische Bedrohung für den Westen zu reagieren. Wenn man besonders den deutschen Sprechern hier zuhört, dann wird klar, daß sie und die Westeuropäer im allgemeinen diese amerikanische Reaktion nicht mitmachen wollen.

Dick Smyser hat gesagt, das Verhalten der Vereinigten Staaten sei nicht vorhersagbar. Diese Erfahrung haben wir in der Tat gemacht. Sicher, in Krisenzeiten war auf Amerika Verlaß. Die USA sind immer ein guter Bündnispartner gewesen, und wir alle in Westeuropa sind dafür sehr dankbar. Das Land ist jedoch wechselnden nationalen Stimmungen unterworfen, besonders in bezug auf Rußland. Ich selbst kann mich an drei oder vier Kehrtwendungen erinnern, wo das Pendel von dem großartigen Gefühl einer neuen Zusammenarbeit zwischen den Supermächten wieder umschlug und dem Gefühl einer tiefen Desillusionierung Platz machte, die Rußland als den Erzrivalen, den Feind ansah, gegen den man alle Energien mobilisieren müsse. Für uns Europäer, die wir näher an Rußland leben, ist es schwierig, diese Wellenbewegungen mitzuvollziehen. Ich befürchte deshalb, daß sich in der nächsten Zeit einige Spannungen im atlantischen Bündnis wieder verstärken werden, wie wir sie aus den 70-er und 80-er Jahren kennen. Das wird die Erweiterung der NATO wohl zu einer holprigen Angelegenheit werden lassen.

Ich sage damit nicht, daß die Erweiterung nicht eintreten wird. Denn verschiedene Gründe könnten dafür sprechen, lieber voran als zurück zu gehen. Aber es wird ernste Belastungen im Bündnis geben, von denen wir einige bereits erkennen können. Da die russische Bedrohung nicht mehr so groß ist wie in der Vergangenheit, könnten diese Spannungen stärker durchschlagen, weniger eingeschränkt durch das dominierende Gefühl, wir müßten gegen die uns alle betreffende Bedrohung zusammenrücken, wie es während des kalten Krieges der Fall war.

Die Europäische Union ist eine Institution, die zu einigem Verdruß Anlaß gibt, und zwar aus all den Gründen, die wir hier schon gehört haben. Sie tut sich unglaublich schwer, Entscheidungen zu treffen. Es geht sehr langsam voran, weil es eine große Zahl von Eigeninteressen gibt, die bei jedem Schritt berücksichtigt werden müssen. Vielleicht läßt sich zumindest eine Tugend daraus ableiten, nämlich eine gewisse Berechenbarkeit, die allerdings wenig bewirkt, wenn man es mit jemandem wie Saddam Hussein zu tun hat.

Wenn wir indes über langfristige Sicherheit nachdenken, die durch Veränderungen innerhalb und zwischen den Gesellschaften aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsteht, so hat Westeuropa dies hinter dem amerikanischen Schutzschild entwickelt. Ich stimme voll mit Tim Garton Ash überein, wenn er sagt, man brauche beides: die harte Sicherheitsgarantie durch die NATO und die Entwicklung der sanfteren Sicherheit in Westeuropa durch die verschiedenen Institutionen, die jetzt in der EU versammelt sind.

Die mitteleuropäischen und insbesondere die baltischen Länder sollten diese Entwicklung sanfter Sicherheitsbande sehr aufmerksam verfolgen und sich deshalb in erster Linie auf die Erweiterung der Europäischen Union konzentrieren. Das könnte letztlich sogar hilfreich sein, um eine klare und verlässliche Garantie seitens der Vereinigten Staaten zu erhalten. Die Vereinigten Staaten fühlen sich bezüglich ihrer eigenen nationalen Sicherheit eher Europa als Ganzem als einzelnen Staaten in Europa verpflichtet. Je mehr also ein mitteleuropäisches Land als unzertrennbarer Bestandteil der europäischen Gesellschaft und Wirtschaft angesehen wird, desto mehr werden die Vereinigten Staaten ihre nationalen Interessen mit der Sicherheit jenes Landes verknüpft sehen.

Zurück zum Prozeß der Erweiterung der Europäischen Union. Ich persönlich bin ein Befürworter eines föderalen Europas; aber ich habe vermutlich noch weniger Aussicht, in Großbritannien an die Macht zu kommen, als Herr Muraschow in Rußland. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Tony Blair die Regierung übernimmt, aber ich halte ihn nicht für einen europäischen Föderalisten. In einigen Punkten wird er kooperativer sein als die jetzige Regierung, aber auch er wird bestimmten grundlegenden britischen Einstellungen nicht entgehen. Wenn also der Druck der Euro-Skeptiker in Großbritannien die Union davon abhält, sich selbst zu bestimmen, dann ist dies etwas, womit man auch in Zukunft rechnen muß. Vielleicht, wie ich spaßeshalber einigen Leuten erzählt habe, könnte die Lösung dieses Dilemmas darin bestehen, England aus der Union auszuschließen und seine Stelle von Polen einnehmen zu lassen. Leider wird dies aber so einfach nicht gehen.

Herr Burghardt sagte, wir müssen uns überlegen, welches Europa wir erweitern wollen. Mein Eindruck ist indes, daß wir dies sehr einseitig und ausschließlich unter den jetzigen Mitgliedern der Union tun. Wenn wir uns dann endlich nach einem langen und quälenden Prozeß zu einer Entscheidung durchgerungen haben, präsentieren wir unsere Ergebnisse und erwarten von den mitteleuropäischen Ländern, daß sie diese entweder annehmen oder es lassen. In dem Fall würden wir genau den Fehler wiederholen, den Herr François-Poncet de Gaulle angelastet hat, der Britannien mitteilen ließ,

entweder bleibe es völlig draußen oder es unterschreibe alles, was die sechs bereits entschieden hatten; einen Zwischenweg gebe es nicht.

Wäre es nicht vernünftiger, wenn wir ein großes Europa einschließlich aller mitteleuropäischen Länder aufbauen wollen, daß wir sie fragen, welchem Europa sie beizutreten wünschen? Herr Smolar sagte, daß Polen nicht ausreichend an den Diskussionen über Maastricht und den folgenden Gesprächen beteiligt war. Das stimmt. Mag sein, daß die Schuld daran auch etwas bei den Polen liegt, aber man hat sich auf der Gegenseite auch nicht sehr bemüht, um die Vorstellungen der Polen und anderer mitteleuropäischer Länder über die Europäische Union, der sie beitreten wollen, kennenzulernen.

Es mag sich natürlich herausstellen, daß die Union, der die Mitteleuropäer beitreten wollen, sich völlig unterscheidet von einer Union, die Herr François-Poncet und andere entwickeln wollen. In dem Falle brauchen wir vielleicht wirklich eine doppelte Struktur mit einem harten Kern, einer "europäischen Macht" im Zentrum und einem "europäischen Raum", der weiter und etwas passiver sein würde. Doch das würde dann immerhin dem Wunsch der betreffenden Staaten selbst entsprechen, und sie müßten nicht einfach akzeptieren, Europäer zweiter Klasse zu sein. Das könnte jedenfalls ein besserer Weg sein - und warum sollten wir Fehler de Gaulles wiederholen?

Was eine blockweise Erweiterung angeht, sehe auch ich keinerlei Notwendigkeit, in bezug auf die Europäische Union einer mechanistischen Geopolitik das Wort zu reden, wie man das bei einer reinen Sicherheitsinstitution wie der NATO tun würde. Wir sollten jedoch darauf achten, daß die mögliche Mitgliedschaft in der Union die vorhandenen Beziehungen in Mitteleuropa nicht noch schwieriger macht. So trägt die Union einige Verantwortung für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens. Denn Slowenien konnte seinerzeit offenbar berechtigterweise davon ausgehen, daß es ein besserer Beitrittskandidat wäre, wenn es sich von den Serben und vielleicht sogar von den Kroaten trennen würde. Die Union trägt auch erhebliche Verantwortung für die Spaltung der Tschechoslowakei; denn die Tschechen glaubten, ihre Chancen in der Union wären besser, wenn sie sich von den Slowaken trennten. Herr lives hat die überlegene Wirtschaftskraft Estlands betont. Ich kenne zwar die Bindungen Estlands zu den anderen baltischen Ländern nicht im Detail, aber ich würde es bedauern, wenn die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Union die Barrieren zwischen Estland und seinen baltischen Nachbarn erhöhen würde. Wir sollten das zumindest beachten, wenn wir den Fahrplan der Erweiterung festlegen.

### Krzeminski

Bevor ich direkt an das zuletzt Gesagte anknüpfe, möchte ich noch einmal an das erinnern, was ein polnischer Gesprächspartner zu Herrn Smyser sagte: daß Polen eine Brücke zwischen Ost und West sein könne oder solle. Tatsächlich gibt es diese Vorstellung der polnischen Geschichtsphilosophie oder eher der "polnischen Ideologie". Ich will Sie nicht mit historischen Ausführungen ermüden, möchte aber kurz an die vier Varianten der polnischen Rolle in Europa erinnern.

Vor tausend Jahren, als sich Otto III. und Boleslaw Chrobry begegneten, war Polen ein "Mitarbeiter des Reiches". So titulierte der Kaiser den polnischen Herzog, der übrigens später mit Waffengewalt gegen Ottos Nachfolgerum einen anderen Status als den einer "Verfügungsmasse" kämpfen mußte. Vor sechshundert Jahren war Polen - in der Union mit Litauen - so etwas wie ein "Zwischeneuropa": Es gehörte nicht zum Reich, war aber - von sich aus - mit ihm "kompatibel" und bildete dreihundert Jahre lang eine Art "Mini-EU" von Smolensk bis Posen und von Danzig bis Kiew, mit dem Westen verbunden, aber dem Osten zugewandt. Vor zweihundert Jahren, nach der dritten Teilung Polens, war Polen der Leim der Heiligen Allianz, die - über Polens Leiche - Rußland in Europa einführte. Letztendlich nicht dauerhaft; denn 1914 kam es zum Krieg zwischen den Teilungsmächten, der das Wiedererstehen der polnischen Staatlichkeit ermöglichte. Notabene liegt das heutige Polen fast zu hundert Prozent auf dem Territorium des preußischen und des österreichischen Teilgebiets im 18. Jahrhundert - minus Lemberg, plus Stettin und Breslau.

Was ist 1945 geschehen? Einerseits geriet Polen infolge des "Verrats des Westens" in Stalins Einflußzone, als "Belohnung" für dessen Beitrag zur Niederwerfung Hitler-Deutschlands; andererseits wurde es jedoch tatsächlich nach Westen verschoben und von seinen östlichen Wurzeln abgetrennt. Heute ist Polen westlicher als in den letzten Jahrhunderten. Es hat seine "innere Nachbarschaft" mit den Russen verloren, es gibt keine russische Minderheit, und die alten intimen Verflechtungen (gute wie schlechte) mit der Ukraine und Weißrußland existieren nicht mehr, trotz der ukrainischen und weißrussischen Minderheit. Dadurch, daß Polen aus dem Osten heute im Westen in einer "preußischen" Umgebung wohnen, sind auch sie selbst "westlicher" geworden als früher. Berlin und Dresden sind ihnen näher als St. Petersburg und Kiew.

Welche Rolle wird Polen spielen, wenn es erst sowohl Mitglied der NATO (ob nun in der "weichen" Variante, von der Herr Geremek gesprochen hat, oder der "harten", die im Falle einer Zuspitzung der amerikanisch-russischen Beziehungen möglich würde) als auch der Europäischen Union geworden ist? Wird es tatsächlich in der Lage sein, aktiv eine positive Ostpolitik gegenüber Rußland zu betreiben, und wird Rußland eine solche Rolle Polens akzeptieren? Bisher gibt es keinen Beleg dafür, daß Rußland es versteht, sich mit seinen ehemaligen Kolonien oder Vasallen partnerschaftlich zu verständigen. Das ist für Rußland einfach eine unbekannte Erfahrung. Von daher erklärt sich auch das Vakuum in der russischen Politik gegenüber Polen, Tschechien oder Ungarn, die Politik der Obstruktion und der beleidigten Gesten. Ich möchte daran erinnern, daß die polnische Seite verschiedene Projekte zu einer Belebung der Ostpolitik vorgestellt hat, zum Beispiel die "OlechowskiPläne", und daß sie sich meist am Widerstand Rußlands zerschlagen haben, für das es gleichsam ehrenrührig wäre, einen ehemaligen Vasallen als Gleichberechtigten zu behandeln!

Was geschieht also, wenn wir vollberechtigte Mitglieder der westlichen Strukturen sind? Wird es dann zu einer eigenartigen Konkurrenz zwischen Polen, Deutschland, Frankreich beim Wettlauf nach Osten kommen? Ein wirtschaftlicher oder technologischer Wettlauf könnte produktiv sein. Ist es jedoch möglich, die - schließlich auch unvereinbaren und konkurrierenden - Interessen so aufeinander abzustimmen, daß Polen in den westlichen Plan der Zusammenarbeit mit Rußland hineinpaßt? Ich fürchte, daß eine solche Perspektive heute noch nicht besteht. Die westlichen Länder konkurrieren miteinander und davon hat Herr Geremek gesprochen - verhalten sich in Sicherheitsfragen gegenüber Rußland sehr unterschiedlich. So bewerten sie den Fall Tschetscheniens verschiedenartig - als innere Angelegenheit, beschämend und moralisch schwer akzeptabel, aber vor dem Hintergrund globaler Interessen doch zweitrangig. Daher stellt sich die Frage: Wird die Erweiterung der Europäischen Union um Polen und - in Zukunft - um den ganzen Staatengürtel von Estland bis nach Bulgarien Westeuropa stärken oder in seinem Wettlauf mit Asien und Amerika schwächen?

In Westeuropa scheint heute die Befürchtung zu bestehen, daß wir eher eine Belastung als eine Chance darstellen. Auf der anderen Seite erleben wir zum Beispiel in Deutschland eine fesselnde Diskussion - und es ist schade, daß wir darüber hier nicht gesprochen haben;- , daß sogar Deutschland bei all seinen hervorragenden technologischen Leistungen und seiner Rolle als Lokomotive Westeuropas Modernisierungsprobleme hat. Günter Ogger hat in seinem Buch "Nieten in Nadelstreifen" die These aufgestellt, die Deutschen seien Weltmeister in den Technologien des 19. Jahrhunderts, also der Maschinenbau- und Elektroindustrie, die starre, hierarchische - "preußische" - Managementmethoden erforderte. Wenn sie dagegen mit den Japanern oder Amerikanern gleichziehen wollten, müßten sie "lockerer" und "weicher" werden, weil solche Methoden der Administration im 21. Jahrhundert größere Erfolge zeitigen würden.

Wer weiß, vielleicht sind unsere Länder - wegen unseres Rückstandes, aber auch des Willens zu einem "großen Technologie- und Zivilisationssprung" - gerade auch für den Westen eine Chance für ein bißchen Bewegung in Europa, ein Katalysator für irgendeine neue Beschleunigung und Modernisierung durch Improvisation, Unternehmungsgeist und Selbständigkeit. Ein Vergleich der Transformation nach 1989 zum Beispiel in Polen und in der ehemaligen DDR fällt - trotz der horrenden Disproportion im Finanztransfer für uns nicht zum Schlechtesten aus. Leider haben wir heute nicht darüber gesprochen, was in den "Reformländern" im Laufe dieser fünf Jahre in technologischer Hinsicht geschehen ist. Sind wir nur Abnehmer der westlichen Technologie, oder sind wir imstande - wenn man uns die Chance bietet - aktiv an der Modernisierung unserer Länder mitzuwirken? Ich denke hier an die Technologien des 21. Jahrhunderts.

Das hängt mit einer grundsätzlichen Frage zusammen, die wir hier ebenfalls nicht angesprochen haben. Ist Westeuropa bereit, unseren Gesellschaften so zu helfen, daß wir zu Konkurrenten nicht nur in den traditionellen Branchen werden - der Stahl-, Textil- und Lebensmittelindustrie;- , womit der Westen schon heute Probleme hat und wo er sich durch Protektionismus gegen uns wehrt. Wenn wir fragen, weshalb die neuesten Technologien nicht zu uns, sondern nach China oder Indien gehen, lautet die Antwort: Das ist eine globale Strategie; ihr seid für uns Konkurrenten in den Technologien von gestern, einige von ihnen können wir euch tatsächlich entwickeln helfen, andere bedrohen unsere Arbeitnehmer. Daher ist auch der eine oder andere eher daran interessiert, einen Konkurrenten zu blockieren. So kommt es dann vor, daß Betriebe von einem bekannten Konzern übernommen werden, nicht um in sie zu investieren, sondern um die Produktion "abzuwürgen", wie mit dem von "Philips" gekauften "Polamem" geschehen.

Die Frage ist nämlich, inwieweit dieses Europa, in das wir hinein wollen, imstande ist, unterschiedlichste Interessen auszubalancieren, und wie gerade wirtschaftlich schwächere Staaten - wie Portugal oder Griechenland - seinerzeit mit den EU-Normen fertig geworden sind. Darüber haben weder wir hier am Tisch diskutiert, noch tut es die polnische Öffentlichkeit. Das ist übrigens ein

erstaunliches Phänomen. Die Debatten, die in Westeuropa über die Varianten der Weiterentwicklung der Europäischen Union geführt werden: Vertiefung, Erweiterung, "harter Kern", Reform der Brüsseler "Bürokratie", werden in Polen schlechterdings aufs Geratewohl verfolgt. Zum Teil ist das verständlich. Ein Bewohner des Tieflands erklimmt ein Hochplateau, und bevor er sich nicht auf ihm niedergelassen hat, sollte er sich nicht in Diskussionen über die Veränderung der Gebirgshütten einmischen. Zumal viele der Fachdiskussionen über die Strukturreform der alten EU im Zusammenhang mit ihrer Erweiterung den durchschnittlichen "Mann auf der Straße" nicht angehen. Man kann schwerlich erwarten, daß wir zur Union mit fertigen Szenarios für ihre Veränderung kommen.

Doch wenn wir tatsächlich erst einmal vollberechtigte Mitglieder sind, und früher oder später wird das so sein, werden wir wohl anfangs recht eifrige Neophyten sein, die skrupulös alle Empfehlungen und Normen erfüllen möchten; hier kann uns - paradoxerweise die langjährige loyale Mitgliedschaft im ungeliebten RGW helfen. Dann aber werden wir allein schon durch unsere Präsenz in der Union ihre Evolution beeinflussen. In welche Richtung, darüber nachzudenken ist heute müßig.

### **Lepenies**

Der Beitrag von Herrn Krzeminski hat dankenswerterweise deutlicher gemacht, als das bisher in diesem Gespräch der Fall war, daß die Erweiterung Europas auch eine Chance bedeutet, das ganze Europa zu ändern im Hinblick auf einen Innovationsbedarf, der dringend gefordert ist.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Ich habe 1987 eine europäische Sommerschule im Jagdschloß Glienicke in Westberlin organisiert, einem der wenigen Orte, wo der Ost-West-Verkehr vor der Wende wirklich funktionierte. Sie werden sich erinnern, daß auf der Glienicker Brücke die Spione ausgetauscht wurden. An dieser Sommerschule beteiligten sich Studenten aus mehr als zwanzig europäischen Ländern. Unter den Lehrenden waren Nobelpreisträger. Es gab eine Sektion Technikwissenschaften, wo eine Zeitlang ein Deutscher zusammen mit einem Japaner dozierte. Dabei hatte sich folgendes Ritual herausgebildet: Wann immer Studenten die Frage stellten: Wann wird dieses oder jenes Produkt Marktreife erlangt haben? und der Deutsche antwortete: ein Jahr, gab der Japaner als Kommentar: ein halbes Jahr. Ich muß hinzufügen, daß der Japaner in der Regel döste, wenn sein deutscher Kollege dozierte, und immer an der Stelle aufzuwachen pflegte, um den entsprechenden Kommentar abzugeben. Als eines Tages wiederum die gleiche Frage gestellt wurde und das Ritual in der geschilderten Weise abgelaufen war, meldete sich ein bulgarischer Student und sagte: In Bulgarien haben wir das Problem bereits gelöst. Und das traf in der Tat zu, wie mir die anwesenden Fachleute bestätigten.

Ich will dieses Beispiel nicht romantisieren und "the relative advantages of backwardness" nicht überhöhen, sondern nur klarmachen: Um die Innovationschancen, deren wir in ganz Europa bedürfen, wahrzunehmen, brauchen wir auch die Erfahrungen aus Mittel- und Osteuropa. Wir haben in Europa viele Institutionen, aber nicht mehr genügend Ideen. Deshalb ist die Erweiterung für uns alle nicht nur ein Hindernis, sondern auch und vor allem eine Chance.

### **Mayhew**

Herr von Weizsäcker hat zu Recht bemerkt, daß sich die Europäische Gemeinschaft nur unter Druck verändert, und ich bin wie Herr Lepenies davon überzeugt, daß die Erweiterung nach Osteuropa für die Zukunft der Gemeinschaft lebenswichtig ist.

Herr von Weizsäcker hat am Beispiel der deutschen Wiedervereinigung gezeigt, wie gering die Bereitschaft der Politik ist, die Gesellschaft bei außergewöhnlichen Belastungen mit heranzuziehen. Gleiches ließe sich auch für Großbritannien anführen, wo der Inhalt der Politik nur noch darin zu bestehen scheint, die Steuererleichterungen zu finanzieren, die man vor den Wahlen verspricht, um diese zu gewinnen. Und in den Mitgliedsländern der Europäischen Union habe ich den Eindruck, daß wir gerade in den Bereichen die Ausgaben reduzieren, die für unsere Zukunft wichtig sind, nämlich bei Ausbildung, Forschung und Entwicklung und dergleichen. Damit wollen wir Steuererhöhungen vermeiden und den aktuellen Lebensstandard des einzelnen weiter steigen lassen. Diese Einstellung wird der Gemeinschaft auf die Dauer schaden. Wir tun so, als lebten wir in einer Art Schlaraffenland, und übersehen dabei, wie gefährdet die Gemeinschaft ist. Auch in dieser Hinsicht sehe ich in der Erweiterung die Chance einer gewissen Prioritätenänderung.

Eines der Hauptprobleme der Erweiterung sehe ich bei jenen Gruppen der EU, die dadurch Nachteile befürchten. Und es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Union, daß sich jene Gruppen sehr viel lauter zu Wort melden können als die große Mehrheit derjenigen, die Vorteile davon haben. Ich denke nur an den enormen Einfluß der Stahl- oder der Textilindustrie und der Landwirtschaft.

Ich halte nicht viel von all diesen Berechnungen, wie viel die Erweiterung kosten wird. Zum einen glaube ich keiner dieser Kalkulationen; denn ihre Ergebnisse hängen völlig von den Annahmen ab, auf denen sie basieren. Der Haushalt der Gemeinschaft macht vielleicht 1,2 Prozent des europäischen Bruttosozialprodukts (BSP) aus. Wenn wir also annehmen, daß die öffentlichen Ausgaben 50 Prozent des BSP betragen, sprechen wir von weniger als 2,5 Prozent der Gesamtausgaben in der Europäischen Union, und eine Osterweiterung würde diese Gesamtausgaben wahrscheinlich nicht wesentlich erhöhen. Das heißt, wir reden, bezogen auf das Ganze, nur über einen sehr kleinen Betrag. Ich füge hinzu: Ich glaube nicht, daß Haushaltsfragen letztlich entscheidend sein werden. Die Europäische Union hat sich stets als hinreichend flexibel erwiesen, wenn es galt, Probleme zu lösen, auch wenn derart viel Lärm darum gemacht wird.

Man sollte in den assoziierten Ländern nicht den Eindruck erwecken, wie es hier gelegentlich der Fall zu sein schien, daß die Erweiterung lediglich ein politischer Akt ohne Eigenleistung der betroffenen Länder sei. Man muß diesen Ländern - Polen, Ungarn und Tschechien - klarmachen, daß die Erweiterung unter anderem auch eine Angleichung der Rechtssysteme voraussetzt und daß in den kommenden zwei oder drei Jahre enorme Arbeitsbelastung auf sie zukommen wird.

Was ich nun für sehr wichtig halte, ist, daß die EU die Beitrittsversprechen an Polen und die anderen Länder konkreter und glaubwürdiger formuliert. Denn diese Länder tun sich schwer, den Anforderungen der EU zu entsprechen. Wenn die EU nicht bereit ist, ihr Beitrittsangebot glaubwürdiger zu machen, kann man nicht erwarten, daß die assoziierten Länder diese gewaltigen Systemveränderungen vornehmen.

Entscheidend ist letztendlich das Timing. Warum gibt es keine reichen Ökonomen, obwohl sie doch zu den brilliantesten Köpfen in der Welt gehören? Der Grund ist, weil sie immer den rechten Zeitpunkt verpassen. Wir haben für die Osterweiterung eben nicht 15 oder 20 Jahre Zeit, wie manche Leute meinen. Die Diskussion hier hat wiederum deutlich gezeigt, daß die Erweiterung um Polen und die Visegrád-Länder jetzt ansteht und nicht auf die lange Bank geschoben werden kann. Der richtige Zeitpunkt wird von allergrößter Bedeutung sein.

## Ash

Zunächst zu Herrn Burghardt und seiner taktvollen Erwähnung eines nicht genannten europäischen Landes, dessen Premierminister als Geisel von einer Räuberbande festgehalten wird, die sich Euro-Skeptiker nennt. Ich teile natürlich Ihre Frustration über unsere Geiselkrise, aber ich kann Ihnen versichern, daß die Geisel mit großer Wahrscheinlichkeit bei der nächsten Wahl befreit wird.

Um ernsthafter zu reden: Gewiß, die Vorschläge der britischen Euroskeptiker für ein Europa à la carte sind ein Rezept für Desintegration und sollten nicht ernstgenommen werden. Es gibt aber noch ein anderes, wenn auch geringeres Risiko, daß ein harter Kern, der sich um die Europäische Währungsunion gruppiert, entweder technisch oder politisch in Frankreich oder Deutschland scheitert oder, wenn er Erfolg hat, eine trennende Wirkung auf die Gemeinschaft ausübt. Unabhängig also vom Imperativ der Erweiterung, über den wir uns alle einig sind, brauchen wir neben der Währungsunion noch ein weiteres wichtiges europäisches Projekt.

Dieses Projekt ist eine Kombination von substantiellen politischen und institutionellen Reformen: Sie beinhalten zum einen ein qualifiziertes Mehrheitsstimmrecht, damit eine Gemeinschaft von 20 und mehr Mitgliedsländern arbeitsfähig ist. (Dem könnte eine Blair-Regierung zustimmen.) Des weiteren eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, diese allerdings nicht mit qualifiziertem Mehrheitsstimmrecht, sondern mit einer Art qualifiziertem Minderheitshandeln, oder, anders ausgedrückt, Koalitionen des Handelns. Mit anderen Worten, ein Verfahren, das eine begrenzte Anzahl von Staaten in die Lage versetzt, zu einem spezifischen Problem aktiv zu werden. Das wäre eine kreative Antwort auf die Herausforderung der Erweiterung und würde dafür sorgen, eingedenk des hohen Risikos der Währungsunion, daß das gesamte europäische Projekt am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mit dem Pokern um die Währungsunion steht oder fällt.

Als Autor finde ich natürlich Herrn Geremeks Vorschlag unwiderstehlich, daß alle polnischen Politiker mein Buch lesen sollten. Und ich freue mich, daß es in diesem Herbst auf polnisch erscheint und sie das dann auch tun können. Sie haben auf eine immer wieder auftauchende Vermutung angespielt, daß Deutschland gelegentlich versucht sei, über die Köpfe der kleineren Länder hinweg eine Verständigung mit Rußland anzustreben. In dieser Hinsicht scheint mir in bezug auf Polen keine unmittelbare Gefahr zu bestehen. Ein polnisch-russisches Rapallo ist jedenfalls das am wenigsten wahrscheinliche Szenario in der modernen europäischen Geschichte. Die alte Regel, daß der Nachbar meines Nachbarn ein Freund sei, wie wir gerade gehört haben, gilt in diesem Fall kaum, weil Rußland in gewissem Sinne auch Polens Nachbar in Kaliningrad und Weißrußland ist.

Ich könnte mir jedoch vorstellen, daß es insbesondere für Polen eine Versuchung darstellt, die Interessen seiner kleineren östlichen Nachbarn zurückzustellen, um sein eigenes drängendes nationales Interesse, nämlich Mitglied der EU und der NATO zu werden, voranzutreiben. Wenn ich der Botschafter Estlands oder Litauens wäre, hätte ich das vielleicht in Nuancen selbst in dieser Diskussion heraushören können.

Die Frage läßt sich jedoch auch anders herum stellen: Welches sind die positiven Lektionen, die aus der Geschichte der Ostpolitik gelernt werden können? Mir scheint, es gibt mehrere. Wenn die USA für eine NATO-Erweiterung auf der Basis einer Art kalten Krieges gewonnen werden - wie wir es hier gehört haben und was mir glaubhaft erscheint;- , dann brauchen wir auch das andere Gleis der Entspannungspolitik. Zum Beispiel das Element der Vertrauensbildung, das in der deutschen Ostpolitik so erfolgreich war, die feierlichen Reden und Präambeln. Das bedeutet, das Gefühl der Bedrohung bei den östlichen Nachbarn verringern zu helfen, ohne dabei selbst die Illusion zu nähren, daß Rußland aufgehört habe, eine Bedrohung zu sein. Es könnte sinnvoll sein, diesen Weg zu verfolgen.

Wir haben über die positiven Wirkungen des Helsinki-Prozesses gesprochen. Warum versucht man es nicht einmal mit einer neuen Version - mutatis mutandis - dieses Prozesses, aber diesmal von Polen Richtung Osten? Ein zweigleisiger Helsinki-Prozeß im Sinne menschlicher Kontakte zum einen und zum anderen im Sinne von Menschenrechten. Beide sind notwendig. Das sind nur zwei Lektionen aus der Geschichte der Ostpolitik, über die man im Hinblick auf eine neue polnische und europäische Ostpolitik nachdenken könnte. Es gäbe noch andere.

Ich möchte mit einer ganz praktischen Bemerkung schließen, obwohl das vielleicht in solchen Gesprächen unüblich ist. Schaut man auf die Geschichte der deutschen Ostpolitik, so stellt man fest, daß es dazu in den 60-er Jahren in der Presse, in kirchlichen Kreisen und anderen politischen Institutionen eine äußerst differenzierte und anspruchsvolle Diskussion gab, die der Politik der Regierung voranging. Eine vergleichbare Diskussion gibt es derzeit in Polen nicht, von einigen Ausnahmen abgesehen. Ein gutes praktisches Ergebnis unseres Gesprächs könnte es sein, darüber nachzudenken, wie eine solche differenzierte Diskussion in Polen und in anderen Ländern Mitteleuropas entwickelt und ermutigt werden könnte. Zum Beispiel durch die Schaffung von Instituten für internationale Beziehungen oder für öffentliche Angelegenheiten, die es bisher kaum gibt. Die Unterstützung solcher Initiativen oder Institute wäre auch für uns im Westen hilfreich.

### **van Eekelen**

Herr Burghardt sprach von der sogenannten Heranführungsstrategie. Ich glaube, daß es für so etwas auch auf dem Gebiet der Sicherheit gewisse Möglichkeiten gibt. So stellt die Westeuropäische Union in Mostar ein Polizeikontingent für die Europäische Union auf. Warum können sich die Visegrad-Länder nicht daran beteiligen oder ebenso an den Embargomaßnahmen an der Donau?

Herr Geremek hat kurz erwähnt, daß man nicht von vornherein auf militärische Optionen verzichten sollte. Ich bin nicht der Meinung, daß Polen formell erklären sollte, es werde auf seinem Territorium niemals Atomwaffen oder Militärhauptquartiere dulden. Es mag eine Frage der nationalen Politik sein, dies nicht oder nicht sofort anzustreben, aber wir sollten derartige Festlegungen vermeiden, mit denen wir uns selbst binden. Die Folge wäre, daß wir in der NATO verschiedene Kategorien von Mitgliedern und unterschiedliche Sicherheitszonen haben würden, und das wäre ein Fehler.

Mein Hauptpunkt zielt auf Stabilität. Ich habe Europa vorhin mit einer Giraffe verglichen. Stabilität hat sogar noch mehr von einer Giraffe und ist sehr schwer zu definieren. Normalerweise erkenne ich Stabilität - oder zumindest Instabilität;- , wenn sie eintritt. Doch klar zu bestimmen, was wir meinen, wenn wir von Stabilität sprechen, ist äußerst schwierig. In dieser Hinsicht mache ich immer ein gewisses Fragezeichen, wenn die NATO oder auch die Europäische Union so viel über den Export oder das Vermitteln von Stabilität sprechen; denn niemand weiß genau, was das bedeutet. Ich erwähnte "Fortschritt zur Marktwirtschaft" und "Fortschritt zu einer pluralistischen Demokratie" als zwei Stabilitätselemente. Inwieweit ist Stabilität aber auch ein Hindernis für Veränderung? Ohne die Möglichkeit von Veränderungen hätten wir die Stabilität eines Friedhofs, was nicht unsere Absicht sein kann.

Ich komme auf eine Frage von Herrn Höyneck zurück: Brauchen wir nicht gewisse Spielregeln? Müssen wir nicht einen gewissen Verhaltenskodex festlegen, dessen Übertretung wir nicht bereit sind zu tolerieren? Müßten wir dies nicht offensiv vertreten, sei es in Serbien beziehungsweise in Bosnien oder in bezug auf die russische Politik innerhalb der GUS? Nur dann könnten wir wirklich Stabilität erreichen. Als praktischer Holländer hätte ich gern etwas mehr Klarheit in unseren Zielsetzungen.

## Geremek

Ohne den Versuch zu unternehmen, die Früchte dieser zweitägigen Sitzung umfassend einzubringen, möchte ich nur in einigen Punkten etwas zur möglichen Bilanz dieser Debatte sagen.

Erstens lebt Europa in einer veränderten und sich weiter verändernden Welt, was einen Pluralismus von Szenarios und eine Homogenität der politischen Philosophie erforderlich macht. Im Jahre 1989 hat Europa keine Antwort auf den Umbruch gegeben, und sechs Jahre später fordern wir im Grunde genommen, daß das, was im Jahre 1989 hätte bewerkstelligt werden sollen, nun so schnell wie möglich geschehen soll, nämlich eine Erweiterung der Europäischen Union und der NATO.

Zweitens: Europa hat unterschiedliche, von den verschiedenen europäischen Institutionen abgesteckte Grenzen. Gegenwärtig werden Institutionen benötigt, die sowohl die Integration vertiefen als auch die Stabilität erweitern.

Drittens: Die Europäische Union sollte sowohl um die Länder der Visegrád-Gruppe als auch um die baltischen Staaten erweitert werdende schneller dies geschieht, desto besser für Europa. Denn auch der Zeitpunkt ist wichtig. Bei dieser Integration gibt es Niveauunterschiede, etwa was die Entscheidungsfindung angeht. Vielleicht bestehen auch Unterschiede im Grad der Integration zwischen einem Europa der Tat und einem Europa der Hoffnung. Doch im Prinzip ist die Mitgliedschaft für alle gleich: Es gibt keine zweierlei Standards im Europäischen Haus - für Salon, Küche oder Flur. In einigen Entwürfen hat man zwischen Salon, Küche und Flur offenbar den Einbau von Türen vergessen. Die heutige Diskussion hat gezeigt, daß Türen da sein müssen.

Viertens: Die NATO sieht sich in einer neuen Situation. Es geht nicht nur um Erweiterung, sondern auch um eine Veränderung ihrer Funktionsweise mit dem Ziel wirkungsvoller gegenseitiger Vertrauensbildung. Dies leistet die NATO zur Zeit nicht. Vertrauensbildung beruht auch auf der Früherkennung neuer Konflikte, gegen die die NATO vorgehen muß oder die sie verhindern sollte.

Fünftens: Das Europa, über das wir sprechen, ist nicht nur eine Handelszone und eine Zone der militärischen Zusammenarbeit, sondern auch eine Kultur und eine Idee. Bei allem Erfolg der Europäischen Union hängt die gegenwärtige Schwäche der europäischen Identität auch damit zusammen, daß es keine Debatte über europäische Identität und europäische Kultur gibt.

Sechstens: Wenn ich hier gewagt postuliere, daß Europäische Union und NATO umgehend erweitert werden sollten und die Länder in beiden Fällen auch mehr oder weniger feststehen, dann sollten wir uns heute schon auf den nächsten Termin vorbereiten: Was geschieht mit Rußland in zehn Jahren? Denn dieser zeitliche Horizont zeichnet sich für eine Entscheidung in bezug auf Rußland heute bereits ab. Das hängt zwar wesentlich von Rußland selbst ab; aber wenn Europa sich auf die neue Situation nicht vorbereitet, wird es den Fehler von 1989 wiederholen. Dazu bedarf es einer Vielzahl von Szenarios; denn gegenwärtig ist Rußland nicht kalkulierbar und die Entwicklung dort nicht vorhersehbar.

Siebtens die Hauptfrage unserer Konferenz: Wo sollen die Grenzen Europas enden? Ich denke, hier muß nach der Verantwortung für Europa gefragt werden. Die Institutionen sind dafür geschaffen worden, um Verantwortung für Europa wahrzunehmen. Das heißt, sowohl für das Erbe als auch für die Zukunft in Frieden und Stabilität. Danach müssen die Grenzen der bestehenden Institutionen ausgerichtet sein. Aber ich füge hinzu: Die Lehre, die ich sowohl aus der Geschichte als auch aus der heutigen Debatte ziehe, ist, daß vor allem in Angriff genommen werden muß, was Kardinal Richelieu die "Verwirklichung des Unmöglichen" genannt hat. Das bedeutet, wir wollen nicht Grenzen errichten, sondern im Gegenteil dabei helfen, sie abzutragen. Je weniger präzise die Grenzen festgelegt sind, desto schlechter für die Politiker, weil sie nicht wissen, was sie tun sollen, aber desto besser für die Menschen, die in einer von Institutionen regierten Welt leben.

Abschließend möchte ich sagen, daß es für mich eine große, auch persönliche Freude ist, daß die Körber-Stiftung und der Bergedorfer Gesprächskreis hier in Warschau einen Ort für eine solche Debatte geschaffen haben, an der Repräsentanten verschiedener Länder und Nationen teilgenommen haben, an der aber auch - und das ist für einen Angehörigen meiner Generation immer von Bedeutung - Deutsche und Polen eine partnerschaftliche Diskussion über Europa geführt haben. Ich denke, daß auch das wichtig ist als Bilanz unserer Debatte, und dafür möchte ich den Organisatoren der heutigen Begegnung herzlich danken.

## Kaiser

Die Diskussion hat gezeigt, daß Europa ohne Grenzen nicht auskommt, auch wenn die in Europa geborenen Ideen der Demokratie und der Menschenrechte universelle Geltung haben. Grenzen aber,

dies wurde mit Recht betont, sind umstritten und veränderbar. Die Debatte über die europäischen Grenzen reflektiert zugleich die Entwicklung des inneren Charakters der Gruppierung, die die jeweiligen Grenzen setzt, und ist deshalb notwendiger Teil der Diskussion über den politischen Wandel in Europa und der Suche nach einer neuen politischen Ordnung für den gesamten Kontinent.

Es besteht offenkundig Einvernehmen unter uns, daß Europa vielfältige und verschiedene Grenzen hat und haben sollte: politisch-administrative, ökonomische, kulturelle, sicherheitspolitische und so weiter, also keine einheitliche, die wie im klassischen, abgekapselten Nationalstaat alle Gebiete zugleich abgrenzt. Letzteres stünde auch im Gegensatz zur Realität und den Erfordernissen moderner offener Staaten, deren gesellschaftliche Akteure und Regierungen sich in einer wachsenden Vielfalt sich überkreuzender Verbindungen miteinander vernetzen.

In vielen Bereichen schließt dieses Europa auch die beiden Flügelmächte ein: im Osten ein europäisches Rußland, das ohne seinen asiatischen Teil nicht denkbar ist; im Westen jenseits des Atlantiks die letzte verbleibende Supermacht USA sowie Kanada. Ihre Teilhabe an Europa in seinen unterschiedlichen Dimensionen und deren Grenzen ist veränderbar und - aus allerdings unterschiedlichen Gründen - offen. Im Falle Rußlands, weil seine Zukunft als Demokratie oder neo-imperiale Macht nicht klar ist; im Falle der USA, weil sie ihre außenpolitische Rolle in der Ära nach dem kalten Krieg noch zu bestimmen haben. Auch die EU muß ihre außenpolitische Rolle und Handlungsfähigkeit noch finden und damit auch ihr langfristiges Verhältnis zu den USA einschließlich der inner-atlantischen Abgrenzungen klären.

Im Mittelpunkt unserer Diskussion standen zwei Grenzen: die der EU und der NATO. Ich selbst halte die Grenze der EU für die wichtigere; denn das soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenwachsen sowie die damit verbundene Verflechtung von Demokratien schafft die beste Grundlage für die Solidarität, die das Lebenselixier einer Sicherheitsgemeinschaft bildet. Kommt es zu der von uns allen gewünschten Ausdehnung der EU-Grenzen nach Osten, wird unvermeidlich die wachsende Zahl der Mitglieder ihre Effizienz mindern, es sei denn, die Union findet zu föderativen Ansätzen. Hinter der Grenzproblematik steht die Frage der Handlungsfähigkeit der EU.

Hier prallt - vereinfacht gesagt - die britische auf die deutsche und französische Konzeption. Obsiegt die britische, dürfte in der Tat die Entstehung einer Kerngruppe kaum zu vermeiden sein. Für die EU wäre dies eindeutig nur die zweitbeste Lösung; denn sie würde vorerst den großen konstruktiven Wurf verhindern, der drei Zielen dienen würde: erstens die Verwirklichung der Vollmitgliedschaft der mittelosteuropäischen Länder, die diese aber auch die EU - im Interesse der Demokratie, der Wirtschaft und der Sicherheit brauchen; zweitens die Notwendigkeit von Reform und Vertiefung der EU, die für die Union eine Überlebensfrage geworden ist; und drittens die Ausdehnung eines Systems politischer Beziehungen nach Osten, das im Kern friedlich und in einer Ära neuer Konflikte und Kriege für Gesamteuropa von exemplarischer Bedeutung ist.

Dennoch sollte das Erreichte nicht unterbewertet werden. Die EU ist zur bestimmenden Kraft der Neugestaltung in Europa geworden. In dem Maße, in dem über eine Zusammenfügung von WEU und EU sowie deren Ausbau die Union zu einem echten Pfeiler der NATO wird und eine Kooperation induzierende Ostpolitik betreibt, entspannt sich auch die Frage der NATO-Erweiterung.

### **von Weizsäcker**

Ich möchte Herrn Geremek und allen unseren polnischen Gastgebern für die freundliche Aufnahme hier in Warschau von Herzen danken. Wir hätten das Thema dieser Konferenz sicher in jedem Land abhalten können, das in dieser Runde vertreten ist, aber ich bin besonders froh darüber, daß wir damit nach Warschau kommen konnten.

Die Erweiterung der Europäischen Union wird kommen. Sie ist für den Westen nicht weniger nötig als für den Osten. Der Westen braucht sie, um Druck in Richtung auf die notwendigen Reformen auszuüben - sowohl der Institutionen als auch als Anstoß für Innovationen.

In der Sicherheitsfrage halte ich die Rolle Polens für weit wichtiger, als dies in der öffentlichen Diskussion meist gesehen wird. Wenn Polen Mitglied der NATO wird, dann hat es nach beiden Seiten hin eine spezifische Aufgabe wahrzunehmen. Den Russen gegenüber muß es klarmachen: Wenn Rußland für uns unkalkulierbar und zu einem Unsicherheitsfaktor wird, steht die NATO fest zu ihren Bündnisverpflichtungen. Und dem Westen muß es deutlich machen - insbesondere den Amerikanern sei es in aller Freundschaft gesagt;-, daß die polnische Mitgliedschaft in der NATO kein Vorwand für die Rückkehr zum kalten Krieg sein darf.

Von daher freuen wir uns, allen Schwierigkeiten zum Trotz, auf die Beteiligung Polens an den europäischen Institutionen. Ich meine, das ist auf dieser Konferenz ganz klargeworden. In diesem Sinne hoffen wir auf eine gemeinsame Zukunft.